

**Nationale Märkte, internationale Migrationen und internationale Sozial-
demokratie: Zur „Frage der Ein- und Auswanderung“ zur
Zeit der Ersten und Zweiten Internationale (1864–1918)**

**Diplomarbeit
zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie
eingereicht an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Wien**

von
Brigitte Fuchs

Wien, am 10.9.1992

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	4
2. MIGRATIONEN UND ARBEITSMÄRKTE	11
2.1. Die Rekrutierungsbasis des Kapitals im 18. Jahrhundert	11
2.2. Zur Rekrutierungsbasis des Kapitals 1800–1900	15
2.2.1. Nationale Märkte.....	15
2.2.2. Arbeitsmigrationen	20
2.3. Inländerstatus, staatliche Regelung der Migrationen und Organisation des Arbeitsmarkts	28
3. GEWERKSCHAFTLICHE ARBEITSMARKTPOLITIK	36
3.1. Zur Expansion und Zentralisation der Gewerkschaften	36
3.2. Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung	44
3.3. Regulierungsversuche durch „Ausschluß“	52
3.3.1. Industrialisierung und „xenophobe Konflikte“	52
3.3.2. Nationale Arbeitsmärkte und „Protektionismus der Arbeiter“	57
4. INTERNATIONALISMUS	62
4.1. Die Erste Internationale	62
4.2. Die Frage der „Ein- und Auswanderung“ 1880–1889	69
4.2.1. Die internationale Gemaßregelten-Unterstützung	69
4.2.2. Die „ausländische Konkurrenz“	71
4.3. Die Diskussion der Frage der „Ein- und Auswanderung“ in den 80-er Jahren	75
4.4. Die Zweite Internationale	79
4.4.1. Die internationale Wander- und Streikunterstützung	79
4.4.2. Zusammenarbeit der Gewerkschaften Italiens und des deutschen Reiches: die „Agitation fremdsprachiger Arbeiter“	83
5. DER „PROTEKTIONISMUS DER ARBEITER“	88
5.1. Initiativen der organisierten Arbeiterschaft zum Ausschluß ausländischer Arbeitskräfte	88
5.1.1. Die Tendenz zur Regulierung der Einwanderung: „Inländervorrang“ und Quotenregelung	88
5.1.2. „Inländervorrang“ und deutsche Sozialdemokratie	94
5.2. Internationale Sozialpolitik.....	98
5.3. Die Frage der Aus- und Einwanderung in der Zweiten Internationale.....	101
5.4. Protektionisten, Internationalisten, Revisionisten.....	107
6. ZUSAMMENFASSUNG	114

7. BIBLIOGRAPHIE	121
7.1. Quellen und Archivmaterial.....	121
7.2. Primärliteratur.....	122
7.3. Sekundärliteratur	123

1. EINLEITUNG

Zur Konstituierung eines spezifischen Zusammenhangs zwischen Arbeitswanderungen und Arbeiterbewegung sind zwei dem Kapitalismus immanente Züge von entscheidender Bedeutung: der Warencharakter der Arbeitskraft und die Prozesse der Kapitalakkumulation, die tendenziell den Weltarbeitsmarkt hervorbringen.

Die Grundlagen eines Weltmarkts für Arbeitskraft wurden um 1640 durch die Verfestigung einer Weltökonomie mit Zentrum in Nordwesteuropa gelegt. Die Marktmechanismen, die auf Grundlage der starken Staatsapparate der westeuropäischen Staaten zugunsten der Kapitalakkumulation im Zentrum wirkten, förderten aber auf Grund der regionalen ökonomischen Spezialisierung im Zentrum die „Freisetzung“ (Proletarisierung) der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft und die freie Lohnarbeit. Osteuropa und die westliche Hemisphäre wurden aber zur Rohstoffe exportierenden Peripherie, wo vor allem Sklaven und unfreie Arbeitskräfte Verwendung fanden. Im „semiperipheren“ Südeuropa wurden die Arbeitskräfte aber insbesondere durch Systeme des share-cropping an die Landwirtschaft gebunden¹.

Im Interesse der (Agrar-)Produktion für den Markt wurden seither verstärkt unfreie Arbeitskräfte aus Europa und Afrika an Orte mit Bedarf an Arbeitskraft transferiert². Der Rahmen der Weltökonomie legte zugleich die Grundlagen für die auch nach der Aufhebung von Sklaverei und Leibeigenschaft fortdauernde Entwertung der peripheren Arbeitskraft, während sich natürlich auch innerhalb der Zonen freier Lohnarbeit je nach Grad der Marktdurchdringung historisch unterschiedliche Niveaus des Preises der Ware Arbeitskraft entwickelten.

In den Zentren der Weltökonomie wurde eine wachsende Anzahl von Arbeitskräften ganz oder zum Teil von ihren agrarischen Subsistenzquellen gelöst. Insofern vor und während des Übergangs zum Industriekapitalismus aber nur unzureichende Beschäftigungsmöglichkeiten bestanden, erwuchs daraus das Phänomen des Pauperismus, das sich mit einer erheblichen Mobilität der aus der ganz oder zum Teil auf Lohnarbeit angewiesenen Populationen verband.

Im Zeitalter der Industriellen Revolution, bevor und während die freigesetzten Arbeitskräfte von den expandierenden Arbeitsmärkten aufgesaugt wurden, erreichte der Pauperismus

¹ Vgl. Wallerstein, Aufstieg und künftige Niederlage, 46f; zum Weltarbeitsmarkt im besonderen, vgl. Cohen, The New Helots (Aldershot 1987); Potts, Weltmarkt für Arbeitskraft (1988); Cinnani, Emigration und Imperialismus, 4-32.

² Vgl. Potts, Weltmarkt für Arbeitskraft, 17ff; Emmer, Colonialism and Migration, bes. 3-15; 263-294.

einen Höhepunkt. Der Pauperismus wurde aber nun seitens der bürgerlichen politischen Ökonomie als Problem der Existenz einer „Überbevölkerung“ interpretiert.³

In Widerlegung des unterstellten, quasi- naturhaften Charakters kapitalistischer Akkumulationsprozesse, formulierte Marx das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“:

Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals ... Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht...⁴

Die industrielle Reservearmee, war aber in der Industrialisierung zur Mobilität in Richtung der expandierenden Arbeitsmärkte bereit. Dabei wird die regionale Reichweite der Arbeitskräfte-rekrutierung durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals bestimmt. Je größer das Kapital, in desto größerer Entfernung werden Arbeitskräfte mobilisiert. Der Mobilisierung von Arbeitskräften, deren historischer Wert oder deren organisatorische Stärke unter dem Niveau vorhandener Arbeitskräfte liegt, sind keine regionalen Grenzen gesetzt.⁵

Im industriellen Kapitalismus ist als weiteres Moment, das die Breite der Rekrutierungsbasis des Kapitals beeinflusst, die fortschreitende Entkomplizierung der Tätigkeit hervorzuheben. Die Zerlegung qualifizierter (Hand-)Arbeit, wie sie für das Handwerk charakteristisch ist, in relativ einfache Teilarbeitsschritte ist relevant, weil ihre Verbreitung die Ersetzbarkeitsstruktur der Arbeitskräfte bestimmt. Je weniger Anforderungen an die konkreten beruflichen Fertigkeiten der Arbeitskräfte gestellt werden, desto größer ist die Austauschbarkeit der Arbeiter/innen, desto universeller wird die Rekrutierungsbasis des Kapitals und desto breiter werden die Konkurrenzbeziehungen der Arbeiter untereinander. Das Kapital zeigt Interesse an der hochgradigen Ersetzbarkeit der Arbeitskräfte, da die Abhängigkeit von Spezialwissen der Arbeiter/innen eher einen Störfaktor des Profitabilitätsprinzip darstellt. Denn zum einen sind Spezialisten knapp und teuer, zum anderen konstituiert das Spezialwissen der Arbeiter/innen die erste Grundlage für ihre passive und aktive Resistenz gegen Exploitation. Die Reduzierung der Qualifikationsanforderungen erlaubt den Einzelkapitalen die Rekrutierung von Mitgliedern der industriellen Reservearmee, die keinerlei Industrie- und Organisationserfahrung haben. Zugleich strebt das Exploitationsinteresse der Einzelkapitale dahin, die per

³ MEW, Bd. 23, 637f.

⁴ Ibidem, 664.

⁵ Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 3.

Saldo billigsten Arbeitskräfte zu rekrutieren. Dabei werden systematisch die leistungsstärksten, aber politisch und ökonomisch schwächsten Teile der Arbeiterklasse bevorzugt beschäftigt; Herkunft und Sprache, Hautfarbe und ethnische oder nationale Zugehörigkeit der Arbeiter/innen sind zunächst unerheblich.⁶

In die Rekrutierungsbasis des Kapitals greift die staatliche Gewalt aber in vielfältiger Weise ein. Der Staatsapparat wirkt nicht nur an der Schaffung der Rekrutierungsbasis des Kapitals und der historischen Entwertung der Arbeitskraft mit, sondern garantiert auch gemäß dem Bedarf spezifischer regionaler Ökonomien für die Freizügigkeit oder feudale Gebundenheit/Sklaverei der Arbeitskräfte. Ist aber die Freizügigkeit hergestellt, wird die Mobilität der Arbeitskräfte seitens der staatstädtischen Behörden und nationalen Staaten gemäß dem Bedarf der Arbeitsmärkte der Kontrolle und regulierender Eingriffe unterworfen.

Im Zeitalter der Herausbildung nationaler Märkte und Staaten bildete sich als Kriterium der Freizügigkeit bezüglich nationaler Arbeitsmärkte die Staatszugehörigkeit von Arbeitskräften heraus. Die Wanderung vom Land in die Städte und industrielle Beschäftigungsbereiche folgte aber rein ökonomischen Kriterien, und führten prinzipiell von ökonomisch weniger in ökonomisch fortgeschrittenere Regionen. Dabei erweisen sich auf Grund neuerer Forschungen über die Richtungen und die historischen Kontinuitäten der Arbeitsmigrationen die Kategorien „interne“ (Binnenmigration) und „internationale“ (Emigration; transnationale Migration) Migration als unzulänglich. Statt dessen wird der Begriff der „internationalisierten Arbeitsmärkte im atlantischen Wirtschaftsraum“ gebraucht.⁷

Auf den (Teil-)Arbeitsmärkten, die sich während des 19. Jahrhunderts im „Zentrum“ bildeten, verteilen sich die verschiedenen Kategorien der Arbeitskräfte – Nichtmigranten und ganz oder teilweise aus der Landwirtschaft „freigesetzte“ permanente oder temporäre/ saisonale Arbeitsmigranten – in einer Weise, die die Hierarchie zentraler (städtischer / industrieller), semiperipherer (ländlicher) und peripherer (ländlicher / „kolonialer“) Herkunftsregionen der Arbeitskräfte widerspiegelt.

Am Arbeitsmarkt läßt sich aber neben einem wachsenden, kapitalintensiven und hochkonzentrierten primären Sektor („core“ / Zentrum) mit stabilen Beschäftigungs- und relativ hohen Lohnmöglichkeiten ein peripherer sekundärer Sektor mit unregelmäßiger Beschäftigung, schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen, sowie ein tertiärer (marginaler) Sektor

⁶ Ibidem, 2f.

⁷ Vgl. Hoerder, Arbeitswanderung und Arbeiterbewußtsein im atlantischen Wirtschaftsraum, 392.

mit unsicherem und flexiblem, von Saison und Konjunktur stark abhängigem Arbeitsmarkt nachweisen (Kapitel 2).⁸

Den unterschiedlichen Positionen der Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt entspricht auch die geringe soziale Einheitlichkeit der „Arbeiterklasse“, deren Mitglieder vornehmlich in „zentralen“ Beschäftigungsbereichen proletarisches Klassenbewußtsein und -solidarität entwickelten.⁹ Da sich Facharbeiter in Werkstätten und Fabriken, schließlich die Belegschaften in der großen Industrie nicht ohne weiteres ersetzen ließen, entstanden hier zuerst Protest- und Interessensartikulationen seitens der Arbeiterschaft, die schließlich zur Formierung von Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen führten.

Die Existenz eines zur Resistenz und Organisation befähigten Proletariats, trennte aber andere Gruppen der Lohnarbeiter/innen ab, so die in ländlichen Beschäftigungsbereichen und in Privathaushalten isolierten Arbeitskräfte (Dienstbot/inn/en, Landarbeiter/innen, Heimarbeiter/-innen) und Arbeitskräfte, die nur temporär auf die Tätigkeit in der Industrie angewiesen waren (Frauen; agrarisch gebundene und neu zugewanderte Arbeitsmigrant/inn/en).

Neu zugewanderte, agrarisch geprägte Arbeitskräfte blieben zunächst aber auch bei Beschäftigung in der Industrie im buchstäblichen Sinne abgetrennt. Besonders größere Gruppen „ethnisch“ fremder Neuzuwanderer wanderten nach Gesichtspunkten traditioneller (dörflicher / regionaler) Zugehörigkeitsbeziehungen vom Land in die Städte, wo sie segregierte Wohnbereiche bildeten.¹⁰ Die Geschwindigkeit der Auflösung segregierter Wohnbereiche von Migrant*innen ein- und derselben Herkunft gibt Auskunft über ihre Anpassung an die urban-industrielle Lebensweise („Akkulturation“).¹¹ Die Aufhebung der räumlichen, daher auch sozialen Segregation bestimmter Gruppen der Lohnarbeiter erfolgt aber nur dann, wenn die verfestigte ökonomische Struktur, unmittelbar aber der Staat, die soziale Angleichung bzw. den sozialen Aufstieg solcher Gruppen an ihre Umgebung nicht be- oder verhindert. Wo dies aber der Fall ist, bilden sich ethnisch oder „rassistisch“/ rassistisch gespaltene Arbeitsmärkte, wo nach ethnischen Gesichtspunkten differenzierte Gruppen von Arbeitskräften mit unterschiedlichem historischem Lohnniveau in bestimmten Segmenten der Arbeitsmärkte miteinander konkurrieren.

⁸ Vgl. Hoerder, Arbeitswanderung und Arbeiterbewußtsein im atlantischen Wirtschaftsraum, 401.

⁹ Zu „Klassenbewußtsein“, vgl. Joyce, Work, II/154f.

¹⁰ Dazu existieren zahlreiche Studien über die Segregation verschiedener europäischer Migrantengruppen mit Beziehung zum Arbeitsmarkt, vgl. z.B. verschiedene Beiträge in: *Immigration et Société Urbaine en Europe Occidentale. XVIe-XXe siècle* (1985); Bade, Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter, bes. II/486ff; Reardon, *Belgian and French Workers in Roubaix*, 167ff.

Die gewerkschaftliche Organisation wurde seitens der industriellen Arbeiterschaft allerdings auch als Schutz gegen die Konkurrenz von Neuzuwanderern, besonders solchen mit niedrigem Lohnniveau, betrachtet.¹² Denn jene Arbeitskräfte, die sich zu organisieren vermochten, strebten notwendig nach der Kontrolle des Arbeitsmarkts bzw. ihres Arbeitsmarktsegments. Der Arbeitsmarkt stellte sich aber für Arbeiter/innen durchaus in derselben Weise dar wie für bürgerliche Ökonomen. Auch die Arbeiterschaft betrachtete den (lokalen/nationalen) Arbeitsmarkt als eine Einheit, wo ein dauerhafter oder ein konjunkturell bedingter Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten als ein Überangebot an Arbeitskräften (Überbevölkerung) erschien. Der Druck der „industriellen Reservearmee“ auf Löhne und Arbeitsbedingungen erhöhte sich aber während Rezessionen, und verunmöglichte die Führung erfolgreicher Arbeitskämpfe.

Die Bemühungen der permanent unter dem Druck der industriellen Reservearmee agierenden, aktiven Arbeiterschaft zur Beeinflussung des Arbeitsmarktgeschehens bestanden daher vor allem im Versuch der Ausschaltung der Konkurrenz am Arbeitsmarkt¹³. Dazu wurden unterschiedliche Strategien angewandt, darunter Versuche des Ausschlusses der industriellen Reservearmee aus den Gewerkschaften, und der Einbeziehung der industriellen Reservearmee in die gewerkschaftlichen Organisationen. Die Berufsverbände der Facharbeiter unterstützten die Arbeitssuche arbeitsloser Berufskollegen an anderen Orten finanziell (Reiseunterstützung), während sie zugleich nach der Lenkung der Arbeitskräfte gemäß Angebot und Nachfrage auf lokalen Stellenmärkten strebten (vgl. Kapitel 3).

Dies weist bereits auf die Frage des Effekts der Mobilität auf die Arbeiterorganisationen, die bereits zum Gegenstand von Untersuchungen bezüglich Mobilität und Arbeiterbewegung wurde. Dabei wird die hohe geographische Mobilität teils als Hindernis stabiler Organisation,¹⁴ teils aber als Vehikel der geographischen Ausweitung der Arbeiterorganisationen eingeschätzt.¹⁵ Diese widersprüchlichen Interpretationen rühren offenbar aus der mangelnden Berücksichtigung der sozialen Struktur der Wanderströme. Denn als Hemmnis für die Organisation erwies sich offenbar vor allem ein massenhafter Zuzug saisonaler Arbeitskräfte ohne

¹¹ Hoerder, Zur Akkulturation, 7f; Hoerder, Arbeitswanderung und Arbeiterbewußtsein, 412-418.

¹² Vgl. allgemein Stearns, Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa, 20

¹³ Zum Kampf gegen die Konkurrenz der Maschinen, vgl. Geary, Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung, 33.

¹⁴ Vgl. allgemein Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, 36f; Crew, Regionale Mobilität und Arbeiterklasse, 114f., vgl. auch Lenger, Migration und Arbeiterbewegung, 80f.

¹⁵ Vgl. hierzu allgemein: Conze/Engelhardt, Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, 19-21.

Organisationserfahrung, während der Zuzug einzelner organisierter und organisationswilliger Arbeiter ein geringeres Problem für die organisierte Arbeiterschaft darstellte.¹⁶

Dabei waren es tatsächlich die Arbeitsmigrationen, die entsprechend den fortschreitenden Prozessen der Kapitalakkumulation die geographische Ausweitung der Arbeiterorganisationen auslösten. Dies führte nicht nur zur geographischen, besonders nationsweiten Ausweitung (Zentralisierung) gewerkschaftlicher Organisationen, sondern auch zum Versuch der Schaffung einer internationalen Organisation der Arbeit gegen das internationale Kapital.

Während aber die Bemühungen um die Schaffung internationaler Gewerkschaften weitgehend scheiterten, bestand die Wirkung der „Internationalen Arbeiterassoziation“ (1864–1872) vor allem in der Verbreitung der marxistischen Theorie als die Theorie der europäischen Arbeiterbewegungen. Der „wissenschaftliche Sozialismus“ untermauerte die Reduzierung der Konkurrenz der Arbeitskräfte durch Ausweitung und Zentralisierung der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen, und wendete sich gegen die einschränkenden Tendenzen in den Arbeiterorganisationen gegenüber ethnisch fremden und ausländischen Zuwanderern, um einer ethnischen und nationalen Spaltung der internationalen Arbeiterklasse entgegenzuwirken (vgl. Kapitel 4).

Die Spaltung der Arbeiterklasse(n) war aber nicht zu verhindern. Das unterschiedliche Tempo der Industrialisierung bzw. industrieller Konzentration, sowie das unterschiedliche Ausmaß an staatlicher Repression, das die Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder erfuhren, prägten Besonderheiten der Klassenbildung und der Arbeiterbewegungen der verschiedenen Nationalstaaten. Besonders nach 1880 verstärkte sich aber die Tendenz der staatlichen Institutionen zur Privilegierung der staatszugehörigen, in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft. Wahlrecht, Schulpflicht und insbesondere staatliche Sozialversicherungssysteme förderten die Annäherung der Arbeiter an die Nation, die sich auch in der an den Staat gerichteten Forderung nach dem Ausschluß oder der Beschränkung der Ausländerbeschäftigung ausdrückte (Kapitel 5).

Das Problem, mit dem allerdings auch strikt internationalistisch orientierte Arbeiterorganisationen bezüglich ausländischer Arbeitskräfte konfrontiert waren, bestand nach 1880 vor allem in ihrer direkten Rekrutierung durch das Kapital. Ausländische Arbeitskräfte wurden in ihrer Heimat zu den dortigen niedrigeren Lohnsätzen angeworben, während ihr legaler Status als Ausländer bei Strafe der Ausweisung die Resistenz gegen das Kapital weitgehend unter-

¹⁶ Vgl. auch Lenger, Migration und Arbeiterbewegung, 83f.

band. Die Rechtlosigkeit der „Ausländer“ konnte aber von der Arbeiterbewegung nicht wirksam bekämpft werden. In der Folge wurde ein der Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit in der Frage der Einwanderung immer deutlicher, wobei die organisierte Arbeiterschaft unter dem Einfluß nationaler Ideologie „ihren“ (nationalen) Arbeitsmarkt zunehmend gegenüber ausländischen Arbeitskräften „verteidigte“.

2. MIGRATIONEN UND ARBEITSMÄRKTE

2.1. Die Rekrutierungsbasis des Kapitals im 18. Jahrhundert

„Freie Lohnarbeit“ hatte in Westeuropa lange vor der Herausbildung des industriekapitalistischen Wirtschaftssystems existiert, im Verlauf des 18. Jahrhunderts hatte sie jedoch stark zugenommen. In Mittelalter und früher Neuzeit lösten die sich entfaltenden Städtewirtschaften die Probleme einer arbeitsteiligen Wirtschaft zunehmend über den Markt. Die (groß)städtischen Märkte expandierten abhängig von ihrer jeweiligen Bedeutung als Handels- und politische Zentren in fortschreitendem Ausmaß in das agrarische Umland, wo in wachsendem Ausmaß agrarische Produkte für den Weltmarkt produziert wurden. Die im Rahmen der Bodenkonzentration und Kommerzialisierung der Landwirtschaft „freigesetzten“ Arbeitskräfte – ein Prozeß, der durch die direkte Vertreibung der Bevölkerung von Grund und Boden oder Maßnahmen wie Besteuerung beschleunigt oder hervorgerufen wurde – bildeten ein Reservoir permanenter und saisonaler Arbeitsmigranten der durch den Handel expandierenden Städte.

Zunehmend übernahm die von großstädtischen Zentren ausgehende Ausbreitung der Marktwirtschaft auch die Steuerung der nichtagrarischen Produktion. Regional wurde die im Rahmen merkantilistischer Politik staatlich geförderte gewerbliche Durchdringung am Land begonnen, und die in der Folge in unterschiedlichem Ausmaß von Lohnarbeit abhängige ländliche Bevölkerung in die gewerbliche Produktion einbezogen. Die „Protoindustrialisierung“, die als wesentliche Vorbedingung der Industrialisierung gilt, erfaßte besonders England und die schottischen Lowlands, viele Teile der Vereinigten Niederlande und (Nord-)Frankreichs.

In den protoindustrialisierten Zonen wurde ein stärkeres „natürliches“ Bevölkerungswachstum verzeichnet als in jenen agrarischen Regionen, die nur marginal in die Märkte einbezogen waren. Im 18. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung der protoindustrialisierten Provinzen Frankreichs - Alsace, Languedoc, Flandern und Normandie wesentlich rascher an als jene anderer Provinzen.¹⁷ Die Bevölkerung im stark protoindustrialisierten England und Wales wuchs von sechs Millionen Einwohnern seit Mitte des 18. Jahrhunderts auf neun Millionen Einwohner im Jahre 1804 an.¹⁸

Die Verbreitung des Heimgewerbes, oft vom Staat außerhalb zünftiger Regelungen gefördert, sollte dem Problem des ländlichen Pauperismus begegnen. Dieser hatte sich aber

¹⁷ Goubert, *Historical Demography*, 43; 46.

¹⁸ Royle, *Modern Britain*, 42.

durch Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft, Agrarreformen, die Veränderung generativer Strukturen – vor allem die starke Ausdehnung der Bevölkerung – verschärft. Das Heimgewerbe wurde aber keineswegs in allen Regionen gefördert. In den peripheren Zonen Westeuropas – etwa in Irland und in der Bretagne – nahm das Mißverhältnis zwischen Bevölkerung und der Verteilung an Produktionsmitteln zu.

Im kolonial ausgebeuteten Irland stellten die Feudalherren vom arbeitsintensiven Getreideanbau auf die profitablere Viehzucht um, die am expandierenden englischen Markt höhere Preise versprach. Dadurch stiegen besonders im westlichen Irland die Pachtzinse. Zugleich verstärkte sich das Bevölkerungswachstum, da nur die Kombination verschiedener Einkommen im Rahmen der Familienökonomie die Subsistenz der Haushalte gewährleisten konnte.¹⁹ Auch in der Bretagne, wo die Produktion für den Markt seit dem 15. Jahrhundert ähnlich den Verhältnissen in Osteuropa zur Entstehung von Großgrundbesitz und zur Verfestigung feudaler Strukturen geführt hatte, wurde die rasch wachsende Bevölkerung im Verlauf des 19. Jahrhunderts rasch „überflüssig“.²⁰

Die in der Landwirtschaft unzureichende Subsistenz breiter agrarischer Populationen zwang sie seit dem 16. Jahrhundert zunehmend zur partiellen Bestreitung ihrer Subsistenz durch Lohnarbeit. In regional unterschiedlicher Weise wurden Landwirtschaft auf Kleinpärzellen, Landarbeit und Heimgewerbe, schließlich die saisonale oder temporäre Arbeitsmigration in die Städte und Zonen kommerzialisierter Landwirtschaft im Rahmen der bäuerlichen Familienökonomie kombiniert.

Im Umkreis bedeutender Handelsmetropolen und Residenzstädte – Paris, London, Madrid, Rom, Milano und die Poebene, die Häfen und Städte der Nordsee- und Mittelmeerküste – umfaßte die saisonale Arbeitsmigration im 18. Jahrhundert jeweils zehntausende Arbeitskräfte, die aus (semi-) peripheren Regionen bis zu 350 Kilometern Entfernung stammten²¹. In Amsterdam und anderen Hafenzentren der Nordseeküste, die den Welthandel monopolisierten, und in Paris waren lokale Arbeitskräftereservoirs schon gegen Ende des 16. und im beginnenden 17. Jahrhundert durch „Freisetzung“ und Abwanderung in die Stadt ausgeschöpft; in der Folge verbreiterte sich die Rekrutierungsbasis insbesondere der saisonalen Arbeitskräfte zu Entfernungen von mehreren Tagesreisen.²²

¹⁹ Braudel, Sozialgeschichte, 413-416.

²⁰ Ariès, Les populations françaises, 22ff.

²¹ Lucassen, Migrant Labour in Europe 1600-1900, 111f.

²² Ibidem, 164-168.

Arbeitsmigranten aus dem Massif Central wanderten um 1800 alljährlich nach Paris oder Kastilien; Bretonen und Normannen arbeiteten alljährlich in den Docks von Paris; eine große Anzahl von Migranten verließ jährlich die alpinen Regionen (Tirol, Vorarlberg), um sich in die Poebene, an die französische Mittelmeerküste, nach Lyon und in verschiedene süddeutsche Städte zu begeben. Deutsche „Hollandsgänger“ aus Westfalen, und Flamen aus den westlichen und südwestlichen Niederlanden gingen saisonal oder temporär in die kommerzialisierte Landwirtschaft der Niederlande. Schotten, Waliser und (West-)Iren wanderten alljährlich nach London, die Landwirtschaft der „home counties“ und East Anglias.²³

Daneben führte eine schwer schätzbare Anzahl saisonaler Migrationen über weit kürzere Distanzen in zahlreiche Zentren regionaler Zuwanderung. So hatte Englands seit 1750 modernisierte Landwirtschaft saisonale Migrationen aus Zonen der Subsistenzwirtschaft in Zonen kommerzialisierter Landwirtschaft in großem Ausmaß ausgelöst.²⁴ Für die deutschen Staaten wird der Anteil der Migrationen, die sich auf über 150 Kilometer erstreckten, auf höchstens 10–20% geschätzt; für England und Frankreich wird die Anteil der Migrationen über große Distanzen an allen Migrationen noch wesentlich geringer veranschlagt.²⁵ Dabei sind die für die vorindustrielle Ökonomie charakteristischen Migrationen von den Städten auf das Land nicht zu vergessen; unter den Bedingungen einer in vielen Gewerben regelmäßigen saisonalen Unterbeschäftigung in den Städten, nahmen städtische Unterschichten, und selbst Handwerksgelesen, regelmäßig an der Ernte teil.²⁶ Auf Grundlage einer verbreiteten regionalen Spezialisierung existierten zahlreiche Land-Land-Migrationen ländlicher Handwerker und Händler, die ihre Produkte oder spezifische Dienstleistungen in anderen Regionen feilboten.²⁷

Die auf lokale, „freie“ Arbeitsmärkte bezogenen Arbeitsmigrationen trafen hingegen die Bedürfnisse der für den Markt produzierenden Landwirtschaft nach saisonalen Erntehelfern, und der städtischen Wirtschaft nach unqualifizierten Arbeitskräften, die vor allem in den von Saison und Konjunktur abhängigen Bereichen (öffentlichen Arbeiten, Baugewerbe, Docks) und im Dienstleistungsbereich Beschäftigung fanden.²⁸ Diese trafen in Städten handels-

²³ Ibidem, bes. 113-119; vgl. auch ibidem, Appendix 2, S. 230ff.

²⁴ Vgl. z.B. Whyte, Migration in Early Modern Scotland and England, 89f.

²⁵ Siehe Hochstädt, Migration in Preindustrial Germany, 213.

²⁶ Vgl. Collins, Migrant Labour in British Agriculture, 42f.

²⁷ Vgl. Weber, Peasants into Frenchmen, 279-281.

²⁸ Vgl. Lucassen, Migrant Labour in Europe 1600-1900, 122f. In Paris zum Beispiel dominierten in einigen saisonalen Sektoren bestimmte Gruppen ländlicher Migranten: Normannen und Bretonen arbeiteten auf den Docks; Migranten aus dem Massif Central vorwiegend im Baugewerbe, Savoyer und

politischer Bedeutung auf ein städtisches (Sub-)Proletariat, das durch die Zuwanderung freigesetzter ländlicher Unterschichten in Großstädte stark angewachsen war. Denn im 18. Jahrhundert übertraf die permanente oder temporäre Zuwanderung von Tagelöhnern, Dienstbot/inn/en, meist aus dem Umland²⁹ aus „überzähligen“ Mitgliedern ländlicher Haushalte die Masse der zuwandernden „bürgerlichen“ Schichten bei weitem.³⁰

Auch der dem Kapital noch weitgehend entzogene Bereich der städtischen, korporativ organisierten handwerklicher Produktion bezog seine Arbeitskräfte vorwiegend aus Migrationen. In der deutschen Kleinstadt Durlach waren im 18. Jahrhundert 50% der Meister und 62% der Lehrlinge Migranten; Augsburger Gesellen aus der Stadt und dem benachbarten ländlichen Umland, in der Schweizer Kleinstadt Rheinfeldt kamen 80% der Lehrlinge von außerhalb, meist aus dem Umland³¹. In London betrug im beginnenden 17. Jahrhundert der Anteil der meist auswärtigen Lehrlinge an der Gesamtbevölkerung 12%, in Cambridge 6%.³²

Als mobil bezüglich lokaler Stellenmärkte erwiesen sich die unverheirateten Handwerksgehlen. Diese wanderten im Rahmen der Ausbildung („Wanderpflicht“), wie in den deutschen Staaten, und als Folge saisonal oder konjunkturell wechselnder Beschäftigungsmöglichkeiten. Besonders in den deutschen Staaten war der Anteil der „Fremden“³³ unter den in den Städten anwesenden Handwerksgehlen stets sehr hoch, so um 1750 in Frankfurt/Main über 90%, um 1722 in Augsburg 95%, in Stuttgart 50%.³⁴ Die zurückgelegten Wanderdistanzen hingen aber nicht unwesentlich vom ausgeübten Gewerbe ab. In Augsburg umfaßten die Wanderungen der Gesellen der meisten Branchen bloß regionale Distanzen.³⁵ Über große Distanzen waren Gesellen aus dem Bauhandwerk (Tirol), Steinmetz- und Hafnergehlen

Piemontesen waren als Träger (und Bettler) bekannt, vgl. Redford, *Labour Migration in England*, 5; zur starken Segregation dieser Migranten, vgl. Weber, *Peasants into Frenchmen*, 282.

²⁹ Dabei wechselten natürlich auch im Spätmittelalter Zentren der Zu- und Abwanderung; in London rekrutierten sich Mitte des 16. Jahrhunderts rund 37% der Migranten aus entfernt liegenden nordöstlichen und -westlichen counties; durch die Verbreitung des Heimgewerbes im Nordwesten, verlagerte sich das Einzugsgebiet Londons seit dem 18. Jahrhundert fast ausschließlich in den Süden und Südosten, vgl. Boulton, *Neighbourhood Migration*, 108.

³⁰ Hochstädt, *Migration in Preindustrial Germany*, 203.

³¹ *Ibidem*, 203; 202.

³² Clark, *Migrants in the City*, 269.

³³ Dabei werden gemäß dem kommunal organisierten Recht freilich alle außerhalb der Stadt Geborenen als „Fremde“ betrachtet.

³⁴ Griebinger, *Das symbolische Kapital der Ehre*, 179f, vgl. auch Reith, *Arbeits- und Lebensweise im städtischen Handwerk*, 132f.

³⁵ Reith, *Arbeits- und Lebensweise im städtischen Handwerk*, 109f.

(Italien) gewandert.³⁶ Deutsche Zinngießer und Goldschmiedgesellen wanderten nicht nur in alle deutschsprachigen Gebiete und die deutschsprachigen Städte des Baltikums und Osteuropas, sondern auch nach Skandinavien, England, Frankreich und Italien, wo deutschsprachige Handwerkerkolonien existierten.³⁷ Dabei spielten in der temporären, wie der permanenten Migration konfessionelle Grenzen eine Rolle, sodaß katholische Gesellen protestantische Städte mieden und umgekehrt.³⁸ Eine traditionelle Route wandernder „Handwerksburschen“ – Schneider, Schuhmacher, Hutmacher, Zimmerer und Schmiede – reichte von der Nordsee-region über die Niederlande nach Frankreich.³⁹

Die städtischen „Handwerksburschen“, die – zu Meistern aufgestiegen – seßhaft wurden, bildeten aber eine Gruppe der Arbeitsmigranten, die sich von den ländlichen Arbeitsmigranten, städtischen Tagelöhnern und fluktuierenden „Paupers“ sozial deutlich abhoben. Letztere bildeten neben ländlichen Unterschichten jenes Reservoir billiger Arbeitskräfte, das in privaten und staatlichen Manufakturen Beschäftigung fand. Die Mechanisierung der Manufakturen in England und Schottland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bildete aber den Auftakt zur industriellen Revolution, die die agrarisch geprägten Ökonomien rasch untergraben sollte.

2.2. Zur Rekrutierungsbasis des Kapitals 1800–1900

2.2.1. Nationale Märkte

Die industrielle Revolution verbreitete sich von England schrittweise in den einzelnen europäischen Territorialstaaten, die die Basis für die jeweils nationale Kapitalakkumulation und -konzentration bildeten. In Belgien⁴⁰ und Frankreich setzte die Mechanisierung seit den 1820-er Jahren ein, die westlichen deutschen Staaten folgten seit den 1840-er Jahren, in Italien und (West-) Österreich seit 1870, in Rußland seit 1890⁴¹. Die erste Phase der Industrialisierung - charakterisiert durch die Mechanisierung der Textilindustrie und den Ausbau der Eisenbahn - war in Großbritannien um die Jahrhundertmitte abgeschlossen. Sie neuerlich von Großbri-

³⁶ Ibidem, 128f.

³⁷ Reininghaus, Wanderungen von Handwerkern zwischen hohem Mittelalter und Industrialisierung, 184.

³⁸ Hochstadt, Migration in Preindustrial Germany, 216; 217.

³⁹ Lucassen, Migrant Labour in Europe 1600-1900, Anm.79, S.289.

⁴⁰ 1838 „Belgien“, vormals: „Vereinigte Niederlande“.

⁴¹ Stearns, European Society in Upheaval, 72f.

tannien ausbreitend, gingen auch andere westeuropäischen Staaten zu der vom Ausbau der Montan- und Schwerindustrie gekennzeichneten Periode der „Hochindustrialisierung“ über.

Die Industrialisierung leitete eine gesamtwirtschaftliche Umstrukturierung ein, die ihren Ausdruck im Übergang zum „modernen“ Wirtschaftswachstum fand. In Großbritannien, dessen Monopol im Welthandel auf der „Erschließung“ immer neuer kolonialer Märkte beruhte, überrundete um 1870 der Anteil der industriellen Produktion jenen der agrarischen im nationalen Wertschöpfungsanteil. Ähnlich rasch verlief die Entwicklung in Belgien, während im Deutschen Reich der industrielle Take-off um 1890, in Frankreich erst um 1907 erfolgte. Dieser Prozeß, der einen rasch wachsenden industriellen Sektor neben dem agrarischen entstehen ließ, wurde vom Prozeß der Urbanisierung – der Umschichtung der ländlichen „Überbevölkerung“ in die Industrie – begleitet.

Die Zunahme der „Überbevölkerung“ rührte aus einem „natürlichen“ Bevölkerungswachstum, das sich durch die „Freisetzung“ ländlicher, nicht notwendig rein landwirtschaftlicher Populationen beschleunigte. So führte die Aufhebung der Grundherrschaft in Osteuropa zur fortschreitenden Bodenkonzentration, die eine wachsende Bevölkerung zur Suche nach neuen oder zusätzlichen Einkommensquellen zwang. In Westeuropa beschleunigte sich der Prozeß der „Freisetzung“ aus der Landwirtschaft und ländlichen Beschäftigungsbereichen durch die Konkurrenz der kostengünstiger produzierenden Fabrikindustrie, die ländliches Handwerk und Heimgewerbe allmählich verdrängte.

Die Preise und Löhne in der Landwirtschaft sanken seit 1820/1840, wodurch sich wiederum die Modernisierung der Landwirtschaft – zuerst durch die Ersetzung permanenter durch saisonale Arbeitskräfte, dann durch die Ersetzung von Menschen durch Maschinen – beschleunigte. Die mit den Preisen sinkenden Löhne im traditionellen Sektor (Landwirtschaft, Heimgewerbe, Handwerk) gaben zugleich einen positiven Anstoß zur Abwanderung in den „modernen“. Die expandierenden Arbeitsmärkte umfaßten freilich neben einem wachsenden, kapitalintensiven „modernen“ und einem stagnierenden „traditionellen“ Sektor auch einen „marginalen“ Sektor, für den das Fluktuieren der Arbeitskräfte zwischen Stadt und Land charakteristisch blieb.⁴²

Zugleich blieben neben dem Gefälle zwischen Stadt und Land, Hauptstadt und Provinz, regionale Entwicklungsunterschiede ausgeprägt: England hatte den höchsten, Irland den niedrigsten Lebensstandard Westeuropas; Nordfrankreich besaß auch um die Jahrhundertwende einen höheren Lebensstandard als Belgien. Die Industriestaaten besaßen aber allgemein einen

⁴² Vgl. Hoerder, Arbeitswanderung und Arbeiterbewusstsein im Atlantischen Wirtschaftsraum, 6f.

höheren Lebensstandard als die Agrarstaaten. Im einzelnen ergaben sich aber nicht nur bezüglich Tempo und Ausmaß der Industrialisierung, sondern auch bezüglich der Entstehung eines Reservoirs freier oder nur zum Teil an die Landwirtschaft gebundener Lohnarbeiter zwischen den einzelnen modernen Nationalstaaten große Unterschiede.

Nach dem Einsetzen der Industrialisierung verzeichneten England und Wales, Irland und die südwestlichen und westlichen deutschen Staaten ein enormes Bevölkerungswachstum. 1851⁴³ betrug die Einwohnerschaft Englands bereits 17,9 und 1911 36,4 Millionen. Die irische Bevölkerung vermehrte sich zwischen 1801 und 1841 von 5,3 auf 8,2 Millionen Einwohner, um aber bis 1861 auf 6,6 und bis 1914 auf 4,4 Millionen zu sinken.⁴⁴ Die deutschen Staaten – ohne die 1815 in den „Deutschen Bund“ einbezogenen österreichischen „deutschen Erbstaaten“ – hatten rund 20 Millionen,⁴⁵ nach der „Einigung“ 1849 bereits 34,56 Millionen Einwohner. Im Jahr der Reichsgründung 1871 betrug die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs einschließlich der 1870 von Preußen annektierten Alsace-Lorraine 41 Millionen, 1910 rund 65 Millionen. Verhältnismäßig gering fiel hingegen das Bevölkerungswachstum Frankreichs⁴⁶ aus; zwischen 1790 und 1861 wuchs die Gesamtbevölkerung von 27 (25) auf 37 Millionen an, um dann praktisch zu stagnieren. 1911 hatte Frankreich nicht mehr als 40 Millionen Einwohner.

In Frankreich hatte sich die Tendenz zur Anpassung der generativen an die ökonomischen Strukturen, d.h. geringe Geburtenziffern und Sterbeziffern in etwa derselben Höhe – noch unter vorindustriellen Bedingungen im 18. Jahrhundert durchgesetzt. In Deutschland und Großbritannien sanken die hohen Geburten- und Sterbeziffern nach 1880 rasch ab, während die ökonomisch rückständigeren Gebiete unverändert hohe Geburtenziffern aufwiesen.⁴⁷

Die im Zuge der Industrialisierung einsetzende Abwanderung von ländlichen in städtisch-industrielle Beschäftigungsbereiche schlug sich in einer entsprechenden Verschiebung der sektoralen Beschäftigungsanteile⁴⁸ in den einzelnen westeuropäischen Staaten nieder: in

⁴³ Alle Angaben ab 1851, vgl. Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5/ 289 (Großbritannien); 5/295 (Frankreich); 5/362 (Deutsches Reich).

⁴⁴ Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5/295.

⁴⁵ Vgl. Obermann, Die deutsche Bevölkerungsstatistik, 195-196.

⁴⁶ Braudel/ Labrousse, Histoire économique et sociale de la France III/2, 187.

⁴⁷ Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5/16.

⁴⁸ Gemäß der Theorie Fourastiers sind in der vorindustriellen Agrargesellschaft rund 80% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt; nach Abschluß des Modernisierungsprozesses sollten gegen 80% im Dienstleistungssektor beschäftigt werden, mit nur geringen Anteilen im primären Sektor und rund 15% der Erwerbstätigen im sekundären Sektor (vgl. Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5/ 125).

Großbritannien (ohne Irland) sank der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die um 1800 nur mehr 56% betragen hatte, bis 1851 auf 23%. Im Jahre 1881 waren nur mehr 15%, 1911 9% in der Landwirtschaft beschäftigt. Dafür diente Irland, seit 1800 zwangsweise in das Vereinigte Königreich einbezogen, als agrarisches „Hinterland“ und Reservoir teilweise von der Landwirtschaft abhängiger, billiger Arbeitskräfte.

In Frankreich, wo die Industrialisierung seit 1830 einen langsamen, aber kontinuierlichen Fortgang nahm, sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten bis 1856 auf 52%, bis 1911 auf 41%. Im deutschen Reich, wo zwischen dem entwickelten Westen und dem agrarischen Osten ein ausgeprägtes Entwicklungsgefälle herrschte, ging die Agrarbevölkerung bis 1865 auf 52%, bis 1882 auf 43% und bis 1911 auf 35% zurück. Die Anzahl der im Sekundär- und Primärbereich Beschäftigten stieg zugleich beständig an; bei einer Gesamterwerbsquote von 77% waren in Großbritannien 1851: 51% der Erwerbstätigen im primären Sektor tätig, 1911 waren es 54% bei einer Erwerbsquote von 91%. Der Anteil der in der Industrie Beschäftigten in Frankreich betrug 1856 27%, 1886:26% und 1911 30% bei Erwerbsquoten von 48%, 53% und 59%. Im Deutschen Reich – in Preußen waren noch 1831 rund 75% der Bevölkerung agrarisch⁴⁹ – expandierte der Sekundär- und Tertiärsektor bis 1882 auf 54% und bis 1907 auf 65%, wovon 34% bzw. 40% der Erwerbstätigen auf Industrie und Gewerbe entfielen⁵⁰.

Im Gegensatz dazu betrug die Agrarbevölkerung in den spät industrialisierten Staaten wie Italien und Österreich- Ungarn um 1900 im Durchschnitt noch immer 60%. In beiden Staaten herrschten ausgeprägte regionale Entwicklungsunterschiede, sodaß die jeweils peripheren Regionen – Süditalien und die österreichischen „Karpatenländer“ – rein agrarisch strukturiert blieben. Dort, wie auch in Spanien und Rußland, stagnierte der Anteil der agrarischen Populationen bei rund 80% der Gesamtbevölkerung⁵¹.

Entsprechend der Entwicklung der Industrialisierung, Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung stellte sich auch die auf Arbeitsmarkt bezogene Mobilität der Bevölkerung dar. In Frankreich, wo Konzentration des Bodenbesitzes und Bevölkerungswachstum nur langsame Fortschritte machte, blieb die Masse der Bevölkerung gebunden, und die Mobilität der Arbeitskräfte blieb – verglichen mit Großbritannien und dem Deutschen Reich – gering⁵².

⁴⁹ Obermann, Die deutsche Bevölkerungsstatistik, 197.

⁵⁰ Zahlen ab 1850, vgl. Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5/46.

⁵¹ Ibidem, 126-127.

⁵² Hunt, British Labour History, 147.

In Großbritannien stieg die Mobilität der Bevölkerung seit 1820/30 rasch an, sank aber seit den 1890-er Jahren deutlich ab⁵³. Im Deutschen Reich mit ausgeprägtem west- östlichem Entwicklungsgefälle sank die Mobilität insgesamt erst nach 1920 ab,⁵⁴ wobei sich in den oberen Segmenten des Arbeitsmarkts (Facharbeiter) eventuell bereits um die Jahrhundertwende ein stärkerer Trend zur Seßhaftigkeit abzeichnete.⁵⁵

Als Momente, die einen unmittelbaren Einfluß auf die Mobilität zeitigten, erwiesen sich die nationalen und internationalen Konjunkturen. Alle auf unterschiedlichem Niveau entwickelten, von der Industrialisierung erfaßten Länder wurden vom Boom der 1850-er und 1860-er Jahre erfaßt, der mit einigen Einbrüchen seinen Höhepunkt um 1870 erreichte. Als Ausdruck und Folge nationaler und internationaler industrieller Konjunkturen stürzte die Industrie während der „Großen Depression“ seit 1873 aus dem Boom der „Gründerzeit“ in eine bis Anfang der 1890-er Jahre anhaltende Produktions- und Absatzkrise. Der anhaltenden Krise begegnete die Tendenz zur weiteren Konzentration und Zentralisation der nationalen Kapitale, die die imperialistische Ära einleiteten. Nationale Ökonomien sahen sich neben protektionistischen Maßnahmen bezüglich der „Binnenmärkte“ zunehmend zur stetigen Expansion über die Grenzen nationaler Märkte hinaus gezwungen. Auf der Suche nach neuen Märkten wurde die gesamte Welt in Territorien geteilt, die nun erst einer systematischen Administration und einer systematischeren ökonomischen Nutzung unterworfen wurden.

Während diese Entwicklung den Niedergang der monopolistischen Handelsmacht Großbritannien einleitete, kam es seit 1880 im Deutschen Reich zum neuerlichen Aufschwung, der aber von Wachstumstörungen auf Grund einer gesamtwirtschaftlichen Umstrukturierung gekennzeichnet war. Auf etwas niedrigerem Niveau, entwickelte sich die französische Wirtschaft. Seit 1893 setzte in beiden Staaten der bis 1913 anhaltende Vorkriegsrüstungsboom ein, der im Deutschen Reich von kurzfristigen Kriseneinbrüchen (1900/02; 1907/08) unterbrochen wurde. Frankreichs Wirtschaft expandierte nach der Rezession von 1906 seit 1908 rascher als bisher.

Die im Zuge der Expansion des Welthandels wachsende internationale Konkurrenz stürzte andererseits die deutsche und französische Landwirtschaft in strukturelle Agrarkrisen, die durch die seit 1870 verhängten protektionistischen Zölle nicht aufgehalten werden konnten. In Großbritannien spielte der während des 19. Jahrhunderts rechtzeitig modernisierte Agrar-

⁵³ Ibidem, 152.

⁵⁴ Langewiesche/Lenger, Internal Migration, 91.

⁵⁵ Crew, Regionale Mobilität und Arbeiterklasse, 109ff.

sektor seit 1850/70 keine Rolle mehr. Hingegen versäumten die in Preußen politisch ausschlaggebenden Großgrundbesitzer die Modernisierung, die den wachsenden Betriebskosten und der wachsenden Verschuldung bei sinkenden Agrarpreisen und Exportchancen hätte begegnen können. Auch in Frankreich, wo die Agrarpreise seit 1880 zu sinken begannen, wurde ein Strukturwandel in der Landwirtschaft versäumt, sodaß die besonders um 1908 einsetzende industrielle Entwicklung bis zu einem gewissen Grad gehemmt wurde.⁵⁶ Bevölkerungswachstum, Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung bildeten die entscheidenden Faktoren, die die massenhaften nationalen und transnationalen Migrationen beeinflussten.

2.2.2. Arbeitsmigrationen

Die Emigration nach Übersee setzte zuerst dort ein, wo das Wachstum einer industriellen Reservearmee auch nicht annähernd Schritt mit ihrer Verwertungsmöglichkeit in der der Industrie gehalten hatte. Die gesamte europäische Emigration nach Übersee, die sich zwischen 1821 und 1914 auf 32,5 Millionen Menschen belief⁵⁷, erfaßte stets jene Regionen, die gemessen an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals als „übevölkert“ erschienen: bis 1860 stammten 66% aller Emigranten aus dem „Vereinigten Königreich“ – darunter stets zwischen drei Viertel und vier Fünftel aus Irland –, und 22% aus den südwestlichen, bald auch den mittleren deutschen Staaten. Seit 1860 erfaßte die Auswanderung nach Übersee zunehmend Süditalien, Spanien und Osteuropa,⁵⁸ in Frankreich fehlte hingegen eine nennenswerte Emigration.

In Großbritannien führte die ökonomische Stagnation seit den 1880-er Jahre zur verstärkten Emigration aus den Industriegebieten in die Kolonien. Die Emigration verband sich im Rahmen imperialistischer Expansion mit „sozialimperialistischer“ Propaganda: Die Massenauswanderung diene als „Ventil“ gegen den „Druck“ der wachsenden Bevölkerung gegen den begrenzten Nahrungsspielraum. Auswanderung und koloniale Expansion wurden als bedeutende Mittel zur Lösung der „sozialen Frage“ betrachtet.⁵⁹

Zugleich wuchs in der Periode der Industrialisierung die „Binnenwanderung“ aus der Landwirtschaft und ländlichem Gewerbe in städtisch-industrielle Beschäftigungsbereiche- vom Land in die Städte und Industriestandorte, von Stadt zu Stadt, von Stadt zu Großstadt, in aufsteigender Linie an. Die Wanderungen folgten einerseits dem ökonomischen Zwang zur Ab-

⁵⁶ Vgl. Cross, *Immigrant Workers in Industrial France*, 6ff.

⁵⁷ Swiatkowski, *Immigration Law in the U.S.A*, Tab.2, 147.

⁵⁸ Castles/ Kosack, *Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe*, 15f.

⁵⁹ Vgl. z.B. Hobsbawm, *Das imperiale Zeitalter*, 94.

wanderung aus den ländlichen Gebieten, andererseits führten sie zunehmend aus Industriegebieten niedrigeren, in Industriegebiete höheren Lebensstandards.

Die alten, von der Stadtgröße abhängigen Einzugsgebiete saisonaler Migration, wandelten sich zunehmend in Gebiete dauerhafter Abwanderung.⁶⁰ Durch die Entstehung neuer ökonomischer Zentren änderten sich aber auch „traditionelle“ Migrationsrouten. So kam die saisonale Arbeitsmigration aus den südlichen Niederlanden und Westfalen an die Nordseeküste im Verlauf des 19. Jahrhunderts in dem Maße zum Erliegen, da sich Erwerbsmöglichkeiten in minder entfernten Gebieten erschlossen.⁶¹ Aus demselben Grund erloschen seit 1815/1820 auch die saisonalen Migrationen aus den schottischen Lowlands nach London und Nordengland, und aus Südwales nach England.⁶² In einigen Fällen kehrten sich im Zuge der Industrialisierung auch Wanderströme um: seit den 1880-er Jahren migrierten Holländer in die Montan- und Schwerindustrie Westfalens;⁶³ der Strom saisonaler Arbeitsmigranten aus den Alpen in die Poebene⁶⁴ wandte sich während des 19. Jahrhunderts zunehmend nach dem Norden und Westen. Im Zuge der Industrialisierung waren neue Zentren der Zuwanderung entstanden. Sie verbreiteten sich in dem Maße, als sich bei entsprechendem Ausmaß städtischer Arbeitsmärkte frühere Reservoirs an Arbeitskräften als erschöpft erwiesen.

Nicht alle Migrationen waren einmalige Abwanderungen vom Land in die Städte, wo expandierender Handel, häusliche Dienstleistungen, große Industrie, und besonders nach 1880 der öffentliche Dienst (Post, Eisenbahn) Beschäftigungsmöglichkeiten boten⁶⁵. Hohe Fluktuationsraten in den Städten des 19. Jahrhunderts weisen,⁶⁶ außer auf die „Etappenwanderung“, auf einen erheblichen Anteil „semipermanenter“ Migranten, die sich zu einem großen Teil auf saisonale oder stark von Konjunkturen abhängige Arbeitsmärkte bezogen: Baugewerbe, Docks, Ziegeleien und saisonale Industrien wie die Nahrungsmittelindustrie zogen weiterhin agrarisch gebundene – saisonale und temporäre – Migranten an. Diese stammten

⁶⁰ Ein Beispiele wäre Paris, vgl. Ariès, *Histoire des population francaises*, bes. 317-319.

⁶¹ Lucassen, *Migrant Labour in Europe 1600-1900*, 186.

⁶² Collins, *Migrant Labour in British Agriculture*, 47.

⁶³ Lucassen, *Migrant Labour in Europe 1600-1900*, 186; 188f.

⁶⁴ *ibidem*, 257-59.

⁶⁵ Zu typischen Beschäftigungsbereichen von Migrant/inn/en bzw. verschiedener Migrantengruppen gegenüber Nichtmigranten, vgl. Tilly/Moch, *Joining the Urban World*, bes.Tab.1, 39; Anderson, *Urban Migration in Victorian Britain*, 83-88f, Zwahr, *Zur Konstituierung des Proletariats*, Tab.46, 161; 156-163; Sewell, *Social Change and the Rise of Working Class Politics in 19th c.Marseille*, 80.

⁶⁶ Vgl. Langewiesche, *Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode*, 9ff; Fluktuationsraten, vgl. auch Crew, *Regionale Mobilität und Arbeiterklasse*, 100-102.

häufig aus den kapitalistisch weniger entwickelten Regionen größerer Entfernung, während sich die permanente Abwanderung zuerst in größerer Nähe rekrutierte.

In Großbritannien lag um die Mitte des 19. Jahrhunderts gemäß einem „Cluster“ aus drei Londoner Bezirken, sechs kleineren Marktstädten und sieben mittleren und großen Industriestädten, der Anteil der Migranten lokaler und mittlerer Distanz an allen Migranten bei 66%.⁶⁷ Große Distanzen wurden insbesondere von irischen, aber auch nordschottischen, Migrant/inn/en zurückgelegt. Um 1881 waren fast 60% der irische Migranten in andere Teilkönigreiche des Vereinigten Königreichs abgewandert, während dies für Schotten zu 24,2%, für Engländer zu 14% und für Waliser zu 2,5% zutrifft.⁶⁸

Im Gefolge der in Irland periodisch auftretenden Hungersnöte erhöhte sich die irische Fernwanderung nach Großbritannien – darunter besonders saisonale Erntearbeiter – ständig. Im Gefolge der Großen Hungersnot 1841 verstärkte sich der Trend zur irischen „Einwanderung“ besonders in die industriellen Zentren London, Lancashire und Glasgow. In ganz Großbritannien wurden 1841 rund 400.000 Irinnen und Iren gezählt, eine Zahl die sich bis 1861 verdoppelte, um bis 1881 leicht zu sinken.⁶⁹ Irische Migranten bildeten um 1851 16% aller städtischen Migranten, seit etwa 1840 4 bis 6% des britischen Arbeitskräftepotentials.⁷⁰ Synchron zum Sinken der Löhne in der Landwirtschaft und durch die fortschreitenden Saisonalisierung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs strömten die irischen Migranten seit den 1820-er Jahren in die englische und schottische Landwirtschaft, wo sie regional oft über die Hälfte aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte bildeten. Stark vertreten waren Irinnen und Iren auch in anderen saisonalen und stark von der Konjunktur abhängigen Tätigkeiten wie im Bau- und Transportgewerbe, auf Docks und im marginalen Dienstleistungsbereich. Synchron zum Sinken der Löhne im Heimgewerbe, strömten Iren ins Heimgewerbe, später fanden sie auch als Ungelernte in der Großindustrie, besonders in der Montan- und Schwerindustrie, Beschäftigung.⁷¹

⁶⁷ Anderson, *Urban Migration in Victorian Britain*, 81; lokale Distanz: bis 50 km (53%); mittlere Distanz: 50-99 km (13%); vgl. auch Friedländer/ Roshier, *A Study of Internal Migration in England and Wales*, 265ff; Ravenstein, *Die Gesetze der Wanderung I*, 44f für 1881: Wanderungen innerhalb der Counties nicht berücksichtigt; in Grenzgrafschaften zogen Schotten zu 46%, Engländer und Waliser zu durchschnittlich 52,4% ; Iren zu 16,2%; innerhalb desselben Königreichs waren gewandert: Waliser und Engländer (45,1%); Schotten (29,8%); Iren (24,1%).

⁶⁸ Ravenstein, *Die Gesetze der Wanderung I*, 44.

⁶⁹ Moindrot, *Les vagues d'immigration en Grande Bretagne*, 635.

⁷⁰ Joyce, *Work*, II/ 138.

⁷¹ Royle, *Modern Britain*, 70.

Abgesehen von der irischen Einwanderung, die sich zwischen 1880 und 1914 auf weitere 200.000 Personen belief, blieb die europäische Arbeitsmigration nach Großbritannien gering.⁷² Vor 1890 bildeten deutsche Staatsbürger, darunter viele Gesellenarbeiter, die größte ausländische Immigrantenminorität.⁷³ Seit 1880 wurde Großbritannien das Ziel jüdisch- osteuropäischer Migranten, die meist ursprünglich die Überfahrt von Liverpool in die Vereinigten Staaten angestrebt hatten. Bis 1914 ließen sich rund 120.000 Juden besonders in London, Manchester und Leeds nieder, während insgesamt 300.000 Migranten aus Osteuropa zwischen 1870 und 1914 England durchquerten.⁷⁴

Auch in den deutschen Staaten, wo sich die Industrialisierung bis in die 1840-er Jahre verzögert hatte, wurde die Masse städtischer Handarbeiter vor 1880 durch die Nahwanderung rekrutiert.⁷⁵ Noch 1907 stammten im Durchschnitt zwei Drittel der städtischen Populationen aus dem Umland. Ein Drittel bestand aber aus Fernwanderern,⁷⁶ besonders aus dem Nordosten des Deutschen Reiches, das das neue Reservoir an (ungelernten) Handarbeitern bildete.

Die interne Ost-West-(Fern-)Wanderung hatte seit den 1870-er Jahren schwach eingesetzt und richtete sich besonders nach Berlin. In den 1880-er Jahren setzte die massive Arbeiteranwerbung für die Montanindustrie des Ruhrgebiets auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt des Ostens ein.⁷⁷ Als Folge zeichnete sich seit den 1870-er Jahren ein Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches ab, der durch die Depression der 1870-er Jahre, die zu einem starken Rückgang der „Landflucht“ führte, hinausgezögert wurde. Seit den 1880-er Jahren stellte sich im bisherigen Auswanderungsland ein Mangel an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft ein, der besonders durch die Arbeitsmigranten aus den benachbarten östlichen Agrarländern ausgeglichen wurde. Um 1890 betrug die Zahl der im Deutschen Reich gezählten ausländischen Arbeitskräfte 430.000, um

⁷² Ibidem, 74.

⁷³ Holmes, *Historians and Immigrants*, 192.

⁷⁴ Moindrot, *Les vagues d'immigration en Grande Bretagne*, 639-640.

⁷⁵ Köllmann, *Bevölkerung in der industriellen Revolution*, 110; 136ff; Köllmann, *Zur Bevölkerungsentwicklung*, 264ff.

⁷⁶ Da das Deutsche Reich großräumiger ist als z.B. das Vereinigte Königreich, errechnet Langewiesche, *Wanderungsbewegungen während der Hochindustrialisierung*, Anm.31, S.15f; die Prozentsätze der Migranten für 1907 für folgende Distanzen: bis 100 km (24,4%); 150-200 km (15,4%); 200-250 km (10,9%); 250-300 km (12,6%); über 300 km (36,7%).

⁷⁷ Zorn/Aubin, *Handbuch der deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 30f; zum Ruhrgebiet, vgl. Kleßmann, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet*, 37.

1905 1,03 Millionen und 1910 rund 1,3 Millionen, davon jeweils über die Hälfte im Königreich Preußen.⁷⁸

Nach Nationalität handelt es sich 1911/12 um Polen russischer (380.000) und österreichischer (200.000) Staatszugehörigkeit, Ukrainer aus Österreich (90.000), (Nord)- Italiener (150.000), Niederländer und Belgier (60.000), Deutschsprachige aus Österreich (50.000), Ungarn (30.000), Skandinavier (10.000).⁷⁹ Ausländer stellten 1910 rund 8% der Arbeitskräfte im Baugewerbe, 6% der Arbeitskräfte in der Textilindustrie, 8,5% im Bergbau und 10,7% in der Kategorie „Steine und Erden“.⁸⁰ Über 50% der Ausländer aus den östlichen Nachbarländern wurden durch restriktive Regelungen an die Landwirtschaft gefesselt, wo ein hoher Bedarf an saisonalen Arbeitskräften bestand.

Auch in Frankreich überwog im Rahmen der „Binnenwanderung“ die Nachbarschafts- und Nahwanderung.⁸¹ Diese umfaßte auch ausländische Flamen aus Belgien, die seit 1800 in die industriell entwickelten nördlichen Provinzen Frankreichs migrierten, darunter zahlreich saisonale Landarbeiter. Sie ließen sich nach dem Niedergang des Heimgewerbe in Flandern und Brabant in der Textil- und Montanindustrie des Departement Nord (französisch Flandern) und in Roubaix nieder.⁸² Hinzu kamen ländliche saisonale Migranten aus traditionellen, aber im Ausland (Schweiz, Italien, Flandern) gelegenen Abwanderungsgebieten (Alpen, Pyrenäen). Zwischen 1800 und 1840 stieg die Zahl der in Frankreich anwesenden Ausländer, darunter auch zahlreiche Handwerksgesellen, von 110.000 auf 300.000 an – darunter jeweils ca. zwei Drittel Arbeiter.⁸³

Die „Landflucht“ aus den Regionen einer bereits „traditionellen“ saisonalen Abwanderung – Massif Central, Jura, Bretagne und Alpen – setzte erst in den 1840-er Jahren ein. Zwischen 1856 und 1886 wanderten im jährlichen Durchschnitt 126.000 Menschen, meist Landarbeiter und Kleinlandwirte, in die Städte ab.⁸⁴ Durch die geringe Mobilität der Bevölkerung wurde die Expansion der Großindustrie bedroht. Der Mangel an Arbeitskräften besonders in der Industrie konnte durch die spontane Einwanderung aus den Nachbarstaaten, gedeckt wer-

⁷⁸ Elsner/Lehmann, *Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus*, Tab.3, 25.

⁷⁹ Nichtweiß, *Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft*, 177.

⁸⁰ Vgl. Dohse, *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat*, 51.

⁸¹ Braudel/Labrousse, *Histoire économique et sociale de la France III/2*, 227.

⁸² Lucassen, *Migrant Labour in Europe 1600-1900*, 186.

⁸³ Grandjonc, *Eléments pour une étude de l'immigration*, 230.

⁸⁴ Braudel/Labrousse, *Histoire économique et sociale de la France III/2*, 206.

den; die Einwanderer, viele davon „semipermanent“, konzentrierten sich in den jeweils an die Länder ihrer Herkunft angrenzenden Regionen Frankreichs.⁸⁵

Deutliche Erhöhungen der Ausländerbeschäftigung brachten bereits der Ausbau der Eisenbahn in den 1840-er, 60-er und 70-er Jahren; die Zahl der „Ausländer“ stieg von 379.000 um 1851⁸⁶ auf 655.000 um 1866 und auf 802.000 um 1876 an. Seit 1881 bewegte die Zahl der in Frankreich gezählten ausländischen Arbeitskräfte jeweils zwischen einer und 1,2 Millionen⁸⁷ oder 6–7% aller Erwerbstätigen Frankreichs. Um 1886 waren 43% der in Frankreich gezählten Ausländer Belgier; 23% Italiener, 9% Deutsche, 7% Spanier und 7% Schweizer.⁸⁸ Gemäß Zeitpunkt und Tempo der Industrialisierung bzw. der regionalen Schaffung von Arbeitsplätzen in den Nachbarstaaten verschob sich die nationale Struktur der Einwanderung; die Zahl der Deutschen ging seit 1851: 15% bis 1901 auf 10% zurück; der Anteil der Belgier, der 1871 47% betragen hatte, sank durch deren Naturalisierung, später durch die Aufrechterhaltung des Wohnortes in Belgien und die Pendelwanderung,⁸⁹ auf 25%. Permanent stieg der Anteil der italienischen Migranten an, der 1871 bei 15%, 1881 und 1891 bei 25% und 1911 bei 36% lag,⁹⁰ wobei sich die Rekrutierungsgebiete in Norditalien erheblich ausdehnten.⁹¹ Dennoch fiel Frankreich als wichtigstes Ziel italienischer Migranten seit 1899 hinter das Deutsche Reich und die Schweiz zurück.⁹²

Der Großteil der ausländischen Arbeitsmigranten fand als Ungelernte im Sekundärsektor Beschäftigung. 1886 lag die Ausländerquote im Baugewerbe bei 9%; in Eisen- und Stahlindustrie bei 12%, in der Textilindustrie bei 10%, in der Nahrungsmittelindustrie bei 12%, in der chemischen Industrie bei 22% und im Bergbau bei 13%;⁹³ um 1906 lag die Ausländerquote in der Schwerindustrie bereits bei über 20%.⁹⁴ Der Bedarf an saisonalen Arbeitsmigranten wurde hingegen durch die saisonalen Migrationen der agrarisch gebundenen Belgier und Bretonen, im Südwesten zunehmend durch Spanier gedeckt. Der Anteil der in der Landwirt-

⁸⁵ Prost, *L'immigration en France*, 535.

⁸⁶ „Ausländer“ wurden 1851 erstmals im französischen Zensus erfasst.

⁸⁷ Cross, *Immigrant Workers in Industrial France*, Tab.1. , 21.

⁸⁸ Prost, *L'immigration en France*, 535.

⁸⁹ 1906 pendelten 30.000 Belgier und Deutsche täglich über die Grenze, vgl. Cross, *Immigrant Workers in Industrial France*, 22.

⁹⁰ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/166.

⁹¹ Britischgi-Schimmer, *Die wirtschaftliche und soziale Lage der italienischen Arbeiter*, 13f.

⁹² Willcox/Ferenczi, *International Migrations*, I/ 294.

⁹³ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/166.

⁹⁴ Vgl., Cross, *Immigrant Workers in Industrial France*, Tab. 17, 160.

schaft beschäftigten Ausländer/innen an allen landwirtschaftlichen Arbeiter/innen lag aber stets unter 25%.⁹⁵

Innerhalb eines Jahrhunderts hatte sich aber ein neues System von Gebieten mit Arbeitskräfteüberschuß bzw. -bedarf herausgebildet. Im Deutschen Reich waren Sachsen, Berlin und das Ruhrgebiet, in Frankreich der Norden und Osten Arbeitskräfte-Importgebiete geworden. Die Metropolen London, Paris und Berlin zogen Arbeitskräfte aus dem „Umland“ an. Zu Arbeitskräfteexportgebieten waren Norditalien (Deutsches Reich, Schweiz, Frankreich, Österreich) Süditalien (USA), Galizien (Deutsches Reich, Böhmen), Rußland (Deutsches Reich) und Spanien (Frankreich) geworden. Dabei erhielten die nun vorwiegend ausländischen, agrarischen Zuwanderer stets die keinerlei Qualifikation erfordernden niedrig entlohten Arbeitsplätze auf einer „internationalisierten untersten Stufe“ des Arbeitsmarkts, während Teile der früheren Migranten und Nichtmigranten bzw. der „nationalen Arbeiterschaft“ - auf Dauerarbeitsplätzen höherer Qualifikation beschäftigt wurden.⁹⁶

Die höher qualifizierten Arbeitsmigranten wanderten aber vornehmlich in Gebiete höheren Lebensstandards. Die Form der Migration qualifizierter, städtischer Arbeitskräfte hob sich bereits während der Frühindustrialisierung von jener der Masse der Migranten ab. Gemäß der Tradition des Handwerks legten sie auf Arbeitssuche größere Distanzen zurück als unqualifizierte Arbeitskräfte, um eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung auszuüben. In London und Paris bestanden auch im 19. Jahrhundert größere Kolonien ausländischer, besonders deutscher Handwerksgesellen. In Paris bestanden um die Jahrhundertmitte insgesamt 3,5% der Gesamtbevölkerung aus ausländischen Arbeitern, darunter zahlreiche Gesellenarbeiter⁹⁷. Diese erwiesen sich besonders in den kapitalintensiven Branchen (Bekleidungs- Leder- und Holzgewerbe) als äußerst mobil.⁹⁸

Die meist temporären Wanderungen hochspezialisierter Facharbeiter entsprangen der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften, die neue Technologien beherrschten.⁹⁹ Britische Mechaniker und Maschinenbauer, britische Baumwollspinner, britische und belgische Metallarbeiter waren während der Industriellen Revolution in anderen Ländern äußerst begehrt. Sie gingen

⁹⁵ Prost, L'Immigration en France, 535.

⁹⁶ Vgl. dazu Hoerder, Arbeitswanderung und Arbeiterbewusstsein im Atlantischen Wirtschaftsraum, 4f.

⁹⁷ Grandjonc, *Éléments pour une étude de l'immigration*, 232.

⁹⁸ Vgl. Lenger, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat, 81ff, Tab.16, 264.

⁹⁹ Fremdling, Die Rolle ausländischer Facharbeiter, 1; 2.

spontan, noch öfter aber angeworben durch ausländische Unternehmer, auf den Kontinent, wo sie die ersten Maschinen errichteten und bedienten, und ansässige Arbeitskräfte ausbildeten.¹⁰⁰

Wurden in der Phase der Frühindustrialisierung vor allem die mit dem „Technologie-transfer“ verbundenen Facharbeiter von privaten Unternehmern angeworben, so sahen sich die Unternehmerverbände seit 1880/1900 mit dem Mangel einer disponiblen industriellen Reservearmee konfrontiert. Dies führte zu einer von den Unternehmerverbänden organisierten Rekrutierung von Arbeitskräften in den ländlichen Regionen des Inlands, zunehmend auch des Auslands und in Einzelfällen auch der Kolonien. Diese Arbeitskräfte wurden erstmals weitab von den Wegen „spontaner“ Migrationen in die Industrieländer transferiert.

Der französische Verband der Agrarunternehmer („Syndicat des Agriculteurs“) warb zwischen 1908 und 1914 rund 20.000 Polen aus Galizien als landwirtschaftliche Arbeitskräfte an¹⁰¹. Britische Bauunternehmer „importierten“ seit den 1890-er Jahren italienische Bauarbeiter¹⁰². Deutsche und französische Agrarunternehmer erwogen in den 80-er Jahren den „Import“ chinesischer „Kuli“.¹⁰³ Dies entsprach dem Vorbild US-amerikanischer Unternehmer, die besonders seit Mitte der 1850-er Jahre chinesische Kontraktarbeiter („Kulis“) im Goldbergbau und Eisenbahnbau, und anstelle der „befreiten“ Sklaven in der Landwirtschaft einsetzten.¹⁰⁴ Die Arbeitsverhältnisse wurden meist im Heimatland für Jahre und Jahrzehnte abgeschlossen, der Vertragsbruch aber mit strafrechtlichen Sanktionen bedroht.¹⁰⁵ Letztendlich kamen Arbeitskräfte aus den Kolonien aber lediglich in der Seeschifffahrt zum Einsatz: in Großbritannien stieg zwischen 1890 und 1904 der Anteil der „Asiaten“ an den auf Handelsschiffen Beschäftigten von 14,6 auf rund 22,5%.¹⁰⁶ Deutsche Reedereien beschäftigten eine verschwindende Anzahl asiatischer und afrikanischer „Kulis“ auf ihren Schiffen und auf Docks.¹⁰⁷ Die wachsende Zentralisierung des Arbeitskräfteimports durch die Unternehmerverbände führte

¹⁰⁰ Fremdling, Die Rolle ausländischer Facharbeiter, 6ff; Viadenlec, Quelques remarques sur le role des Anglais, bes. 285ff.

¹⁰¹ Cross, Immigrant Workers in Industrial France, 25.

¹⁰² Prato, Le Protectionnisme Ouvrier, Anm. 287, 210.

¹⁰³ Vgl. Nichtweiß, Ausländische Saisonarbeiter, 38f.

¹⁰⁴ Potts, Weltmarkt für Arbeitskraft, 116f.

¹⁰⁵ Potts, Weltmarkt für Arbeitskraft, 84f; vgl. dazu auch Kautsky, Auswanderung und Kolonisation, NZ 1/I (1883) 396f., Eckstein, Chinesische Kuli, NZ 22/I (1903/04) 52-58; 85- 90.

¹⁰⁶ Schippel, Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung, 56.

¹⁰⁷ Vgl. Emil Fischer, Die Verwendung von Kuli als Lohnarbeiter, NZ 25/II (1906/07) 790-796, hier: 791f. (ohne Zahlenangaben).

aber zur Intervention des Staates, der zunehmend die Organisation des nationalen Arbeitsmarkts übernahm.

2.3. Inländerstatus, staatliche Regelung der Migrationen und Organisation des Arbeitsmarkts

Sobald „Arbeitsmärkte“ sich herausgebildet hatten, wurden die Migrationsströme entsprechend dem Bedarf lokaler, städtischer Ökonomien geregelt. Gemäß den seit dem 15. Jahrhundert entstehenden „Armenrechten“ suchten die Kommunen die ständige Niederlassung mittelloser, ständig fluktuierender Armer (Vagabunden, Bettler, Prostituierte) zu verhindern; der „Zuzug“ und das städtische Bürgerrecht wurden vom Vermögen abhängig gemacht. Umgekehrt erwuchs das Recht auf Armen- Unterstützung aus der „Heimatberechtigung“ der am Ort verarmten Personen.¹⁰⁸ Diese Regelung erstreckte sich daher nicht auf saisonale Migranten, die regelmäßig in ihre Heimatgemeinden zurückkehrten. Für nichtheimatberechtigte „Bettler“ war die Abschiebung in die Heimatgemeinde, die „Zwangsarbeit“ im Arbeitshaus, oder auch, wie im Vereinigten Königreich, die Todesstrafe oder lebenslange Sklaverei und Deportation in die Kolonien vorgesehen.¹⁰⁹ Dennoch wurden auch saisonale Migranten in jene Ideologie der traditionellen Gesellschaft, worin Seßhaftigkeit als Zeichen der Ehrbarkeit, Mobilität aber als Zeichen einer mit Kriminalität und Pauperismus (Vagabondage, Prostitution, Bettelei) assoziierten sozialen Marginalität („Ehrlosigkeit“) galt, einbezogen.¹¹⁰

Die Einführung von Paßgesetzen und Arbeitsbüchern für wandernde Arbeiter (Handwerksgesellen) in Frankreich und in Preußen (1731) bildete den ersten Ansatz zu weitergehenden staatlichen Regelungen, die zunehmend auf sämtliche Staatszugehörigen ausgedehnt wurden.¹¹¹ Aber erst die massenhafte Pauperisierung und „Binnenwanderung“ im Zuge der Industrialisierung wurde zum Anlaß der Schaffung des In- und Ausländerstatus bezüglich nationaler Arbeitsmärkte. In Großbritannien wurde im Verlauf der industriellen Revolution, in Frankreich durch die politische Revolution von 1789, und in Deutschland durch die 1848 beginnende politische Einigung der deutschen Staaten zunehmend die administrativen Hindernisse der Arbeitskräftemobilität – die alten kommunalen Ab- und Ausweisungskompetenzen im

¹⁰⁸ Vgl. z.B. W. Fischer, Armut in der Geschichte, 40ff.

¹⁰⁹ W. Fischer, Armut in der Geschichte, 41f.

¹¹⁰ Zur Wahrnehmung saisonaler Arbeitsmigranten als „Bettler“ in Holland, vgl. Tack, Die Hollandgänger in Hannover und Oldenburg, 102ff; in England, vgl. Redford, Labour Migration in England, 137-141. Zur Wahrnehmung der bäuerlichen durch bürgerliche Schichten im Frankreich des 19. Jahrhunderts, vgl. Weber, Peasants into Frenchmen, 3ff.

¹¹¹ Vgl. Gerstenberger, Wanderarbeit und der Zwang zum Reisen, 7f.

Zusammenhang mit den traditionellen Armenrechten - innerhalb der Staatsgebiete beseitigt.¹¹² So wurden in deutschen Teilstaaten auch noch nach 1848 große Zahlen fluktuierender „Armer“ ausgewiesen, die in der Folge zwischen einzelnen Staaten hin- und hergeschoben wurden. Da für die Industrialisierung aber der freie Fluß von Arbeitskräften von zentraler Bedeutung war, erwies sich dies als wenig sinnvoll, und die Kompetenz der Armenfürsorge wurde zunehmend durch den Staat übernommen.¹¹³ Die innerhalb des Staatsgebiets hergestellte Freizügigkeit schuf für die „freigesetzten“ Lohnarbeiter erst die Möglichkeit, einem regional ungleich verteilten Beschäftigungsangebot durch überregionale Migrationen zu folgen. Wo bei entsprechendem „Bedarf“ aber die freiwillige Zuwanderung fehlte, wurden auch jetzt Zwangsmaßnahmen angewendet.¹¹⁴

Im selben Maße wie der Staat die Kompetenz der Armenfürsorge übernahm, wurden die besitzlosen Lohnarbeiter/innen rechtlich in Staatszugehörige transformiert. Davon prinzipiell ausgegrenzt blieben außerstaatlicher Arbeitsmärkte und Nicht- Staatszugehörige, und die Staaten behielten sich die früher kommunalen Ausweisungskompetenzen gegenüber „Fremden“ vor. Selbst bei allgemeiner Gleichberechtigung der In- und Ausländer blieb der Status der „Ausländer“ doch durch die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit bzw. die gewaltförmige Dispositionsmacht des Staates gekennzeichnet.¹¹⁵

Die tatsächliche Ausübung der kommunalen und staatlichen Dispositionsmacht gegenüber Ausländern hing allerdings de facto vom Bedarf der Unternehmer an Arbeitskräften ab. Ausländische Arbeitskräfte, die nicht als potentielle soziale Last galten, blieben von der Ausweisung aus einem Staat verschont. Umgekehrt wurden ausländische Arbeiter seltener auf Grund von Arbeitslosigkeit ausgewiesen, als auf Grund ihrer Diskriminierung im Vereins- und Kartellrecht, das sich insbesondere gegen den Beitritt von Ausländern zu Arbeiterorganisationen – Gewerkschaften und sozialistische Parteien – richtete. Die Beteiligung an Streiks bzw. an Organisationen, die den Behörden als staatsfeindlich galten, wurden oft zum Anlaß von Ausweisungen von Ausländern, auch solcher, die seit Jahren und Jahrzehnten im Ausland tätig und ansässig waren.¹¹⁶

¹¹² Zu England, vgl. Marx, MEW Bd. 23, 766ff; Redford, Labour Migration in England, 82ff; zum Deutschen Reich, vgl. Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 11ff.

¹¹³ Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 14ff.

¹¹⁴ MEW Bd. 23, Anm. 216, 757.

¹¹⁵ Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 26f.

¹¹⁶ Vgl. z.B. „Preußische Ausweisungspolitik“, CB 1914, Nr.12, 172; zur Ausweisung des Redakteurs des italienischsprachigen Gewerkschaftsblattes im Deutschen Reich, vgl. Prot. der Verhandlungen des 4. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (Stuttgart 1902) - Protokolle der Verhandlungen der

Solche Praktiken wurden besonders in der Phase des Laissez-faire-Kapitalismus auch gegenüber staatszugehörigen Lohnarbeiter/innen angewandt. Das als Gewaltverhältnis konstruierte Arbeitsverhältnis, sowie das „Koalitionsverbot“, boten den Anlaß, die staatliche Dispositionsgewalt gegenüber der Lohnarbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Polizei und Militär wurden in Preußen und Frankreich immer wieder gegen streikende Arbeiter eingesetzt oder Soldaten ersetzen streikende Arbeiter.¹¹⁷

In einigen österreichischen Ländern wurden streikende Arbeiter unter Anwendung des Armenrechts als „Vagabunden“ des Landes verwiesen¹¹⁸. Im Deutschen Reich blieben die erwerbslosen, fluktuierenden Arbeitskräfte („Wanderarme“), deren Zahl während der Krisen sprunghaft anstieg, Regelungen des traditionellen Armenrechts unterworfen.¹¹⁹ Die von privaten und kommunalen „Antibetteleivereinen“ eingerichteten „Wanderherbergen“ sorgten zwar für Kost und Logis, hielten aber die mittellosen Arbeitslosen, „Bettler“, „Vagabunden“ und „Arbeitsunfähigen“ zur Arbeit an.¹²⁰ Diese Vereine fungierten zugleich als Arbeitsnachweise, wo Unternehmer die Arbeitskräfte zu anderen als den ortsüblichen Löhnen und Arbeitsbedingungen beziehen konnten.¹²¹

Damit befanden sich „Wanderarme“ in einer ähnlichen Situation wie die rechtlich ungesicherten Ausländer. Beide Gruppen wurden öfter während Streiks und Aussperrungen, besonders in Landwirtschaft und Baugewerbe, unter Polizeibewachung zur Arbeit gezwungen.¹²² Das in Preußen verhängte „Sozialistengesetz“ (1878–1890) setzte die beschränkten Grundrecht der Staatsbürger außer Kraft, und erlaubte daher die Ausweisung der politisch unliebsamen Partei- und Gewerkschaftsführer.

Die bei den herrschenden Klassen verbreitete Furcht vor einer Revolution, die geradezu als notwendige Folge der ungelösten „sozialen Frage“ galt, hatten, mit besonderer Schärfe in

Kongresse der Gewerkschaften, II, 54; vgl. auch Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 73-75.

¹¹⁷ Vgl. z.B. Machtan, Streiks im Deutschen Kaiserreich, 1871/Nr. 75, 91; Nr.129, 117; 1872; Nr. 174, 194f.; Nr.264, 225f, 1873/Nr.222, 356; 1874/Nr.7, 382-384; Nr.86, 428; Aguet, Les Grèves sous la Monarchie de Juillet, 104; 130; 142 etc.; in bestreikten Werkstätten oft der Einsatz von Soldaten, die den entsprechenden Beruf erlernt hatten.

¹¹⁸ Die Bedeutung des internationalen Arbeiterkongresses in Zürich für die Gewerkschaftsbewegung, CB 1893/Nr.18, 69.

¹¹⁹ Ostwald, Unsere armen Wandernden, 3.

¹²⁰ Ibidem, 5-6.

¹²¹ CB 1891/Nr,1, 99-100, hier: 99.

¹²² Vgl. z.B Auswärtige Arbeiter-Politik, CB 1904/Nr.31, 507-10, hier: 509; vgl. auch Streikberichte in Machtan, Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich, 1872/Nr. 95, 165-168, bes. 168, Nr. 190, 201.

Preußen, zu restriktiven Maßnahmen gegen gewerkschaftliche und politische Arbeitervereinigungen geführt. Seit 1871 in Großbritannien, seit 1884 in Frankreich und seit 1890 im Deutschen Reich kam es aber zur Lockerung der antigewerkschaftlichen Politik. Zugleich kam ein Prozeß in Gang, in dem der Staat seine Bereitschaft zur Einschränkung des gewaltförmigen Arbeitsverhältnisses zeigte, zumindest soweit die Industriearbeiterschaft betroffen war.

Mit der expliziten Absicht, der Arbeiterbewegung die politische Initiative in der „sozialen Frage“ zu entreißen, beschloß die preußische Regierung 1878 die obligatorische, staatliche Krankenversicherung, die im übrigen „Ausländer“ einbezog.¹²³ Das französische Pensionsversicherungsgesetz (1886), und danach alle weiteren europäischen Sozialversicherungsgesetze, darunter die in Großbritannien 1911 beschlossene staatliche, obligatorische Arbeitslosenversicherung, schlossen „Ausländer“ hingegen systematisch aus.¹²⁴ Auch Tarifverträge galten im Fall der Ausländer nach damaliger Rechtsauffassung als abdingbar.¹²⁵

Während ausländische Arbeitskräfte für die Unternehmer gerade auch durch ihre Rechtlosigkeit attraktiv waren, wuchs die Opposition des Staates gegen die Ausländerbeschäftigung in dem Maße, als der Staat die Kosten der Erwerbslosigkeit seiner Staatszugehörigen trug. So bemerkt der spätere Präsident des 1900 gegründeten Internationalen Arbeitsamts.¹²⁶ „Die Regelung der Einwanderung mit Bezug auf den Bedarf des einheimischen Arbeitsmarktes ist auch unentbehrlich, um einmal die Arbeiter der grossen Einwanderungsländer gegen die Arbeitslosigkeit versichern zu können“.¹²⁷

Zur Regelung der Wanderungen gemäß dem Bedarf auf nationalen Arbeitsmärkten, wurde aber unter Zurückdrängung der gewerblichen Vermittlung die staatliche Zentralisierung der Arbeitsvermittlung in Angriff genommen. Diese wurde auch von den Arbeiterorganisationen angestrebt, die sich notwendig vor allem gegen die von den Arbeitgebern organisierte Arbeitsvermittlung wandten. Die Einrichtung und Zentralisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, machte aber nur langsame Fortschritte gegenüber der von Unternehmern und ihren Interessensverbänden bzw. von gewerblichen Vermittlungen betriebenen Anwerbungsstellen. Die französische Regierung ging in den 1880-er Jahren, die preußische Regierung seit 1908

¹²³ Grunwald, Die fremden Arbeitskräfte in Deutschland, NZ 25/II (1906/07) 581-591, hier: 581.

¹²⁴ Prato, Le Protectionnisme Ouvrier, 194f.

¹²⁵ Prato, Le Protectionnisme Ouvrier, 194.

¹²⁶ Das internationale Arbeitsamt war eine Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die als halboffizielle Agentur in Basel von verschiedenen Regierungen Geld erhielt; einige nationale Sektionen arbeiteten aber auch mit den Gewerkschaften zusammen (vgl. Lorwin, Die Internationale der Arbeit, 44).

¹²⁷ Ferenczi, Die Arbeitslosigkeit und die internationalen Arbeitswanderungen, 16f.

zunehmend gegen die gewerbliche Arbeitsvermittlung vor, indem bestehende (kommunale) Arbeitsnachweise und private Anwerbungsstellen gegen die Einräumung von Aufsichtsrechten subventioniert wurden.

In Frankreich wurde schließlich 1904 die Einrichtung unentgeltlicher Arbeitsnachweise durch die Kommunen und die Einrichtung von Zentralstellen gesetzlich festgelegt, und 1910 durch Ministerialerlaß erneut verordnet.¹²⁸ Im Deutschen Reich wurde erstmals 1896 die Zentralisierung der kommunalen Arbeitsnachweise in Einzelstaaten angeordnet.¹²⁹ In Großbritannien war die Regelung der Arbeitsvermittlung aber Teil einer allgemeinen Arbeitslosenpolitik, die für einige Industrien eine 1911 beschlossene, staatliche, obligatorische Arbeitslosenversicherung erstrebte. Ein Gesetz vom 20. 9. 1909 ermächtigte das Handelsamt zur Einrichtung staatlicher Arbeitsnachweise bzw. zur Subventionierung bestehender Anstalten, die auch die Reisekosten für zugewiesene Arbeitsplätze übernahmen¹³⁰.

Aber auch die Regierungen der Auswanderungsländer nahmen auf Grund der unkontrollierten Anwerbung ihrer Staatszugehörigen die Zentralisierung der Arbeitsvermittlung in Angriff, und strebten teils aus volkswirtschaftlichen Gründen – wegen der steigenden Lohnforderungen im Land der Herkunft –, teils aus nationalistischen Gründen – die Diskriminierung der jeweiligen Staatszugehörigen – nach einer Regulierung und behördlichen Kontrolle der Wanderungen.¹³¹ Die Spannungen zwischen Aus- und Einwanderungsländern führten aber in einzelnen Fällen zu zwischenstaatlichen Verträgen über den Bezug von Arbeitskräften. Ein 1916 unterzeichnetes Abkommen zwischen Italien und Frankreich garantierte gegenüber der italienischen Regierung für gleiche Löhne und die soziale Versicherung der italienischen Arbeitskräfte; Italien verzichtete auf die seit lange geforderten Kontrollen italienischer Behörden in französischen Privatunternehmen, und erhielt im Austausch für jede Arbeitskraft sechs Tonnen Kohle und französische Munition.¹³²

Der Zweck der Regulierung der Wanderungen lag insbesondere in der Senkung der Kosten für die Erwerbslosigkeit, die besonders während Rezessionen die Kosten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich öffentlicher Arbeiter bzw. für die Armenunterstützung steigen ließ. Insofern nur Staatszugehörige einen Anspruch auf Unterstützung anmelden konnten, waren diese bei entsprechender Arbeitsmarktlage gegenüber Ausländern bevorzugt

¹²⁸ Becker/Bernhard, Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, 31.

¹²⁹ Ibidem, 14.

¹³⁰ Ibidem, 33.

¹³¹ Vgl. z.B. Chmelar, Die Auswanderung, 209ff.

zu beschäftigen, Dabei wurde, etwa in Preußen, die Beschäftigung arbeitsloser Industriearbeiter in der Landwirtschaft, durchaus in Erwägung gezogen.¹³³

Die Tendenz zur bevorzugten Beschäftigung staatszugehöriger Arbeitskräfte bei allgemeiner rechtlicher Gleichstellung der Ausländer im Zivilrecht hatten sich bereits in der Krise der 80-er Jahren im kommunalen Rahmen bzw. im Rahmen des traditionellen kommunalen „Armenrechts“ abgezeichnet. Einige französische, später auch einige deutsche Stadtverwaltungen hatten in den Jahren der Krise die Ausländerbeschäftigung im Bereich öffentlicher Arbeiten beschränkt¹³⁴. Dabei wurde manchmal eine Hierarchie der Heranziehung zuerst von ortsansässigen, dann von inländischen und zuletzt von ausländischen Arbeitskräften aufgestellt; in anderen Fällen wurde bloß ein Vorzug der Ortsansässigen gegenüber „Fremden“, oder aber der „In“- gegenüber „Ausländern“ formuliert.

Im allgemeinen wurde aber in Frankreich, wo auch der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften nach der Jahrhundertwende rasch anwuchs, der Grundsatz der allgemeinen Gleichberechtigung der Ausländer beibehalten. Eine Tendenz zur verstärkten Kontrolle der Ausländerbeschäftigung zeigte aber das 1893 beschlossene Gesetz „sur le séjour des étrangers et le protection du travail national“. Ausländer, die einen Beruf ausübten, wurden dazu verpflichtet, sich unter Zahlung einer Gebühr polizeilich zu melden.¹³⁵

In Großbritannien hatten die Stimmen für eine Abschottung der Grenzen seit der ökonomischen Stagnation der 90-er Jahre stark zugenommen. Der 1905 beschlossene „Aliens Act“ gestattete die Zurückweisung der Einreise mittelloser Personen, es sei denn, es handle sich um politisch oder religiös Verfolgte¹³⁶. Sowohl das französische Fremdenrecht von 1893, als auch der „Aliens Act“ beruhten auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens, daß die nationalen Arbeitsmärkte bzw. die „nationale Arbeit“ gegenüber der von den Unternehmern betriebenen Ausländerbeschäftigung zu schützen seien.

Einen anderen Weg wählte Preußen, dessen Einwanderungsgesetze den dringenden Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft mit den hegemonialen Ansprüchen gegenüber dem „Osten“ verknüpfte. Auf Grundlage des Versuchs, die Gebietsansprüche gegenüber den annektierten polnischen Gebieten durch „innere Kolonisation“ und „Germanisierung“ zu si-

¹³² Cross, Immigrant Workers in Industrial France, 28.

¹³³ Vgl. Bade, „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“, 107-112, bes. 108f.

¹³⁴ Schippel, Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung, NZ (1906/07), Beilage, 45-47; 60-62.

¹³⁵ Prato, Le Protectionnisme Ouvrier, 192.

¹³⁶ Arbeiterimport und Einwanderungsrecht II, CB 1907,Nr.31, 481-84, hier:483.

chern,¹³⁷ wurden die seit den 80-er Jahren spontan in die Landwirtschaft strömenden Polen österreichischer oder russischer Staatszugehörigkeit des Landes verwiesen. Auf Druck der unter „Leuthenot“ leidenden Agrarier wurden diese 1890 wiederum zugelassen, wobei ihre ständige Niederlassung im Deutschen Reich verhindert werden sollte. Dem diente die Einführung einer „Karenzzeit“ für polnische Arbeiter/innen (1890), deren Status als saisonale Landarbeiter/innen durch die Pflicht der Ausreise während der Wintermonate gesichert wurde.¹³⁸

1907 verschärfte sich die Disziplinierung der polnischen und anderer Arbeitskräfte aus dem „Osten“ durch den sog. Inlandslegitimationszwang, der bereits im folgenden Jahr auf alle ausländischen Arbeitskräfte in Preußen ausgedehnt wurde. Der „Inlandslegitimationszwang“ knüpfte die Ausstellung der obligatorischen Legitimationskarte an die Angabe des Arbeitgebers; diese Karte verlor im Augenblick des „Kontraktbruchs“ mit dem Arbeitgeber – z.B. im Falle der Teilnahme ausländischer Arbeitskräfte an Streiks – die Gültigkeit.¹³⁹ Bezeichnenderweise wurde die Ausstellung dieser Karten der Anwerbungsstelle des militant antipolnischen Ostmarkenvereins („Deutsche Feldarbeiterzentrale“/DAZ) übertragen, die als halb privat, halb öffentlicher Verein den ersten Ansatz einer reichsweiten Zentralisierung der Arbeitsnachweise darstellte.¹⁴⁰

Politische Diskriminierung, koloniale Unterdrückung und im Falle Preußens die legale Festlegung der ausländisch-polnischen Migranten auf die Tätigkeit in der Landwirtschaft, institutionalisierten aber die nationale und ethnische Spaltung der Arbeiterklasse. Durch legitistische Maßnahmen wurde aber der soziale Aufstieg der einen Populationen gefördert, der der anderen aber gehemmt oder überhaupt unterbunden.¹⁴¹ Die ökonomisch, sozial und politisch privilegierteren Arbeiter/innen integrierten sich vor dem Hintergrund eines steigenden Lebensstandards allmählich in die Nation. Verschiedene Migrantengruppen aus kolonial unterdrückten Ländern wie die Iren in Großbritannien, und die staatszugehörigen Polen in Preußen,

¹³⁷ Vgl. Bade, Vom Auswanderungland zum „Arbeitseinfuhrland“, 441f; Bade, „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“, 111ff.

¹³⁸ Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 33; 34.

¹³⁹ Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 67f.

¹⁴⁰ Zur Tätigkeit der DAZ – darunter die Anwerbung anderer als polnischer Arbeitskräfte, vgl. Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 58ff; Bade, Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter, II/433-471.

¹⁴¹ Dies wird auch in Lokalstudien über die soziale Mobilität der unterschiedlichen Gruppen von Arbeitskräften (Nichtmigranten; „semiperiphere“ Nahwanderer; „periphere“ Fernwanderer) bestätigt, vgl. z.B. Sewell, Social Mobility, 225; Lobban, The Irish Community in Greenock, 270-281, Anderson, Urban Migration in Victorian Britain, 84ff.

konstituierten sich aber als ethnische Minoritäten, die sich den nationalistischen Bewegungen ihrer Herkunftsstaaten anschlossen. Andere Gruppen der Arbeitskräfte wie „koloniale“ Kontraktarbeiter und fluktuierende, ausländische Arbeitskräfte blieben aber durch ihre Position am Arbeitsmarkt und die rechtliche Diskriminierung überhaupt marginal.

3. GEWERKSCHAFTLICHE ARBEITSMARKTPOLITIK

3.1. Zur Expansion und Zentralisation der Gewerkschaften

Durch die ruckweise Expansion des Kapitals strömten ländliche Migranten auf lokale Arbeitsmärkte, wo sie das Angebot an unqualifizierten Arbeitskräften sprunghaft erhöhten. Sie konkurrierten als ungelernete Arbeiter/innen in Fabriken gegen gelernte und angelehrte Arbeiter/innen in Heimgewerbe und Handwerk, als Tagelöhner gegen früher anwesende Tagelöhner. Die Migrant/inn/en repräsentierten die Verschlechterung der Lebensbedingungen, die das Sinken der Löhne, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Heranziehung billiger Arbeitskräfte - Frauen, Kinder und Ungelernte - mit sich gebracht hatte. Der Zustrom einer Masse verfügbarer Lohnarbeiter/innen beschleunigte zugleich die Unterordnung früher selbständiger Produzenten unter das Kapital.

Die Löhne und Lohnformen für gleiche Arbeit, die aber einmal in Heimarbeit, dann in Fabriken oder Werkstätten ausgeführt wurde, variierten nach Gesichtspunkten der Qualifikation, der regionalen Herkunft und des Geschlechts erheblich. Zugleich variierten die Löhne innerhalb desselben Ortes und zwischen angrenzenden Orten stark. Dies löste einen am Arbeitsmarkt bisher unbekanntem „Druck“ aus, der durch die Methoden der Rekrutierung der Arbeitskräfte noch wesentlich verschärft wurde. So wurden Arbeiter/innen für Textilfabriken in weit entfernten Regionen angeworben, wenn lokale Heimarbeiter im Textilgewerbe noch ihr Auskommen fanden, und sich daher zur Abwanderung in die Fabriken noch nicht zeigten. Englische und schottische Textilfabrikanten rekrutierten irische Arbeitskräfte, elsässische Fabrikanten warben Arbeiter in Baden, Lothringen und der Schweiz an, deutsche Fabrikanten rekrutierten spezialisierte flämische Heimweber für ihre Fabriken.¹⁴²

Vom Arbeitgeber direkt bezahlte „Agenten“, Zwischenmeister und Vorarbeiter warben verschiedene Gruppen von Arbeitskräfte zu unterschiedlichen Löhnen in ländlichen Regionen für unqualifizierte Tätigkeiten wie Landarbeit, Bau- und Erdarbeiten an.¹⁴³ Über Löhne und Arbeitsbedingungen wurden im vorhinein Verträge geschlossen; diese lagen oft nicht nur weit unter dem ortsüblichen Niveau, sondern divergierten zwischen Arbeitergruppen unterschiedlicher regionaler Herkunft. Die Unternehmer waren zugleich von der günstigen Wirkung der

¹⁴² Henderson, *The Labour Force in the Textile Industry*, 287ff.

¹⁴³ Joyce, *Work*, II/153f.

dadurch ausgelösten Konkurrenz zwischen den Migrant/inn/en, und der Migranten gegen Nichtmigranten überzeugt.

War die Konkurrenz der Arbeitskräfte für die Unternehmer von Vorteil, führte diese Situation zunehmend zum organisierten Vorgehen der Arbeitenden, besonders der städtischen Handwerker, gegen „Gewerbefreiheit“ und („großes“) Kapital. Der kleinbürgerliche „Stand“ der Handwerker zögerte nicht, sich an den Staat zu wenden, um den Status-quo ante auf legalem Weg wiederherstellen. Denn aus dem traditionellen Arbeits- und Armenrecht erwuchs außer der Pflicht zur Arbeit auch das Recht auf Arbeit.

In Großbritannien hatten korporative Handwerkervereinigungen im 18. Jahrhundert immer wieder die Wiederherstellung verfassungsmäßig garantierter Regelungen der Gewerbe, und behördlich garantierter Löhne gefordert, allerdings immer seltener durchgesetzt¹⁴⁴. Die Abschaffung des „Old Poor Law“ (1834) und der explizit arbeiterfeindliche Charakter des „New Poor Law“ trugen nicht unwesentlich zum Aufschwung des „Chartismus“ bei, der als erste große politische Arbeiterbewegung der Welt gilt. Forderungen wie Vollbeschäftigungspolitik und „Arbeiterschutz“ sollten vor allem durch verfassungsrechtliche Reformen durchgesetzt werden. Hier, wie in Frankreich und Preußen, galt demokratisch gesinnten Arbeitern das Wahlrecht als Mittel zu diesem Zweck.

Die Pariser Arbeiter erzwangen im Verlauf der Revolution von 1848 außer der Proklamation der Republik und dem allgemeinen Wahlrecht (der Männer) auch einige soziale Maßnahmen. Eine Delegation der Pariser Arbeiter erreichte am 25. Februar die Anerkennung des Rechts auf Arbeit. Die Regierung beschloß die Einrichtung von Großbaustellen („ateliers nationaux“) zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die nach dem Einsetzen der „Reaktion“ nach wenigen Monaten geschlossen wurden. Damit war auch die im März für Paris auf zehn, für die Provinz mit elf Stunden geregelte Arbeitszeit hinfällig geworden¹⁴⁵. In Deutschland veröffentlichte „Das Volk“, das Blatt der demokratischen Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ (AdAv) 1848 einige Anträge an die Nationalversammlungen in Frankfurt und die Landesversammlung in Berlin. Gefordert wurden die Arbeitslosenbeschäftigung in Staatswerkstätten, Beschränkung der Entlassungsfreiheit, staatliche Versorgung für Hilflose und Invalide, Mindestlöhne, Höchstarbeitszeit, Bekämpfung der „Lehrlingszüchtereier“ und die volle Freizügigkeit der Arbeiter.¹⁴⁶

¹⁴⁴ Phillips, *The British Labour Movement*, 17f.

¹⁴⁵ Willard, *Die französische Arbeiterbewegung*, 44-45.

¹⁴⁶ *Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens*, II/1720.

Da sich der bürgerliche Staat aber zu Zugeständnissen nicht bereit zeigte, griffen die Arbeiter, deren ökonomische Stellung im Produktionsprozeß dies erlaubte, zur „Selbsthilfe“. Besonders Drucker, Metallarbeiter, Bauhandwerker, Tabakarbeiter, Schiffbauer, Bergleute und Gesellenarbeiter des Bekleidungs- und Holzgewerbes errichteten anknüpfend an korporative Traditionen, lokale „Hilfskassen“, die ihre Mitglieder und deren Familien im Fall von Krankheit, Invalidität und Tod (Sterbegeld, Witwen- und Waisenunterstützung) unterstützten. Die Schaffung von Streik- und Gemaßregelungenunterstützungen, sowie der Reise- oder Wanderunterstützung, die der Regulierung des Arbeitskräfteangebots auf lokalen Stellenmärkten diente,¹⁴⁷ zielte aber auf die offensive Gewerkschaftstätigkeit.

Diese richtete sich nicht notwendig gegen das Kapital, sondern hatte oft einen gerechteren Anteil für die Arbeiter am Produkt zum Motiv.¹⁴⁸ Dies war die Vorform des gewerkschaftlichen Kampfes um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, während sich „Klassenkampf“ und Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise in der Folge nicht überall gleichermaßen als Ideologie der Arbeiterbewegung etablierte.

Die gewerkmäßigen Vereine besaßen in wachsendem Gegensatz zum expandierenden Arbeitsmarkt vorwiegend lokales Ausmaß. Britische „Friendly Societies“ und „Trade-Unions“ blieben bis in 1840-er Jahre großteils lokale Vereine. Die in Frankreich seit den 1830-er Jahren entstehenden „sociétés de secours mutuel“ schlossen sich erst seit den 80-er Jahren zu überregionalen zentralisierten Verbänden zusammen. In den deutschen Staaten entstanden besonders in den Jahren vor und um 1848 lokale Hilfskassen, und die nicht immer nach Berufen organisierten „Arbeiterbildungsvereine“.

Gewerkmäßige Vereine verbanden stets politische und ökonomische Ziele, da Politik und Ökonomie auf Grund des mehr oder weniger vehementen Vorgehens der einzelnen Staaten gegen Koalitionen bzw. Arbeitskämpfe als eng verbunden erschienen. Während Streiks konnten oft auch politische, auf den „Klassenkampf“ orientierte Vereinigungen mittels der Unterstützung der Streiks verstärkten Einfluß auf gewerkmäßige Vereine und Gewerkschaften gewinnen. Koalitionsverbote,¹⁴⁹ sowie der Einsatz von Polizei und Militär gegen streikende und demonstrierende Arbeiter trugen aber zur Politisierung der Arbeiterschaft bei, und schärfen das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den Staat.

¹⁴⁷ Unterscheidung gemäß Schönhoven, Selbsthilfe als Form von Solidarität, 148f.

¹⁴⁸ Vgl. Engelhardt, Zur Entwicklung der Streikbewegungen, 552.

¹⁴⁹ In Frankreich herrschte das Koalitionsverbot zwischen 1790 und 1884, in Großbritannien wurden auch nach der Aufhebung des Koalitionsverbots (1799-1824) koalitionsfeindliche Bestimmungen zur Anwendung gebracht, die erst mit dem Gesetz über Berufsverbände 1917 aufgehoben wurden.

Der konkrete Widerstand der Arbeiter richtete sich gegen das Sinken der Realeinkommen, Lohnkürzungen, die Ausdehnung der Arbeitszeit und die lokale Unterschiedlichkeit der Löhne für gleiche Arbeit. Streiks wurden aber zum unmittelbaren Anlaß der Gründung von Gewerkschaften, und zum Symbol der Klassensolidarität. Denn zur notwendigen finanziellen Unterstützung streikender Arbeiter trugen oft auch die Arbeiter anderer Berufe bei. Diese halfen mitunter auch bei der Verhinderung des „Zuzugs“, d.h. der Unterbindung von Versuchen der Meister und Unternehmer, neu zugereiste Arbeiter anzuwerben.¹⁵⁰

Während die Arbeitskämpfe für Meister und Unternehmer mit zum Anlaß wurden, sich überregional zusammenschließen, um weniger aufsässige und uninformierte Arbeiter in anderen Städten und Regionen zu rekrutieren,¹⁵¹ machte die Heranziehung neuer, oft billigerer Arbeitskräfte aus Regionen niedrigeren Lebensstandards aber auch die Notwendigkeit der überregionalen oder nationalen Zentralisierung der lokalen Gewerkschaftsvereine deutlich.

In Großbritannien schlossen sich lokale und regionale Fachverbände der Handwerker und Facharbeiter (craft-unions) seit den 1850-er Jahren zu stabilen nationalen Zentralverbänden zusammen. In den späten 1850-er Jahren entstanden zugleich regionale Dachverbände der Gewerkschaften, die das Vorgehen verschiedener Berufsgruppen koordinierten. Aus Anlaß der Drohung des Streikbruchs durch ausländische Arbeiter wurde aber 1862 ein nationaler Dachverband – der Trade-Unions Congress (T.U.C.) – gegründet. Der T.U.C. koordinierte das Vorgehen der einzelnen Fachgewerkschaften, die ein umfangreiches nationales Versicherungssystem mit einer effektiven Kontrolle über nationale und lokale Lohn- und Arbeitsbedingungen kombinierten. Die Drucker, aber auch andere Berufe, hatten längst die Begriffe der Minimallöhne und der „standard district rate“ entwickelt. Schließlich wurde die Entstehung eines Arbeitnehmersverbandes (1860) seitens der britischen Drucker begrüßt, weil nun nationale Tarifvereinbarungen unter dem Gesichtspunkt der regionalen „comparability“ der Löhne möglich wurden¹⁵².

In den deutschen Staaten, wo die Entwicklung der Gewerkschaften durch anhaltende Phasen scharfer Repression stark behindert wurde, konnten in den liberalen Phasen 1848/52

¹⁵⁰ So wurde etwa während eines Streiks der Bohrer und Bläuer in Aachen 1874 eine Solidaritätsveranstaltung von 250 Nadlern abgehalten, die den Beschluß faßten, die streikenden Kollegen mit einer wöchentlichen Abgabe und der Verhinderung des Zuzugs zu unterstützen, vgl. Machtan, Streiks im Deutschen Kaiserreich, 1874- Nr. 89, 419f.

¹⁵¹ Vgl. z.B. Machtan, Streiks im Deutschen Kaiserreich, 1871/Nr. 95, 100f.; Nr.76, 94; Nr. 138, 121; 1872/Nr.136, 184f; Nr. 179, 196; Nr.187, 199; Nr.242, 216f.; 1873/Nr. 12, 377f.; Nr. 40, 398f.; Nr.124, 441; „Meisterkoalitionen“, vgl. z.B. 1872/Nr.266, 226f; 1874/Nr.118, 437; Nr. 100, 426.

¹⁵² Clegg/Fox/Thompson, A History of British Trade Unions since 1889, I/11.

und 1862/63 nur die Buchdrucker und die Zigarrenarbeiter nationale Verbände errichten.¹⁵³ Der 1866 in Deutschland gegründete Zentralverband der Druckergehilfen, der auch ein gut ausgebautes Unterstützungswesen hatte, konnte bereits wenige Jahre nach der Gründung eines nationalen „Prinzipalverein“, im Jahre 1869 Tarifverträge durchsetzen.¹⁵⁴ In Frankreich schlossen sich die Drucker 1881 aus Anlaß eines Streiks in Paris (1878), der durch Druckergesellen aus der Provinz gebrochen worden war, erstmals zu einem national zentralisierten Verband zusammen. Der Übergang zur Taktik friedlicher Verhandlungslösungen führte überall zum Nachlassen der staatlichen, antigewerkschaftlichen Repressionspolitik, wenn auch bei weitem nicht alle gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen abgeschafft wurden.

Die Mitgliedschaft gewerkschaftlicher Fachverbände, die vor 1880 vorherrschend blieben, hob sich durch Qualifikation und Einkommen von der Masse der Arbeitenden deutlich ab. Nach 1870 gerieten aber viele bisher noch „traditionell“ organisierte Gewerbe, und mit ihnen handwerkliche Eliten, verstärkt unter den Druck der Modernisierung. Resultat der fortschreitenden Dequalifikation, die früher vor allem Bekleidungs-, Leder-, und Holzgewerbe getroffen hatte, war eine Reihe erfolgloser Arbeitskämpfe bisher gut organisierter Facharbeiterverbände. Diese betrachteten die mangelnde Durchschlagskraft in Arbeitskämpfen aber insbesondere auch als ein Problem, das aus der Heranziehung an- und ungelerner Arbeiter/innen erwuchs. Suchten viele traditionell organisierte Berufe noch längere Zeit das Prinzip exklusiver Fachgewerkschaften zu verteidigen, so erwies sich diese Praxis in den von Mechanisierung und Arbeitsteilung erfaßten Bereichen, die vom Zustrom ungelerner Arbeitskräfte am stärksten getroffen wurden, von vornherein als wenig sinnvoll.

In der Textil- und Fabrikindustrie und im Baugewerbe, suchte man zunehmend die Ungelernten in die Organisationen einzubeziehen. Bereits in den 1820-er Jahren waren hochbezahlte Facharbeiter in der Textilindustrie – die Baumwollspinner Lancashires – zur Erkenntnis gelangt, „that the main threat to strike action lay in the importation of blackleg labour and that national organisation was therefore necessary to secure the bargaining power of labour in the industry“.¹⁵⁵ Auch britische Bauhandwerker versuchten in den 1830-er Jahren unterschiedliche Verbände zusammenzulegen, und umfassendere Organisationen an die Stelle lokaler oder regionaler Einzelverbände zu setzen¹⁵⁶. Die „general unions“ zeigten sich aber nur

¹⁵³ Zur Zigarrenindustrie, vgl. auch Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, 120ff.

¹⁵⁴ Vgl. Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens, II/1720.

¹⁵⁵ Royle, Modern Britain, 128.

¹⁵⁶ Hunt, British Labour History, 201f.

während der Dauer der Konjunktur als stabil, und scheiterten an der Ersetzbarkeit der ungelerten Arbeitskräfte wie an der ökonomischen Schwäche der Organisationen.

In Großbritannien stieß der Gedanke der Organisation ungelerner Arbeiter bei den im T.U.C. zusammengefaßten ökonomisch starken Fachgewerkschaften, die exklusiv männliche, qualifizierte Arbeitskräfte organisierten, auf wenig Gegenliebe. In der Phase des neuerlichen ökonomischen Aufschwungs der 80-er Jahre blieben die Arbeitskämpfe bisher gut organisierter Fachverbände aber ohne Erfolg; hingegen verbreitete sich in allen europäischen Industrieländern eine Welle von Streiks an- und ungelerner Arbeiter in der Montan- und Schwerindustrie, sowie in Häfen und Docks, wo die Konzentration der Arbeitskräfte die Durchführung von Arbeitskämpfen erlaubte. Dies bildete den Anfang der Entstehung moderner, nach dem Industrieprinzip organisierter Gewerkschaften, die sich neben den Fachverbänden und unter Zusammenlegung verschiedener Fachverbände zu Massenorganisationen entwickelten.¹⁵⁷

Die deutschen „Freien Gewerkschaften“, die sich mit der bereits 1869 im nationalen Rahmen organisierten, an marxistischen Programmen orientierten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) verbunden hatten, expandierten im Boom der 1890-er Jahre rasch. 1892 wurde die Einrichtung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften als nationales Führungsgremium und Koordinationszentrale beschlossen. Seit der Jahrhundertwende verstärkte sich die Tendenz zur Zusammenlegung gewerkschaftlicher Fachvereine, wobei sich einige Gewerkschaften der Manufakturarbeiter als Organisationen un- und angelernter Arbeiter bereits nach dem Industrieprinzip organisiert hatten. Vor dem ersten Weltkrieg existierten 39 freigewerkschaftliche Fachverbände und sieben Industriegewerkschaften im Deutschen Reich.¹⁵⁸ Hinzu kam die „Polnische Berufsvereinigung“ (1902/03), die sich zum Leidwesen des freigewerkschaftlichen „Alten Verbandes“, als Gewerkschaft der polnisch-katholischen Migranten etablierte.¹⁵⁹ Diese wurde mit dem 1894 gegründeten, gegen den Klassenkampf und die Sozialdemokratie gerichteten, „Gewerkverein christlicher Arbeiter“¹⁶⁰ in Verbindung gebracht. Dieser bildete das Modell für weitere „christliche Gewerkschaften“, die 1913 insgesamt 342.785 Mitglieder zählten.

In Frankreich, wo die national zentralisierten Gewerkschaften schwach blieben, wurde 1886 unter den Einfluß der Sozialisten (Guèsdisten) eine zentrale Gewerkschaftsorganisation

¹⁵⁷ Fox/Thompson, A History of British Trade Unions since 1889, I/179ff.

¹⁵⁸ Geary, Socialism and German Labour Movement, 108.

¹⁵⁹ Murzynowska, Die polnische Erwerbssauswanderung, 157f.

¹⁶⁰ Diese waren zwar auf interkonfessioneller Basis organisiert, galten jedoch im wesentlichen als katholisch, da an der katholischen Soziallehre orientiert.

(Fédération national des syndicats et groupes corporatives de France et des colonies“ / F.N.S.) gegründet. Von größerer Bedeutung waren aber die lokalen Gewerkschaftskartelle, die sich im Rahmen der von den Kommunen subventionierten Arbeitsnachweise („bourses du travail“) seit 1887 gebildet hatten. Diese schlossen sich bereits 1892 zu einer Föderation („Fédération National des Bourses de Travail“, F.N.B.) zusammen, die bald ihre Unabhängigkeit gegenüber den Kommunen erklärte. Beide zentralisierten Arbeiterorganisationen fusionierten 1895 zur „Confédération Générale du Travail“ (C.G.T.).

Der C.G.T. organisierte rund die Hälfte aller „industriellen“, noch 1896 zu 64% in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigten Lohnarbeiter Frankreichs, deren Organisationsgrad insgesamt rund 10% nicht überstieg.¹⁶¹ In Großbritannien waren um 1914 bereits rund 40% der männlichen Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert,¹⁶² im Deutschen Reich, wo die freien Gewerkschaften 1877 ungefähr 53.000 Mitglieder gezählt hatten¹⁶³, lag der Organisationsgrad der Arbeiterschaft um 1895 bei 4%, um 1913 bereits bei ungefähr 12%.¹⁶⁴ Der Organisationsgrad variierte allerdings lokal, sodaß in Großstädten und Industriegebieten der Organisationsgrad der Arbeiterschaft höher war als in Provinzstädten, in Provinzstädten höher als in ländlichen Regionen.¹⁶⁵

Einen überdurchschnittlichen Organisationsgrad wiesen dabei meist die Metallberufe, die Drucker und einige handwerkliche Berufe auf. Der Organisationsgrad un- und angelernter Arbeiter blieb hingegen gering; im deutschen Verband der Metallarbeiter bestanden nur 18% der Mitglieder aus angelernten Arbeitern.¹⁶⁶ In Großbritannien wuchsen aber seit den 1880-er Jahren die Verbände der Transportarbeiter und Bergleute rasch an, und zwischen 1888 und 1892 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 750.000 auf 1,6 Millionen an. Im Deutschen Reich bewegte sich der Organisationsgrad in der Textil- und Bekleidungsindustrie; Papier- und Lederindustrie zwischen 13 und 17%.¹⁶⁷ Dabei vermochten die Arbeiter/innen

¹⁶¹ Hermes, Gegen Imperialismus und Krieg, 28.

¹⁶² Phillips, The British Labour Movement, 37.

¹⁶³ Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, 45.

¹⁶⁴ Schmidt/Seichter, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, 80.

¹⁶⁵ Zum Deutschen Reich, vgl. Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung, 34-37; zur frühen deutschen Arbeiterbewegung, vgl. auch Zwahr, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich, 449-452; 458ff; Offermann, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung, bes. 433 ff.; Clegg/Fox/Thompson, A History of British Trade Unions, I/1, 2; Willard, Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, 50; 51.

¹⁶⁶ Geary, Socialism and German Labour Movement, 108.

¹⁶⁷ Tenfelde, Germany, 260.

vieler Industriezweige auch ohne formale Organisation Arbeitskämpfe, die sich nun ganz auf die Forderung der Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung richteten, erfolgreich zu führen. Die Haltung organisierter Arbeiter/innen bzw. der industriellen Arbeiterschaft zu Arbeitskräften, die sich am Arbeitsmarkt nicht organisieren konnten, oder denen noch des Bewußtsein der Notwendigkeit einer Organisation fehlte, blieb aber ambivalent. So förderten die britischen Gewerkschaften der Hafen- und Gasarbeiter die Errichtung von Landarbeitergewerkschaften finanziell, um der Gefahr eines „Streikbruchs“ durch Landarbeiter zu entgehen.¹⁶⁸

In der deutschen Arbeiterpresse wurden Arbeitslosigkeit und „Wanderarbeit“ als irreversible Demoralisierung dargestellt.¹⁶⁹ In Anlehnung an die bürgerlichen Abscheu vor „Armen“ fürchteten die Gewerkschaften die Mitglieder der industriellen Reservearmee als „Lohndrücker“ und „Streikbrecher“, schließlich auch als potentielle Mitglieder „Gelber Gewerkschaften“.¹⁷⁰ Die Verhinderung der Rekrutierung von ländlichen Arbeitskräften, deren Beschäftigung zu anderen als ortsüblichen Bedingungen befürchtet wurde, wurde zum Anlaß genommen, die Agitation in den ländlichen Regionen in Angriff zu nehmen.

Lokale Gewerkschaftskartelle ersuchten immer wieder um die Agitation im ländlichen „Hinterland“:

In Erwägung, daß die zurückgebliebenen Gegenden durch den Indifferentismus und die damit verbundene Bedürfnislosigkeit der Arbeiterschaft den Kapitalismus in die Lage setzen, die verfertigten Produkte zu Schleuderpreisen auf den Markt zu werfen, woraus sich ergibt, daß diese Konkurrenz eine ständige Gefahr ist, die oft durch harten Kampf errungenen Vorteile der organisierten Arbeiterschaft der großen Städte und vorgeschrittenen Industriezentren illusorisch zu machen, und in weiterer Erwägung, daß diese Gegenden bei Lohnkämpfen ‚Stapelplätze‘ für den Bezug von Arbeitswilligen sind, beantragt das Gewerkschaftskartell Annaberg-Buchholz und Umgegend: Die Generalkommission wird beauftragt, Maßregeln zu ergreifen, wodurch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im ‚Sächsischen Erzgebirge‘ mehr Eingang verschafft wird.¹⁷¹

Die Entwicklung moderner Industriegewerkschaften, die nach Einbeziehung möglichst breiter Schichten der Arbeiterschaft strebten, war die bedeutendste Strategie der Arbeiterschaft, sich am Arbeitsmarkt zu organisieren. Dieser Entwicklung standen aber stets auch Strömungen gegenüber, die den Ausschluß bestimmter Kategorien von Arbeitskräften anstrebten. Als spezifische Strategie, „überzählige“ Arbeitskräfte zu „entschärfen“, entwickelte sich aber in der

¹⁶⁸ Clegg/ Fox/Thompson, A History of British Trade Unions since 1889, I/180.

¹⁶⁹ Vgl. z.B. Englands industrielle Reservearmee, NZ 2 (1884) 212-221.

¹⁷⁰ Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung, 35.

¹⁷¹ Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften, 18.

durch eine hohe Mobilität gekennzeichneten Phase der kapitalistischen Expansion die gewerkschaftliche Wander- und Arbeitslosenunterstützung.

3.2. Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Handwerksgesellen und Gesellenarbeiter reagierten auf die wachsende und chronische Unterbeschäftigung¹⁷² in vielen Gewerben mit der traditionellen Methode: dem Wandern zwischen lokalen Arbeitsmärkten, das ein Überangebot an Arbeitskräften von einem Ort, wo kein Bedarf, an einen, wo Bedarf herrschte, umlenken sollte. Von selbst verstand sich aber, daß, wer an einem Ort keine Arbeit fand, ein Recht auf Arbeit an einem anderen Ort habe.

Die Unterbeschäftigung der Gesellen in vielen Gewerben hatte bereits im 18. Jahrhundert stark zugenommen. In England, wo das Wandern vor dem 18. Jahrhundert anders als auf dem Kontinent keine Institution dargestellt hatte, wurde es nun im Zuge der Mechanisierung zunehmend zur Institution. Lokale englische craft-unions, besonders die Unions der Textil- und Bekleidungs Gewerbe, hatten seit dem 18. Jahrhunderts im Interesse lokaler „closed shops“ begonnen, das Wandern lediger Gesellen zu fördern. Das „House of Call“ (Lodge house) einer lokalen Trade-Union diente, wie die kontinentalen Herbergen als Stätte der Arbeitsvermittlung. Wandernde Gesellen, die auf Arbeitssuche in einer Stadt eintrafen, boten ihre Arbeitskraft im „House of Call“ den Arbeitskräfte suchenden lokalen Meistern an. War kein Arbeitsplatz in den lokalen Werkstätten frei, so erhielten die wandernden Gesellen zur Fortsetzung der Arbeitssuche die Reiseunterstützung (Viatikum) ausbezahlt. In Frankreich unterstützten die trotz ihrer Aufhebung 1790 fortbestehenden klandestinen Gesellenverbände („compagnonnages“), die ausschließlich in den von Saison und Konjunktur abhängigen Gewerben verbreitet waren, ihre wandernden Mitglieder. Die deutschen Zünfte schrieben das Wandern oft im Rahmen der Ausbildung vor; die zünftigen Viatikumskassen sahen für wandernde Gesellen Reisegeschenk und Zehrgeld vor. „Herbergen“ der Zünfte und Gesellenverbände dienten der Kommunikation und Arbeitsvermittlung.

Dabei wanderten die meisten Arbeiter allerdings ohne jede Unterstützung, weil das Wandern nichtunterstützter „unzünftiger“ Arbeiter durch die Expansion der „unzünftigen Gewerbe“ und der Fabrikindustrie ständig zunahm. In den deutschen Staaten häuften sich in den

¹⁷² Hobsbawm, *The Tramping Artisan*, 300ff, 317f.

1840-er Jahren die Klagen über das Überhandnehmen des Bettelns wandernder Arbeiter und „Handwerksburschen“.¹⁷³

Tatsächlich sollten nach 1848 einzelne Kommunen, aber auch private und wohlthätige Initiativen Schritte unternehmen, um das Problem der „Wanderarmen“ durch die Kombination von Armenfürsorge und Arbeitsvermittlung zu lösen. Im Deutschen Reich entstanden in den 50-er Jahren zahlreiche lokale „Vereine gegen Bettelei“, die Reisende und Arbeitslose gegen Kost und Logis zu Arbeitsdiensten heranzogen.¹⁷⁴

Demokratisch gesinnte Handwerksgesellen und Gesellenarbeiter nahmen in den Jahren 1848 bis 1850 die Organisierung einer „Wanderunterstützung“ selbst in die Hand. Im Gefolge der Revolution bis Ende des Jahres 1850 hatten sich insgesamt 75 Wanderunterstützungsvereine gegründet,¹⁷⁵ die sich großteils der nationsweit organisierten, ersten demokratischen Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ (AdAv) anschlossen. Die 1848 gegründete Arbeiterverbrüderung, deren Ziele vornehmlich politischer Art waren, hatte besonders nach dem ersten Einsetzen der behördlichen Verfolgung das einen praktischen sozialen Zweck verfolgende Wanderunterstützungswesen gefördert,¹⁷⁶ um „Indifferente“ einzubeziehen. Der „Zweite Theil“ der auf der Generalversammlung in Leipzig 1850 beschlossenen „Grundstatuten der deutschen Arbeiterverbrüderung“ war dann auch ausschließlich den Wanderunterstützungs- und Arbeitsnachweisvereinen gewidmet.¹⁷⁷

Die Reiseunterstützung stand im Gegensatz zu den Reisekassen der Innungen, dem Unterstützungssystem britischer Trade-Unions und auch dem späteren Unterstützungswesen deutscher Gewerkschaften, die ausschließlich ihre Mitglieder unterstützten, allen wandernden Arbeitern offen. Die Arbeiterverbrüderung und ihre Reiseunterstützung wurde aber bereits

¹⁷³ Balser, Sozial-Demokratie 1848/49–1863, I/108.

¹⁷⁴ Ostwald, Unsere armen Wanderer, 3f, 6f.

¹⁷⁵ Balser, Sozial- Demokratie 1848/49–1863/ II, 624-26.

¹⁷⁶ Dabei wurde besonders die steigende Achtung und Selbstachtung als Folge der Wanderunterstützung betont: „Es wäre im Interesse aller Arbeiter- Vereine sowie der Arbeiter selbst, sehr nöthig, daß in ganz Deutschland Unterstützungskassen und zwar; so bald wie möglich errichtet werden, um dem deutschen Arbeiter die Reiß zu erleichtern! und die Schmach des 19. Jahrhunderts dem entsittlichenden Fechten endlich einmal in Etwas Einhalt zu thun. So lange die Knechtschaft zur eigenen Schande Deutschlands nicht abgeschafft wird, so lange können wir keine freie und selbständige Bürger erlangen ... während wenn er dießes nicht nötig hat, er stolz auf seine Nation ist.“ Siehe Brief des Centralausschuß der Württembergischen Arbeitervereine an den „provisorischen Redacteur“ der Verbrüderung, zit. in Balser, Sozial-Demokratie 1848/49–1863, I/104; vgl. auch ibidem, 113f.

¹⁷⁷ Die Arbeitsvermittlung sollte durch „Anschläge in Vereinslokalen und Herbergen geliefert“ werden. Für die Reiseunterstützung wurde festgesetzt, daß an jedem Ort nur einmal Unterstützung bezogen werden konnte; jedes Mitglied, daß mehr als drei Monate lang Beiträge bezahlt hatte, zum Bezug berechtigt sei; siehe Balser, Sozial-Demokratie 1848/49–1863, II/ 507ff.

1850 ein Opfer der „Reaktion“. Trotz der auch behördlich anerkannten Nützlichkeit, galt sie auf Grund der befürchteten Verbreitung demokratischen oder sozialistischen Gedankenguts als besonders suspekt und gefährlich.¹⁷⁸ Dabei hatte sich die Idee einer „autonomen“ Wanderunterstützung in der Generalversammlung der AdAv 1850 gegenüber Plänen, die Regierungen deutscher Staaten in dieser Sache um Unterstützung zu ersuchen – was im übrigen seitens einiger Vereine bereits geschehen war – durchgesetzt.¹⁷⁹

Diese Entscheidung war dem engen Zusammenhang der Wanderunterstützung zur Streikunterstützung zuzuschreiben. Während Streiks und Boykotts wurde üblicherweise den anwesenden streikenden, und den an- und durchreisenden ledigen Gesellen zur Ermöglichung des „Abzugs“ bzw. zur Arbeitssuche anderswo, Wanderunterstützung ausbezahlt. Dieses Vorgehen diente auch der Entlastung der Streikfonds,¹⁸⁰ und diese Form der unter Handwerksgesellen üblichen „Streikunterstützung“ blieb vor dem Anbruch der Hochindustrialisierung in den Werkstätten weit verbreitet. Während des Streiks wurden häufig auf Straßen, später Bahnhöfen, Streikposten aufgestellt, die anreisende Arbeiter „aufklärten“, oder auch einschüchterten, und die Wanderunterstützung auszahlten.¹⁸¹ Der Streikunterstützung wurde natürlich ein hoher moralischer Wert beigemessen, und einige englische trade-unions verteilten verschiedenfarbige Karten, um bloß auf der Arbeitssuche befindliche, und auf Grund eines Streiks abgezogene Arbeiter, zu unterscheiden.¹⁸²

In der Periode zwischen dem neuerlichen Aufblühen der Arbeiterbewegung in Deutschland Mitte der 60-er Jahre und dem Sozialistengesetz, das diese neuerlich unterdrückte, bauten die entstehenden Fachgewerkschaften insbesondere die zu den Kampfunterstützungen gezählte Reiseunterstützung aus, da sie in der Phase politischer Unterdrückung vor allem als Unterstützungskassen überlebten. Im Jahre 1877 zahlten siebzehn von dreißig deutschen Gewerkschaften Wanderunterstützung aus, wenn diese Summen auch nur im gut

¹⁷⁸ Dabei war insbesondere die Wanderunterstützung den Behörden ein Dorn im Auge; in den meisten deutschen Staaten ging man sofort gegen die Wanderunterstützung vor, weil man der Meinung war, daß die Reiselegitimationsbücher als „Erkennungszeichen der Demokraten“ dienten; daher waren diese zu beschlagnahmen und ihre Inhaber in die Heimatorte zurückzuweisen, siehe Balsler, Sozial-Demokratie 1848/49–1863, Anm.137, I/270f.

¹⁷⁹ Balsler, Sozial-Demokratie 1848/49–1853, I/106.

¹⁸⁰ Einige britische Craft-Unions bezahlten bestimmte Formen des Streiks („strike-in-detail“ – bloß einzelne Arbeiter oder Arbeitergruppen legten Arbeit nieder) ebenfalls aus den Arbeitslosenfonds, vgl. Clegg/Fox/Thompson, A History of British Trade Unions since 1889, I/ 9.

¹⁸¹ Vgl. z.B. Machtan, Streiks im deutschen Kaiserreich, 1873/Nr.70, 300f.; Nr. 205, 346; 187/Nr. 89, 419f.; Aguet, Les Grèves sous la Monarchie de Juillet, 133; 141; 2147f.; 298; 353.

¹⁸² Hobsbawm, The Tramping Artisan, 306.

organisierten Druckerverband, der die Reisekasse 1875 zentralisiert hatte, nennenswert waren.¹⁸³

Mit der Expansion des Marktes begann allerdings der ursprüngliche Zweck der Reiseunterstützung allmählich zu schwinden; denn während Zeiten der Depression herrschte Arbeitslosigkeit nicht nur an einem, sondern an allen Orten. Das Ausmaß der durch das Wandern verdeckten Arbeitslosigkeit war aber allein unter den Gewerkschaftsmitgliedern enorm. In den 1840-er Jahren überstieg die Zahl der im Interesse lokaler „closed shops“ unterstützten durchreisenden Gesellen die Mitgliedschaft der Unions oft bei weitem.¹⁸⁴ Zur Verhinderung eines Überangebots an Arbeitskräften, und als Alternative zu Arbeitskämpfen, wurde auch die Emigration der Mitglieder nach Amerika finanziell gefördert.¹⁸⁵

Zugleich begannen sich aber Spannungen zwischen reisenden und nichtreisenden Arbeitern abzuzeichnen, so zwischen reisenden und nichtreisenden britischen Schriftsetzern. 1844 führten die zentralisierten Vereinigungen der Drucker und Schriftsetzer erstmals die Arbeitslosenunterstützung ein¹⁸⁶. Allerdings blieb in vielen Berufen die Reiseunterstützung noch lange verbreitet; noch Anfang der 80-er Jahre zahlte die Gewerkschaft der Maurer ausschließlich Reiseunterstützung aus, verschiedene Gewerkschaften der Metallberufe gaben Wander- und Reiseunterstützung, wobei die Ausgaben zur Unterstützung der Arbeitslosen freilich weit höher lagen.¹⁸⁷

Im Deutschen Reich unterstützten im Jahre 1877 neben den Gold- und Silberarbeitern bezeichnenderweise bloß die Gewerkschaften der Hand- und Manufakturarbeiter die Arbeitslosigkeit, und nicht das Reisen¹⁸⁸. Auch im Deutschen Reich erwies sich die Reiseunterstützung zunehmend als hinfällig. Unter den Mitgliedern des deutschen Druckerverbandes beantragen im Jahrfünft 1875 bis 1879 im Jahresdurchschnitt 6,8% der Mitglieder Reiseunterstützung; die Zahl der noch nicht und nicht zum Bezug Berechtigten lag freilich drei Mal so hoch.¹⁸⁹ In diesem Zusammenhang wurde auch in deutschen, stark zentralisierten

¹⁸³ A.G. (Geib), Die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1877, CB 1893, Nr.30, 1-7, hier: 2.

¹⁸⁴ Hobsbawm, *The Tramping Artisan*, 307.

¹⁸⁵ Clegg/Fox/Thompson, *A History of British Trade Unions*, I/6f; Beispiele, vgl. Hunt, *British Labour History*, 205, vgl. auch MEW, Bd. 23, Anm. 245, 482f.

¹⁸⁶ Hobsbawm, *The Tramping Artisan*, 307f.

¹⁸⁷ Englands industrielle Reservearmee, NZ 2 (1884) 164-172; hier: 168f; 172; zur Arbeitslosigkeit in England während der 1880-er Jahre, vgl. auch Schippel, *Das moderne Elend*, 131-139.

¹⁸⁸ A.G. (Geib), Die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1877, 2.

¹⁸⁹ Die Arbeitslosigkeit im Gewerkverein der Buchdrucker, CB 1895, Nr.7, 25; Tab. I, 26.

Gewerkschaftsverbänden zunehmend die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so zuerst im ökonomisch starken Druckerverband (1880).¹⁹⁰

Die Unterstützung der Arbeitslosigkeit war nach dem neuerlichen Erstarren der Gewerkschaftsbewegung nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 freilich sehr umstritten, da diese im Gegensatz zum anerkannten Wert des Reisens für Arbeitskämpfe, nicht als Kampfunterstützung anerkannt wurde. Die revolutionäre Fraktion der Sozialdemokratie war überdies der Überzeugung, daß Hilfsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit bloß den Charakter des Systems verschleierten, und die Zuspitzung der Klassenkonflikte verzögere.¹⁹¹ Die Anhänger einer Arbeitslosenunterstützung glaubten offenbar nicht an die baldige Revolution, sondern sahen in ihr im Rahmen einer langfristigen Strategie ein Mittel, den Konkurrenzdruck der Erwerbslosen auf die Beschäftigten abzubauen, um die von „Wanderarmen“ befürchtete „Lohndrückerei“ und den „Streikbrecherimport“ einzudämmen.¹⁹²

Allerdings – selbst nach 1890 überwog die Reiseunterstützung die Arbeitslosenversicherung bei weitem: 1892 bezahlten von 52 Gewerkschaften 33 Reiseunterstützung aus, und 14 weitere die meist in jüngster Zeit eingeführte Arbeitslosenunterstützung.¹⁹³ Seit der Jahrhundertwende begann das Verhältnis von ausbezahlter Reise- zur Arbeitslosenunterstützung allmählich zugunsten der Arbeitslosenunterstützung zu steigen, ohne daß die Reiseunterstützung absolut zurückgegangen wäre.¹⁹⁴ Der Wert der Reiseunterstützung wurde noch 1897 am Verbandstag der Metallarbeiter hervorgehoben:

Die Reiseunterstützung ist nicht nur eine Wegzehrung für Reiselustige, sie kommt uns beim Kampfe unter Umständen auch sehr zustatten. Wie vorteilhaft wirkt es, wenn wir bei Ausständen alle unverheirateten Verbandsmitglieder veranlassen können, das Ausstandsgebiet zu verlassen, abzureisen! Nicht nur, daß dadurch die Verbandskassa augenblicklich entlastet wird, weil durch Abreise der unverheirateten Mitglieder sich die Unterstützungslast verteilt, auch der Unternehmer wird nachgiebiger, wenn er merkt, daß die jungen willigeren Arbeitskräfte sich zur Abreise rüsten...¹⁹⁵

¹⁹⁰ Erforderliche Beitragshöhe zur Arbeitslosenunterstützung, CB 1898, Nr.30, 181-188, hier: 182.

¹⁹¹ Vgl. z.B. „Die Arbeitslosigkeit und ein neuer Vorschlag zu ihrer Bekämpfung“ CB 1895, Nr.47, 205-208, hier: 206.

¹⁹² Vgl. Schönhoven, Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich, 169; zur Diskussion in der SDAP, vgl. Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung, 51ff.

¹⁹³ Die deutschen Gewerkschaften 1892, CB 1893, Nr.21, 87-91, hier: 88f.

¹⁹⁴ Schönhoven, Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich, Tab.3, 157; 162.

¹⁹⁵ Vgl. Schönhoven, Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich, 164.

Die Reiseunterstützung wurde nach wie vor als wichtiges Mittel der Beeinflussung des Arbeitsmarktes betrachtet; wie schon 1848 die Arbeiterverbrüderung, ging man auch in den 1890-er Jahren davon aus, daß gerade die Reiseunterstützung die Gewerkschaften für noch unorganisierte Arbeiter attraktiv mache:

Eine Verringerung der Reiseunterstützung (...) ist am wenigsten rathsam. Das Entgegengesetzte muß hier geschehen. Die Reiseunterstützung ist es zunächst, welche aber dem Arbeitsnachweis durch Gegenseitigkeitsverträge wirksam gemacht werden muß. Dies heißt mit anderen Worten, für Reiseunterstützung ist noch mehr auszugeben als bisher. Erhöhen die Gewerkschaften hier ihre Leistungsfähigkeit, werden sie ihre Organisation entschieden beleben.¹⁹⁶

Wie attraktiv die Reiseunterstützung trotz sehr strikter Kontrolle der wandernden Gewerkschaftsmitglieder war – die wandernden Arbeiter mußten oft die Zurücklegung einer Strecke von 40–50 km pro Tag nachweisen¹⁹⁷ – zeigen auch die hohen Quoten jener Mitglieder, die auf der Reise „verlorengingen“. Viele Mitglieder meldeten sich nach Inanspruchnahme der gewerkschaftlichen „Wegzehrung“ am Ort ihres neuen Arbeitsplatzes nicht mehr bei den zuständigen Zahlstellen der Verbände. Auf diese Weise betrug der Mitgliederschwund zwischen 1905 und 1913 bei den Lederarbeitern jährlich 50 bis 60%, bei den Zimmerern 47 bis 58%, bei den Malern 62%, und auch die Metallarbeiter hatten regelmäßig eine negative Wanderungsbilanz.¹⁹⁸ Noch instabiler waren die Verbände, die überwiegend an- oder ungelernete Arbeiter organisierten: Bei den Bauhilfsarbeitern betrug das jährliche Fluktuationsvolumen über 400%.¹⁹⁹ Dabei erhoffte man sich durch die auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß empfohlene Arbeitslosenunterstützung außer steigenden Mitgliederzahlen auch den Rückgang der hohen Fluktuation, die an vielen Orten beklagt wurde. Das Correspondenzblatt mußte sogar häufig die angeschlossenen Verbände dazu ermahnen, nur seßhafte Mitglieder in Funktionärstellen zu delegieren.²⁰⁰

Dennoch wurde die Mobilität prinzipiell positiv beurteilt, da man davon ausging, daß sie das Klassenbewußtsein fördere:

Es ist doch gerade notwendig, daß die Kollegen einmal ihre Heimat verlassen, das Milieu bildet doch erst den Menschen. Wenn ich heute einmal auf mein Heimatdorf komme, dann sehe ich, daß meine Alters- und Schulkameraden noch genau so

¹⁹⁶ A.G. (Geib), Die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften, 6.

¹⁹⁷ Schönhoven, Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich, 164f.

¹⁹⁸ Schönhoven, Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich, 165f.; Schönhoven, Expansion und Konzentration, 151ff.

¹⁹⁹ Schönhoven, Expansion und Konzentration, 162.

²⁰⁰ Vgl. Langewiesche, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode, 39f.

dumm sind, wie ich früher war. Gerade das Leben macht die Kollegen erst zu Kämpfern. Wir sagen immer, wir wollen die verdammte Bedürfnislosigkeit bekämpfen, aber nur in der Großstadt können die Kollegen lernen, die Ansprüche ans Leben zu stellen, die ein vernünftiger Mensch stellen muß, und deshalb ist es notwendig, das Reisen erst zu begünstigen, nicht aber es einzuschränken.²⁰¹

Die Hebung des Lebensstandards durch höhere Löhne wurde freilich als „Grundlage für industrielles und soziales Wohlergehen“ und die „kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse“ betrachtet.²⁰²

Zugleich wurden die Aktivitäten bezüglich der Kontrolle des Arbeitsnachweises als äußerst wichtig erachtet. In den 90-er Jahren mahnte die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften mehrmals dazu, sich um die kommunalen Arbeitsnachweise mehr zu bemühen. Dies war durch das französische Beispiel inspiriert, wo die wenig zentralisierte Arbeiterbewegung seit 1887 im kommunalen Arbeitsnachweis Fuß faßte. 1892 existierten 14, 1908 bereits 157 „Arbeiterbörsen“²⁰³. Diese engagierten sich besonders gegen die private und gewerbliche Arbeitsvermittlung,²⁰⁴ die der organisierten Arbeiterschaft ein Dorn im Auge sein mußte. Die Zugeständnisse der Kommunen, sowie der Einfluß, den die organisierte Arbeiterschaft in den kommunalen gesetzgebenden Körperschaften zu erringen erhoffte, drückte sich aber ideologisch als Trend zum „Reformismus“ aus.²⁰⁵

Seit den 1890-er Jahren hatte auch die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften das verstärkte Vorgehen gegen die gewerbliche Vermittlung sowie die Praxis, in den von der öffentlichen und privaten Wohlfahrt betriebenen Wanderherbergen, Erwerbslose als „Streikbrecher“ anzuwerben. In den frühen 90-er Jahren wurde vor allem die Errichtung zentralisierter Herbergen und zentralisierter Arbeitsnachweise angestrebt, um die erzwungenen Arbeitsleistungen der kommunalen und privaten Herbergen zu unterbinden:

Unzweifelhaft würden alle diese Einrichtungen dazu führen, daß die Zureisenden und Arbeitslosen sich an unsere Organisation wenden, und dadurch werden die Arbeitgeber gezwungen werden, die Arbeitskräfte durch uns zu beziehen, wodurch natürlich erreicht wird, daß in allen Fällen die Lohnhöhe gezahlt und die Arbeitszeit innegehalten wird, wie sie von der Organisation festgesetzt worden ist.²⁰⁶

²⁰¹ Schönhoven, Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich, 166f.

²⁰² Die Wirkung der Arbeitslöhne auf die kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse, CB 1894/Nr.6, o.S.

²⁰³ Reynaud, Les Syndicats en France, 60.

²⁰⁴ Vgl. Hutton, The Cult of Revolutionary Tradition, 133ff.

²⁰⁵ Landauer, The Origin of Socialist Reformism, bes. 100-107.

²⁰⁶ Zur Organisationsfrage: Arbeitsnachweis und Herbergswesen, CB 1891, Nr.25, 99-100, hier: 100.

Der angestrebte, rein gewerkschaftliche, Arbeitsnachweis war angesichts der geringen Stärke der Gewerkschaften, der Anzahl und Struktur der Mitgliedschaft illusorisch. In den 90-er Jahren zeigten andererseits bürgerliche Sozialreformer und staatliche Bürokratie die wachsende Bereitschaft, das soziale Problem der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, um den „sozialen Frieden“ zu fördern. Außer für die Gewerkschaften unakzeptable Vorschläge wie Umlenkung der Arbeitslosen in die Landwirtschaft und der Verhängung eines „Sparzwangs“ für Arbeiter,²⁰⁷ wurden auch von gewerkschaftlicher Seite eingebrachte Vorschläge wie die Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung („Genter System“), und das Konzept einer paritätischen, öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung in Erwägung gezogen.

Die Bürokratie zog freilich zur Verhinderung des möglichen „Mißbrauchs“ der Arbeitslosenunterstützung das „Genter System“ vor,²⁰⁸ und auch die Gewerkschaften bevorzugten zur Wahrung ihrer Autonomie zunächst das System der Subventionierung der gewerkschaftlichen Unterstützungen. Im Gegensatz dazu stieß eine staatliche Arbeitslosenversicherung, die mit paritätisch besetzten Arbeitsvermittlungen gekoppelt werden sollte, in der deutschen Sozialdemokratie auf scharfe Ablehnung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhr, der den Vorschlag einer staatlichen Arbeitslosenversicherung 1902 erstmals zur Diskussion stellte, sah den Vorteil einer staatlichen Versicherung vor allem in einer gründlichen „Entschärfung“ der industriellen Reservearmee, während das „Genter System“ bloß den organisierten und meist ohnehin „bessergestellten Arbeitern“ zugute käme.²⁰⁹

Während die Realisierung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung noch in weite Ferne gerückt blieb, bemühten sich die Gewerkschaften zunehmend um ihre Anerkennung als Vertreterinnen der Arbeiterschaft in öffentlich-rechtlichen Körperschaften. So kooperierten die deutschen, freien Gewerkschaften in den Jahren 1900 bis 1902 verstärkt mit den kommunalen Arbeitsnachweisen, die zumindest ein Gegengewicht zu den Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen bildeten. War eine Zusammenarbeit mit den Behörden und den Arbeitgebern noch kurz zuvor strikt abgelehnt worden, akzeptierte der dritte Kongreß der deutschen Gewerkschaften (1899) die Teilnahme an paritätischen Arbeitsnachweisen unter bestimmten Bedingungen.²¹⁰

Im Jahr 1899 erschien auch Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, das Anspruch darauf erhob, den Marxismus auf Grund der

²⁰⁷ Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung, 47f.

²⁰⁸ Ibidem, 43.

²⁰⁹ Molkenbuhr, Zur Frage der Arbeitslosenversicherung, NZ 20/II (1901/02), 723-730, hier: 726.

²¹⁰ Protokoll der Verhandlungen des zweiten Kongresses der Gewerkschaften, 124f; vgl. auch Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung, 56-58.

Möglichkeit der friedlichen Eroberung der Macht zu revidieren.²¹¹ Diese Überzeugung gründete sich nicht zuletzt auf die Möglichkeit der einen steigenden Lebensstandard garantierenden Arbeitslosenversicherung, von deren systemsprengendem Charakter ausgegangen wurde.

Im Jahre 1908 wurde bereits die reichsgesetzliche Regelung der öffentlichen Arbeitsnachweise unter der drittelparitätischen Beteiligung der Gewerkschaften gefordert.²¹² Davon versprach man sich die wirksame Zurückdrängung der Arbeitgebernachweise, die als Institutionen zur Anwerbung von „Streikbrechern“ gefürchtet wurden:

Durch planvoll ausgebaute paritätische Arbeitsnachweise, die (...) von den Unternehmern sowohl als auch von den Arbeitern unter völliger Ausschaltung des Umschauens benutzt werden müssen, würde sich nicht nur das Verhältnis der ortseingesessenen Arbeitslosen etwas bessern, es würde vor allem auch die Wanderschaft von einem krankhaften Uebel befreit...²¹³

Dabei hinkte die Politik einer stärkeren Beteiligung der Gewerkschaften an öffentlich-rechtlichen Gremien im Deutschen Reich, bereits hinter anderen Industrieländern her. In Frankreich waren die gesetzlich beschlossenen kommunalen Arbeitsnachweise (1904; 1910) von vornherein als drittelparitätische Einrichtung geplant.²¹⁴ In Großbritannien wurden dem öffentlichen, nationseweit organisierten Arbeitsnachweis gemäß einer Verordnung von 28. Januar 1910 paritätische Beratungsausschüsse beigelegt.²¹⁵ Die von den Gewerkschaften angestrebte Zentralisierung des Arbeitsnachweises unter Beteiligung der Gewerkschaften beschleunigte sich allerdings erst nach dem Ausbruch des ersten Weltkriegs, als die Kriegswirtschaft eine planvollere Arbeitskräfterekrutierung und -verteilung unter Ausschaltung industrieller Konflikte notwendig machte.

3.3. Regulierungsversuche durch „Ausschluß“

3.3.1. Industrialisierung und „xenophobe Konflikte“

Während das kontrollierte und organisierte Wandern als Mittel zum Ausgleich von Schwankungen am Arbeitsmarkt galt, führte der „Druck“ der „industriellen Reservearmee“ auf die Arbeitenden zum Versuch, alle Arbeitskräfte die deren Merkmale trugen, von lokalen und re-

²¹¹ Vgl. dazu z.B. Hyrkkänen, Sozialistische Kolonialpolitik, 89ff.

²¹² Vgl. Zur Regelung des Wanderwesens und der Arbeitsvermittlung, CB, 1913/Nr.7, 109-111, hier: 110.

²¹³ Ibidem.

²¹⁴ Becker/Bernhard, Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, 31.

²¹⁵ Ibidem, 34.

gionalen (Teil)arbeitsmärkten auszuschließen: Organisierte Arbeiter/innen suchten die industrielle und kapitalistische Entwicklung auch in ihrer Wirkung – Migrationen unqualifizierter, ländlicher und anderer nach traditionellen Gesichtspunkten als „unbefugt“ betrachteter Arbeitskräfte zu bekämpfen.

Gerade weil Handwerker und Gesellenarbeiter sich organisieren konnten, schritten sie unter dem Eindruck des Einbruchs des Kapitalismus zu Versuchen der Beschränkung „ihrer“ Teilarbeitsmärkte gemäß traditioneller, korporativer Prinzipien. Sie versuchten sich gemäß der Zunfttradition weiterhin als einzige Quelle der Arbeitskraft in ihrem Gewerbe zu etablieren. Entsprechende Forderungen in Arbeitskonflikten knüpften an die alten Zunftverfassungen an: ein Überangebot an Arbeitskräften am Teilarbeitsmarkt einer Branche sollte durch die Einschränkung der Lehrlingszahl vermieden werden; alle un- und angelernten Arbeitskräfte waren auszuschalten.

Als Folge der Überlastung der Teilarbeitsmärkte, und des Verlustes der korporativen Kontrolle über einzelne Teilarbeitsmärkte, begannen sich die Spannungen zwischen wandernden und nichtwandernden Gesellen zu häufen.²¹⁶ In Frankreich traten im Gefolge der Julirevolution 1830 Gesellenvereinigungen in Paris, Lyon und Grenoble, darunter besonders jene der Bauhandwerker, mit Petitionen an die neue Exekutive mit der Bitte um die Ausweisung „ausländischer“ Gesellen heran. Eine Petition der Pariser Sattler und Wagner begründete diesen Wunsch mit „...der großen, am Arbeitsmarkt der Hauptstadt herrschenden Konkurrenz“.²¹⁷ Auf den Vorwurf der Engstirnigkeit dieses Ansinnens, das von der Behörde abgelehnt worden war, versicherten die Sattler in einer Notiz, daß man keineswegs die Ausweisung aller „fremden“ Arbeiter fordere, sondern nur der unverheirateten Gesellen; dies wiederum nur wegen der verbreiteten saisonalen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung; schließlich sei die Beschäftigung der zahlreichen Fremden ungerecht, weil umgekehrt sie selbst nicht in deren Ländern Arbeit suchten.²¹⁸ Der Vorzug französischer Handwerker, die durch die Stabilität der Verhältnisse nur in geringem Ausmaß auf eine hohe Mobilität angewiesen waren, für die Selbsthaftigkeit, drückt sich freilich auch in einer Petition der Handwerker von Montmartre aus. Sie ap-

²¹⁶ Gemäß den Berichten der Pariser Polizei häuften sich in den 30-er und 40-er Jahren Zusammenstöße zwischen heimischen und ausländischen Arbeitern, in die 1832 deutsche Schneider, 1839 deutsche Tischler, 1837 englische Metallarbeiter, besonders häufig aber belgisch-flämische Bauarbeiter verwickelt waren, vgl. Grandjone, *Eléments statistiques pour une étude de l'immigration*, 223.

²¹⁷ *Constitutionnel*, 16.8.1830, zit. nach Aguet, *Les Grèves sous la Monarchie de Juillet*, 4; vgl. auch Grandjone, *Eléments statistiques pour une étude de l'immigration*, Anm.14, 222f.

²¹⁸ *Constitutionnel*, 16.8., zit. nach Aguet, *Les Grèves sous la Monarchie de Juillet*, 5.

pellierten an die Behörden, andere „Pariser Arbeiter“ auf „ihrem Arbeitsmarkt“ nicht zuzulassen.²¹⁹

In Frankreich betrafen noch zwischen 1864 und 1890 rund 1,2% aller in Streiks erhobenen Forderungen die Einschränkung der Arbeitskräfte: 36 von insgesamt 69 Streiks zur Vermeidung einer Überlastung des Arbeitsmarkts richteten sich gegen die Beschäftigung „fremder“ (nicht ortsansässiger) und ausländischer Arbeitskräfte.²²⁰ Auch im Deutschen Reich wurden in Streiks der 1870-er Jahren Ausschlußforderungen gegen eine Überzahl an Lehrlingen, gegen Arbeiterinnen, und ländliche oder auswärtige Streikbrecher häufig erhoben. Streiks und gewalttätige Aktionen mit dem Ziel des Ausschlusses „fremder“ Arbeitskräfte, traten aber besonders in jenen Bereichen auf, wo sich die Arbeiter/innen nicht oder nur wenig effektiv am Arbeitsmarkt organisieren konnten. Hier wurden oft „fremde“ Migranten, die gegen Einheimische konkurrierten, als „unbefugt“ betrachtet. Die Klassifikation, wer „fremd“ sei, folgte meist „traditionellen“, regionalen Gesichtspunkten, wobei sich gewalttätige Ausschreitungen fast immer gegen ethnisch „fremde“ Migranten mit niedrigeren Lohnniveaus richteten. Dabei trugen die xenophoben Konflikte die Merkmale „vorindustrieller Konflikte“, die sich vor allem als lokaler „Aufruhr“ äußern.

Dies zeigt das Beispiel der Bau- und Erdarbeiter, die auf Grund der Arbeitsorganisation und Unterschiedlichkeit der Löhne besonders häufig streikten. In Frankreich fanden fast ein Drittel aller Streiks zwischen 1830 und 1857 auf Baustellen statt.²²¹ Besonders im Eisenbahnbau, wo Kolonnen von Streckenarbeitern unterschiedlicher Entlohnung und Herkunft zusammentrafen, häuften sich „ethnische Konflikte“ zwischen französischen und flämischen, französischen und „piemontesischen“ Arbeitern,²²² in vielen Konflikten der Streckenarbeiter spielten xenophobe Motive bzw. ein gewalttätiges Vorgehen gegen „fremde“ und „ausländische“ Arbeiter eine Rolle.²²³ In Großbritannien, wo irische Migranten grundsätzlich zu schlechteren Bedingungen beschäftigt wurden als Engländer und Schotten²²⁴, häuften sich während der Depression der 1840-er Jahre blutige Kämpfe zwischen englischen und irischen,

²¹⁹ Cross, *Immigrant Workers in Industrial France*, 31.

²²⁰ Vgl. Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/260-261.

²²¹ Aguet, *Les Grèves sous la Monarchie de Juillet*, 365.

²²² *Ibidem*, 9f, 170f, 251, 321.

²²³ Vgl. Aguet, *Les Grèves sous la Monarchie de Juillet*, 9f;170, 251, 321.

²²⁴ Cohn, *Keeping the Navvies in Line*, 150-154.

schottischen und irischen Streckenarbeitern,²²⁵ zu denen ein zeitgenössischer Beobachter bemerkte: „...there was near civil war among the railway navvis“.²²⁶

Ähnliches gilt für die britische Landwirtschaft, wo irische Migrant/inn/en seit den 1820-er Jahren als saisonale Arbeiter/innen beschäftigt wurden. „Streiks“ und Aktionen der Landarbeiter richteten sich nicht nur gegen die Farmer, sondern insbesondere auch gegen irische Migranten, die für die Saisonalisierung der Arbeit verantwortlich gemacht wurden.²²⁷ Als Folge der Mechanisierung die irischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft seit den 1860-er Jahren stark zurückgingen, wurden Iren in weiten Teilen Englands als „Streikbrecher“ und Werkzeuge skrupelloser Unternehmer betrachtet.²²⁸

Ähnlich stießen die Migranten in den alten Distrikten der Heimweberei Lancashire, Schottland und Roubaix, wo sie in den mechanisierten Sektor und das bereits niedergehende Heimgewerbe strömten, auf die Ablehnung der einheimischen Bevölkerung. Am Arbeitsplatz wurden Iren und Briten, Flamen und Franzosen jeweils in unterschiedlichen Tätigkeiten beschäftigt.²²⁹ Die Migranten und Migrantinnen wurden aber für sinkende Löhne und die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht.²³⁰

Auch im Bergbau, wo die Identität zwischen Arbeit und Zugehörigkeit zur lokalen Gruppe zunächst groß war, waren Konflikte zwischen Arbeiter/inn/en unterschiedlicher „Ethnizität“ verbreitet. In schottischen Minen erwarben Iren und Waliser, in walisischen Minen Engländer und Iren einen Ruf als „Streikbrecher“.²³¹ Wegen der raschen Expansion des Bergbaus erwiesen sich Gewerkschaften und andere Organisationen als wenig effektiv; dabei wurden Streiks durch unqualifizierte Arbeitsmigranten wohl seltener direkt gebrochen, als bereits im Keim erstickt.

Xenophobe Ausschreitungen waren freilich nur die Spitze einer latenten Xenophobie, die sich in Zeiten der Rezession auf Grund der Gegenüberstellung der Arbeitslosigkeit der An-

²²⁵ Große Riots gab es z.B 1839 auf der Strecke Chester-Birkenhead (Redford, *Labour Migration in England*, 164); weitere große Riots ereigneten sich 1834 bei Manchester, 1847 bei Bradford und 1842 bei Stockport; siehe Jackson, *The Irish in Britain*, 117.

²²⁶ Hunt, *British Labour History*, 168f.

²²⁷ Redford, *Labour Migration in England*, 162.

²²⁸ Collins, *Migrant Labour in British Agriculture*, 56.

²²⁹ Redford, *Labour Migration in England*, 163; Reardon, *Belgian and French Workers in Roubaix*, 173f.

²³⁰ Reardon, *Belgian and French Workers in Roubaix*, 168.

²³¹ Verschiedene Beispiele (Bergbau), vgl. Jackson, *The Irish in Britain*, 87 (irische „Streikbrecher“); Pelling, *History of British Trade Unionism*, 45 (walisische und irische „Streikbrecher“ in Nordengland); Hunt, *British Labour History*, 195f (englische und irische „Streikbrecher“ in Wales).

sässigen und der Beschäftigung von Fremden/ Ausländern äußerte. Flämische Migranten in Roubaix wurden während der Krisen 1819 und 1840 unter der Bezeichnung des „Mundraubs“ aus der Stadt vertrieben.²³² In Liverpool, Bristol und allen Orten, wo irische Arbeitsmigranten in großer Zahl eintrafen, war die Aggression der Einheimischen gegen die Iren ganz allgemein verbreitet, und machte sich häufig in antiirischen oder antikatholischen Kundgebungen,²³³ oder auch Übergriffen auf irische Migrant/inn/en Luft. Im Gegensatz dazu wurden in den 1860-er Jahren in den deutschen Staaten ländliche Nahwanderer zwar als „Lohndrücker“ betrachtet, aber nicht physisch bedroht.²³⁴ Gemäß alten Armenrechten tendierten Arbeiter/innen dazu, von einem Beschäftigungsvorrang für die ansässigen Arbeiter auszugehen, wobei städtische Nahwanderer rasch akzeptiert wurden.²³⁵

Der Volkszorn wendete sich aber mitunter auch gegen die Bevorzugung ausländischer Facharbeiter. Eine anonyme Beschwerde aus dem Ibbenbürger Revier (Ruhrgebiet) klagt über die Bevorzugung englischer Bergleute:

Liebe Herrs[.] wir beschweren uns bei Ihnen um Hülfe und Rath, wenn es doch möglich ist, so untersuchen Sie es doch selbst denn die hiesigen Bergleute werden sehr unterdrückt, die Engländer verdienen hier sehr viel Geld und die hiesigen können nicht so viel verdienen, daß sie was zu essen haben und Kleidung, daß sie zur Kirche gehen können, und wenn wir uns beschweren bei dem Steiger oder bei den Knappschafts-Ältesten oder bei dem Obersteiger, die stehn alle unter seiner Gewalt; der Inspektor Engelhardt sagt: ich bin der Herr und keiner mehr, was ich sage soll geschehen.²³⁶

Der Vorwurf des Streikbruchs, der häufig gegenüber Arbeitsmigranten erhoben wurde, bezog sich eher auf die Verhinderung solidarischer Aktionen und Streiks als auf wirkliche Streikbrüche. Diese kamen gelegentlich, meist unter Militärintervention, besonders im Baugewerbe, im Bergbau und in der Landwirtschaft vor. Streikbrüche durch „Fremde“ waren freilich bei weitem seltener als Streikbrüche durch das Militär. Der Streikbruch durch „Fremde“/ „Ausländer“ wurde von vornherein Teil einer älteren und populären „xenophoben“ Denkstruktur, die wie

²³² Reardon, *Belgian and French Workers in Roubaix*, 167f.

²³³ Zum Antikatholizismus als Teil traditioneller Arbeiterkultur in England, vgl. Rudé, *Die Massen in der Geschichte* 57-58, 61; zum britischen Nationalismus und Protestantismus, vgl. Colley, *Class and National Consciousness in Britain*, 107f.

²³⁴ Tennstedt, *Vom Proleten zum Industriearbeiter*, 142.

²³⁵ vgl. z.B. Köllmann, *Bevölkerung in der industriellen Revolution*, 194.

²³⁶ Anonyme Beschwerde aus dem Ibbenbürger Revier an das Oberbergamt Dortmund über niedrige Löhne und die Benachteiligung gegenüber den englischen Bergleuten, In: Tenfelde, *Bis vor die Stufen des Throns*; Nr. 67, 167-69, hier: 167.

Michelle Perrot bemerkt, „eine proletarische Variante der Theorie der (ausländisch-jüdischen) Weltverschwörung“²³⁷ darstellt.

3.3.2. Nationale Arbeitsmärkte und „Protektionismus der Arbeiter“

Im Gegensatz zu den lokalisierten Konflikten zeichnete sich in der Forderung des Ausschlusses ausländischer Arbeiter von nationalen Arbeitsmärkten ein Trend zur verstärkten „nationalen Integration“ der Arbeiterschaft ab. Wahlrecht, Schul- und Militärpflicht, wurden vor dem Hintergrund des steigenden Lebensstandards der Industrienationen und der industriellen Arbeiterschaft die Grundlage, auf der die nationalistische und „chauvinistische“ Propaganda der imperialistischen Ära verstärkte Verbreitung in der Arbeiterschaft fand.²³⁸

In Großbritannien hatten sich koloniale Tradition und die chauvinistische Propaganda gegenüber Irland bereits in den 1860-er Jahren im Ausschluß irisch-katholischer Arbeiter vom Beitritt zu den Gewerkschaften handwerklicher Facharbeiter niedergeschlagen.²³⁹ Zugleich verbreitete sich allmählich die Furcht vor der „ausländischen“ Konkurrenz nicht nur in der Unternehmerschaft, sondern auch unter den Arbeitern. Unter dem Eindruck des Transfers indischer und chinesischer Arbeiter in die Vereinigten Staaten wuchs die Furcht vor der billigen „indischen Konkurrenz“.²⁴⁰

Seit 1880 verbreitete sich ein „Wohlstandschauvinismus“ auf Grundlage der Überzeugung, daß die häufig im Sweating und im Heimgewerbe beschäftigten ausländischen Arbeiter – deutsche Handwerksgesellen, besonders aber osteuropäische Juden – zum einen die Löhne drückten, zum anderen den britischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnähmen. Ein Korrespondent des Organs der SDAP, „Der Sozialdemokrat“ berichtete 1886 über die Stimmung der Londoner Arbeiter, daß allgemein „derselbe Abscheu gegen das ausländische Element ... vorhanden“ sei; die „Ausländer“ würden des Mundraubs beschuldigt, und britische Arbeiter verträten die Meinung, „je schneller dieser ausländischen Konkurrenz auf unserem Arbeitsmarkt Einhalt geboten wird, je schneller wird die momentane schwarze Wolke der Arbeitslosigkeit sich lichten“.²⁴¹ Eine Verschärfung dieser Stimmung bedeuteten Einwanderung und Transit

²³⁷ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/177.

²³⁸ Linden, *The National Integration of European Working Classes*, 289ff.

²³⁹ Hunt, *British Labour History*, 167.

²⁴⁰ „Indische Konkurrenz“, *Sd*, 14. August 1884.

²⁴¹ „Aus England“, *Sd*, 15. April 1886.

osteuropäischer Juden, die vor allen die Belegschaften im stark arbeitsteiligen Textilgewerbe („sweat-shops“) stellten.²⁴²

In der Folge verbreiteten sich auch in der Arbeiterschaft Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Ein 1893 verfaßtes „Londoner Manifest der Arbeitslosen“ erinnerte die Regierung an ihre Pflicht, das Volk vom Hungertod zu retten, und verlangte das Verbot der Einwanderung mittelloser Personen, und Geldstrafen für „fremde“ Unternehmer, die fremde Arbeiter zu Bedingungen beschäftigten, die britischen Arbeitern schaden.²⁴³

Diese auch in den Trade-Unions vorherrschende Stimmung führte schließlich zu einer Politik, in diesem Sinne Druck auf die Regierung auszuüben. Die Regierung zeigte sich über den Pauperismus, der der Ausländerbeschäftigung zugeschrieben wurde, zunehmend besorgt. Seit den 90-er Jahren wurden von konservativen, bald auch von liberalen Abgeordneten Vorlagen über ein Verbot der Einwanderung für mittellose Personen eingebracht. Der 1903 von konservativer Seite eingebrachte „Aliens Act“ wurde im Parlament 1905 mit einer großen Mehrheit, 211 zu 59 Stimmen, angenommen.²⁴⁴

Ausgeprägt waren chauvinistische Haltungen auch in der französischen Arbeiterschaft. In Frankreich wurde nach 1880 die Forderung der Unternehmerverbände nach Schutzzöllen für jene Produkte, die der internationalen Konkurrenz zu unterliegen drohten, immer lauter. Die Arbeiter aber fürchteten die „Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte“, die seit 1880 von den Unternehmerverbänden bevorzugt angeworben wurden. Große Depression und nationalistische Propaganda wirkten zusammen, um eine mitunter zu gewalttätigen Ausschreitungen tendierende Xenophobie hervorzubringen.

Während unter den gut organisierten Arbeitern Deutschlands eine latente Xenophobie verbreitet, offene Gewaltausbrüche aber selten waren, häuften sich unter den schlecht organisierten Arbeitern Frankreichs während der Depression 1881/1892 xenophobe Kundgebungen und Ausschreitungen. Die insgesamt 73 Manifestationen dieser Art richteten sich mehrheitlich gegen italienische Migranten, und konzentrierten sich im Tiefbau (28), auf Docks (16) und im Bergbau (11).²⁴⁵ Obwohl die Stimmung gerade gegen das Deutsche Reich ausgesprochen feindselig war, und auch deutsche Arbeiter davon nicht ausgenommen wurden, wies die deut-

²⁴² Clegg/ Fox/Thompson, A History of British Trade Unions since 1889, I/182; vgl. auch Hunt, British Labour History, 179; 183f.

²⁴³ Londoner Manifest der Arbeitslosen, zit. in Schippel, Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung, 50.

²⁴⁴ Einwanderungsbeschränkung in England und internationaler Arbeitsmarkt, CB 1905, Nr.19, 292-93, hier: 292.

sche Arbeiterpresse darauf hin, daß auf Deutsche keine gewalttätigen Angriffe erfolgten, weil diese, im Gegensatz zu Italienern und Flamen nicht zu den „Lohndrückern“ gerechnet würden²⁴⁶. Allgemein wurden aber nichtstreikende von streikenden Arbeitern als „italien“, „uhlan“ oder „prussien“, schließlich auch als „sarrasin“, „kroumir“, „béduin“ und „zoulou“ beschimpft.²⁴⁷

Viele Manifestationen der französischen „Arbeitslosen“ drückten ein hohes Maß an Identifikation mit der Nation aus. So bot die angebliche Beleidigung der Trikolore durch den italienischen Klub in Marseille 1881 den Anlaß zu einem antiitalienischen Pogrom, in dessen Verlauf mehrere Italiener getötet wurden. Während der Ausschreitungen gegen Ausländer in Aigues Mortes, Marseille und Liévin wurde „Vive la France“ geschrien, und die Trikolore gehisst.²⁴⁸ 1885 tauchten in Marseille mit „France“ unterzeichnete Flugblätter an die Adresse des Direktors der Docks auf, die eine hohe Identifikation mit dem „Vaterland“ ausdrückten: die „nationale Arbeit“ wurde als „Erbe“ bezeichnet, das die an und für sich dazu berechtigten französischen Steuerzahler im Gegensatz zu Ausländern nicht in Anspruch nehmen könnten.²⁴⁹ Die in vielen Betrieben gebildeten „comités marseillais“, aus deren Milieu die zitierten Flugblätter stammen, drohte auch mit der Brandlegung in solchen Betrieben, wo Italiener beschäftigt wurden.²⁵⁰

Dabei ist die Wirkung der Appelle und Kampagnen der „Association de l’Industrie Francaise“ (AIF) für Schutzzölle und sozialen Frieden nicht zu unterschätzen. Das Organ der AIF, „Le Travail National“, proklamierte die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und Arbeiter in der Frage der Schutzzölle, die zugleich die Profite der Unternehmer und Löhne der Arbeiter günstig beeinflussen würden, während die Konkurrenz des Auslands beiden schade.²⁵¹ Während sich die Arbeiter mit der Konkurrenz des Auslands in Form ausländischer Arbeitskräfte konfrontiert sahen, wurden auch in der Arbeiterpresse die Einwanderung als „Invasion“, die ausländischen Migranten als „Schädlinge“ und in Frankreich einfallende „Horden“ bezeichnet. Wiederholt wurde behauptet, es handle sich bei den Italienern und Deutschen bloß um die

²⁴⁵ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/171; vgl. auch Liens, *Les vePRES Marseillaises*, 7ff.

²⁴⁶ Sd, 8. Juli 1887.

²⁴⁷ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/170.

²⁴⁸ *Ibidem*, I/ 179.

²⁴⁹ *Ibidem*, I/ 178f

²⁵⁰ *Ibidem*, I/ 172f

²⁵¹ Vgl. Lebovics, *Protection against Labor Troubles*, 158f.

erste Welle einer Einwanderung, der die als Lohndrücker noch wesentlich gefährlicheren „Neger und Chinesen“ folgen würden.²⁵²

In der Folge verstärkte sich die Tendenz, in organisierter Weise gegen ausländische Arbeitskräfte vorzugehen. Einige lokale Gewerkschaften, besonders der Bau- und Hafenarbeiter schlossen Ausländer aus und nannten sich „französische Gewerkschaften“. Die in einigen größeren Städten gebildeten „commissions d’initiatives des ouvriers français“ protestierten immer wieder gegen die „Invasion ausländischer Arbeiter“ und forderten in Petitionen an die Magistrate die Beendigung der Ausländerbeschäftigung.²⁵³ Unterstützt durch nationalistische Kampagnen, in denen der Umstand, daß die Ausländer in Frankreich nicht genügend konsumierten, hervorgehoben wurde,²⁵⁴ wurden unter dem Druck der Bevölkerung zwischen 1885 und 1895 Quotierungen der Ausländerbeschäftigung im kommunalen Rahmen eingeführt. Diese wurden zunehmend auch von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung getragen.

Im Deutschen Reich war die ausländerfeindliche Stimmung zwar ausgeprägt, die gut organisierte Arbeiterschaft tendierte aber kaum zu gewalttätigen Übergriffen. Fremdenfeindlich war die Stimmung gegen polnischen Migranten im Ruhrgebiet, wo das Sinken des Berufsprestiges der Bergleute, auf die polnische und ausländische Einwanderung zurückgeführt wurde.²⁵⁵ Die xenophobe Stimmung wurde durch die antipolnische, staatliche Propaganda verstärkt, da die preußisch- polnischen Migranten den preußischen Behörden ebenso suspekt schienen wie die „Auslandspolen“.

Die Feindseligkeit gegen italienische saisonale Arbeitsmigranten war allgemein verbreitet, und das Wort Italiener wurde als Synonym für „Streikbrecher“ gebraucht.²⁵⁶ Der sozialistische Abgeordnete Angiolo Cabrini berichtete 1904 im Correspondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, daß italienische Arbeiter nicht nur auf deutschen und Schweizer Bahnhöfen und Postämtern behandelt würden, „als ob es sich um Aussätzige handle“²⁵⁷, sondern daß sich, noch schlimmer, auch die einheimischen Arbeiter gegen die italienischen Arbeiter wendeten:

²⁵² Vgl. Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/177.

²⁵³ *Ibidem*, I/ 170f; 176

²⁵⁴ Vgl. Schippel, *Arbeiterimport und Einwanderungsgesetze*, CB 1907, Nr. 30, 465- 67; hier: 466.

²⁵⁵ Vgl. Britschgi-Schimmer, *Die wirtschaftliche und soziale Lage der italienischen Arbeiter*, 53; vgl. auch Kleßmann, *Klassensolidarität und nationales Bewußtsein*, 157ff.

²⁵⁶ Vgl. Barfuß, *Gastarbeiter in Norwestdeutschland*, 193; vgl. auch Lerda, *Eine praktische Frage*, NZ 17/I (1898/99) 746-751, hier:746f.

²⁵⁷ CB 1904, Nr. 32, 523-27, hier: 526.

Aber noch tiefer und schmerzlicher zerreißt es unsere Seele, wenn man zufällig während eines jener Heldenkämpfe, die das Proletariat der Industrie liefert, auf Bauten kommt und fühlt, daß durch die Arbeiterquartiere wie ein Schrecken der Ruf sich hindurchpflanzt: „Die Italiener kommen!“ Ein Ruf der bedeutet: es kommen die, welche unsere Errungenschaften vernichten, und uns und unsere Frauen und Kinder ins Unglück stürzen.²⁵⁸

1904 betonte Cabrini im italienischen Parlament, daß für die italienischen Migranten weniger die im Ausland verübten Gewalttaten gefährlich würden als der „Protektionismus der Arbeiter“, der öffentliche Verwaltungen in Zuwanderungsländern zwingt „... Klauseln aufzunehmen, die den Unternehmern, *die Einstellung ausländischer Arbeiter* verbieten“.²⁵⁹ 1913 konstatierte Robert Michels:

Die Proletarier der einzelnen Länder sind sich zu wirtschaftlichen Konkurrenten herangewachsen... Das Proletariat unterliegt durchwegs einem Zug zu nationaler Abschließung, zum Protektionismus, die sich bisweilen bis zur Xenophobie steigern²⁶⁰.

²⁵⁸ Ibidem

²⁵⁹ Ibidem, 525

²⁶⁰ Michels, Zur historischen Analyse des Patriotismus, Archiv für Sozialgeschichte und Sozialpolitik, Bd. 36, Nr.1/II (1913), 428.

4. INTERNATIONALISMUS

4.1. Die Erste Internationale

Da Handwerksgesellen und Gesellenarbeiter ausschließlich ihre erlernten Berufe ausübten, und dabei auch größere Distanzen zwischen einzelnen lokalen Stellenmärkten zurücklegten, waren sie stets gegen Behinderungen des Wanderns - Grenzen und Kontrollen - aufgetreten. In Frankreich hatten die Sansculotten in der Revolution von 1789, in den deutschen Staaten die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“ in der Revolution von 1848 „Freizügigkeit“ gefordert.

Die Herausbildung nationaler Arbeitsmärkte und Entstehung zentralisierter Gewerkschaften brachte im fortgeschrittensten Land des Kapitalismus, England, aber ein neuartiges Problem in das Bewußtsein der organisierten Arbeiterschaft: den „Streikbruch“ durch „Ausländer“. Diese wurden in den Londoner Werkstätten oft zu anderen Bedingungen beschäftigt als die einheimischen Arbeiter: um 1860 erhielten in den Londoner Sattlerwerkstätten gelernte Arbeiter englischer Nationalität Zeitlohn, französischer Nationalität aber Stücklohn für dieselbe Arbeit.²⁶¹ Die Ausländerbeschäftigung in Londoner Werkstätten wurde dann neben der Drohung der Unternehmer, während Streiks oder Aussperrungen ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, zum unmittelbaren Anlaß, die nationale und internationale Zentralisierung der Gewerkschaften zu betreiben.

Ein Streik der Londoner Bauarbeiter für den Neun-Stunden-Tag mündete 1859 in eine Aussperrung, und die Bauunternehmer drohten mit der Rekrutierung von Arbeitern auf dem Kontinent. Während die Unternehmer diesen Plan schon allein wegen der damit verbundenen hohen Kosten nicht durchführten,²⁶² gründeten Londoner Arbeiter verschiedener Branchen ein Solidaritätskomitee zur Streikunterstützung, aus dem 1862 der Trade Unions Congress (TUC) hervorging.²⁶³ Zugleich intensivierten die wichtigsten Aktivisten des TUC ihre Bemühungen, zugleich eine internationale Streikunterstützung zu erreichen. Dazu vereinten sie ihre Bemühungen mit jenen bereits bestehender internationaler Komitees, die unter Beteiligung verschie-

²⁶¹ MEW Bd.23, 574f; Stücklohn und „Sweating“ üben aber, ob nun unter Verwendung von In- oder Ausländern, jedenfalls einen starken Druck in Richtung der Senkung des allgemeinen Lohnniveaus aus (ibidem, 579-580).

²⁶² Abramsky/Collins, Karl Marx and the British Labour Movement, 17; in jenen Jahren wurde nur ein einziger Streik, und zwar jener der nicht organisierten Gasarbeiter, durch Ausländer, nämlich deutsche Zuckerbäcker gebrochen.

²⁶³ Braunthal, Geschichte der Internationale, I/ 92ff.

dener Gruppen von Exilsozialisten vor allem Emanzipationsbestrebungen anderer „Nationen“, wie zum Beispiel die politische Unabhängigkeit Polens, unterstützten. Die von einem der Sekretäre des TUC, G. Odger, 1863 zur Intensivierung der internationalen Beziehungen verfaßte Botschaft „An die Arbeiter Frankreichs“ enthielt dann auf Grund der Drohung der Heranziehung ausländischer Arbeiter im Streik der Bauarbeiter auch folgende Passage:

Eine Verbrüderung der Völker ist für die Arbeitersache höchst notwendig, denn wir finden, daß immer wenn wir versuchen, unsere soziale Lage durch Verkürzung der Arbeitszeit oder Erhöhung der Löhne zu verbessern, unsere Fabrikanten drohen, sie würden Franzosen, Deutsche, Belgier und andere herüberbringen, um unsere Arbeit zu geringerem Lohn ausführen zu lassen; und wir müssen leider sagen, daß dies auch wirklich geschehen ist, nicht aus einer Absicht unserer Brüder auf dem Kontinent, uns zu schaden, sondern infolge des Mangels einer regelmäßigen und systematischen Verbindung zwischen den Arbeiterklassen aller Länder, die wir hoffen, bald verwirklicht zu sehen, da es unser Prinzip ist, die Löhne der schlecht-bezahlten Arbeiter möglichst auf das Niveau der besser entlohten Arbeiter zu heben und den Unternehmern nicht zu erlauben, einen von uns gegen den anderen auszuspielen und so unsere Lebenshaltung auf einen solch niedrigen Stand herabzudrücken, wie es ihrem Krämergeiz passt.²⁶⁴

Während die auf der Gründungsversammlung der künftigen „Internationalen Arbeiter- Association“ (IAA) 1864 verlesene Antwortadresse der französischen Arbeiter darauf gar nicht einging, fehlte den Trade-Unions ein klar umrissenes Konzept über Inhalt und Form der gerade begründeten Organisation.

Als das provisorisch gewählte Zentralkomitee, das vornehmlich aus britischen Gewerkschaftsfunktionären des TUC bestand, an der Formulierung von Organisationsform und Statuten der Internationale scheiterte, wurde Karl Marx als in London ansäßiger sozialistischer Schriftsteller und Journalist hinzugezogen. Die von Marx in der Folge formulierte Präambel zum Statut der IAA bildete den vorsichtigen Versuch der Einordnung der Gewerkschaftsbewegung in eine revolutionäre, auf „Klassenkampf“ zielende Strategie.²⁶⁵

Der wenig präzise Plan zur Herstellung internationaler Verbindungen zwischen den Arbeiterorganisationen verschiedener Länder zog noch im Gründungsjahr der IAA das Interesse des (General)sekretärs der US- amerikanischen „National Labour Union“ (NUC), W. Sylvis, auf sich. Als Sekretär der Eisenformergewerkschaft war er über eine Auswanderungswelle britischer Eisenformer äußerst beunruhigt. Im NUC brachte er eine Resolution ein, die

²⁶⁴ Adresse der englischen Arbeiter vorgetragen auf der internationalen Arbeiterversammlung in St. Martin's Hall am 28. Sept. 1864, ediert in Sperl, Karl Marx und die Gründung der Ersten Internationale, 7-12; hier: 9f.

²⁶⁵ Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Braunthal. Geschichte der Internationale I/366.

der Auffassung Ausdruck verlieh, daß die amerikanischen Arbeiter ihren Lebensstandard nicht erhöhen könnten, solange billige europäische Arbeitskräfte Zugang zum US-amerikanischen Arbeitsmarkt hätten. Er befürwortete daher in einer allerdings nicht angenommenen Resolution die Aufnahme offizieller Beziehungen zur IAA, die, wie er hoffte, dieses Problem regeln könne.²⁶⁶

Gemäß dem Anliegen der Trade-Unions, die bis 1868 das Gros der Mitgliedschaft der IAA bildeten, und deren Sekretäre die Mehrheit der Generalratsmitglieder stellten, nahm der Generalrat der IAA sofort nach seiner Einsetzung Ende des Jahres 1865 die Tätigkeit zur internationalen Streikunterstützung auf. Die „Zuzugswarnung“, die ausländische Arbeiter von der Arbeitssuche in Orten, wo gestreikt wurde, abhalten sollte, wurde dabei noch vor der finanziellen Unterstützung von Streiks, zum bedeutendsten Propagandamittel der IAA.

Während eines Streiks der „London Operative Tailors’ Protective Society“ wandte sich der Sekretär der Organisation im März 1866 an den Generalrat mit der Bitte, die Schneider des Kontinents von einer Reise nach London abzuhalten; die Unternehmer ihrerseits hätten bereits Anwerbungsagenten dorthin geschickt. Der Generalrat ließ seine ausländischen Korrespondenten benachrichtigen, und in den folgenden Wochen erschienen „Zuzugswarnungen“ in der Arbeiterpresse in Genf, Paris, Brüssel und Berlin.²⁶⁷ Ein Streik der Edinburger Schneider zur selben Zeit führte zu einer ähnlichen Initiative. Die von Marx zur Veröffentlichung in deutschen Zeitungen verfaßte „Zuzugswarnung“ appellierte an die Ehre der deutschen Arbeiter, „sich nicht zu willenslosen Landsknechten des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeit her(zu)geben“; denn „der Zweck dieser Importation [deutscher Schneidergesellen, d.V.] ist derselbe, wie der der Importation von indischen Coolies (Kulis) nach Jamaika – *die Verewigung der Sklaverei*“.²⁶⁸

Diese, und zwanzig weitere Unterstützungsaktionen 1866 und 1867 lösten eine Beitrittswelle unter britischen, insbesondere Londoner Trade-Unions aus. Ein Kongreß (nord-)englischer Trade-Unions in Sheffield empfahl 1866 die Mitgliedschaft in der Internationale; 1866 traten siebzehn, 1867 dreizehn lokale und regionale Gewerkschaftsvereine, darunter besonders Gewerkschaften der schrumpfenden „sweated trades“ im Bekleidungs-, Leder- und Holzgewerbe, der IAA bei.²⁶⁹

²⁶⁶ Lorwin, *Die Internationale der Arbeit*, 17f.

²⁶⁷ Herrmann, *Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik*, 254f.

²⁶⁸ Warnung des Korrespondierenden Sekretärs des Generalrats für Deutschland Karl Marx an die deutschen Schneidergesellen, in: *Die Erste Internationale (1864)*, 117- 118, hier: 118; 117f.

²⁶⁹ vgl. Herrmann, *Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik*, 312-313.

Die Zuzugswarnung stellte für beitretende Trade-Unions das stärkste, vielleicht das einzige, Motiv für den Beitritt zur Internationale dar.²⁷⁰ Es waren dabei fast ausschließlich britische Gewerkschaften, die um diese Form der Unterstützung ersuchten: in elf von zwölf Streiks, in denen britische Trade-Unions sich an den Generalrat wandten, wurden Zuzugswarnungen angefordert und veröffentlicht. Tatsächlich wurden Streiks in Großbritannien ebenso selten durch Ausländer gebrochen wie in Frankreich und Belgien, wo meist um finanzielle Streikunterstützung gebeten wurde.²⁷¹ Dies geht selbst aus den Erfolgsmeldungen der Presse hervor: in einem Streik von 400 Londoner Korbmachern 1866/67 gelang es den Unternehmern, in Belgien zwölf (sic!) Arbeiter anzuwerben, von denen sechs nach der „Auflärung“ durch Kollegen sofort abzogen.²⁷²

Gleich nach dem Streik der Londoner Schneider (1865) hatte sich der Generalrat als internationales Komitee zur Herstellung von Verbindungen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Länder etabliert.²⁷³ Dieser erteilte auch Auskünfte über die Löhne und industrielle Entwicklung in anderen Ländern; sowie, wenn von emigrationswilligen Arbeitern angefragt, über die Arbeitsmarktlage in den Vereinigten Staaten.²⁷⁴ Dabei stellten sich die meisten europäischen Arbeiterorganisationen positiv zur Emigration, sei es auf Grund der Entlastung des Arbeitsmarktes, sei es, weil die Unternehmerschaft oft gegen die Emigration aufgetreten war, um im Fall eines neuerlichen Bedarfs genügend (qualifizierte) Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.²⁷⁵

Konflikte zwischen Arbeitern verschiedener Nationalität wurden dann zum Anlaß genommen, die Schaffung internationaler Gewerkschaften in Angriff zu nehmen. Der zehnte Artikel des Statuts der IAA hatte auch bereits eine internationale Wanderunterstützung vorgesehen.²⁷⁶ Der Generalrat empfahl zuerst 1866 der Londoner Gewerkschaft der Erdarbeiter anlässlich von „Zwischenfällen“ zwischen englischen und belgischen Arbeitern in Eastbourne

²⁷⁰ Dies wird dadurch bestätigt, daß die von der IAA umworbenen Maschinenbauer, die faktisch ein weltweites Monopol besaßen, der Organisation fernblieben. Nachdem sie um 1870 diese Position verloren, fragten sie aber nicht nur Informationen über die deutschen Metallarbeiter, sondern auch die Modalitäten einer Affiliation an die Erste Internationale an. Vgl. Collins/Abramsky, *Karl Marx and the British Labour Movement*, 172.

²⁷¹ Angaben, vgl. Herrmann, *Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik*, 247ff.

²⁷² Herrmann, *Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik*, 268f.

²⁷³ Collins/Abramsky, *Karl Marx and the British Labour Movement*, 84.

²⁷⁴ Herrmann, *Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik*, 267f.

²⁷⁵ MEW, Bd. 23, 599f.

²⁷⁶ *Ibidem*, 369.

die Gründung einer internationalen Gewerkschaft; der Generalrat wollte für die Verhandlungen mit den Belgiern ein französischsprachiges Mitglied zur Verfügung stellen.²⁷⁷ Auf dem Lausanner Kongreß der IAA 1867 wurde in der Angelegenheit einer affilierten südfranzösischen Bergarbeitergewerkschaft, die während eines Streiks u.a. die Entlassung piemontesischer „Lohndrücker“ gefordert hatte, eine Resolution beschlossen. Die piemontesischen Arbeiter wurden aufgefordert, sich in der Internationale zusammenzuschließen, „denn bevor sie Piemontesen oder Italiener sind, sind sie Produzenten, und sie sollen nicht mehr länger das Elend der anderen verlängern“.²⁷⁸

Organisierte Arbeiter gingen ganz selbstverständlich davon aus, daß die Regulierung des „Zuzugs“ ausländischer Arbeiter unter Anerkennung eines Primats der bereits ansässigen Arbeiter erfolgen müsse. So stellte der ständige Vertreter der englischen Zigarrenarbeitergewerkschaft im Generalrat in der bereits bekannten Manier die Arbeitslosigkeit der Londoner Berufskollegen und die Ausländerbeschäftigung (zu niedrigeren Löhnen) im Tabakgeschäft gegenüber. Er bat die korrespondierenden Sekretäre für Holland, Belgien und Deutschland um eine Zuzugswarnung: Die Zigarrenarbeiter der betreffenden Länder sollten nicht nach London kommen, da auf Grund einer Stockung im Tabakgeschäft ein Siebentel der Mitglieder arbeitslos sei. Der Generalrat empfahl demgegenüber den internationalen Zusammenschluß. Reale Schritte dazu konnte Cohn freilich erst ein Jahr danach anlässlich des Kongresses der IAA in Brüssel 1868 unternehmen²⁷⁹ Wie das Beispiel der Tabakarbeiter zeigt, blieben die realen Möglichkeiten zur Etablierung internationaler gewerkschaftlicher Beziehungen gering. Die von Gewerkschaften häufig gebrauchte Selbstbezeichnung „international“ drückte eher eine Absichtserklärung als eine Realität, welcher Art auch immer, aus. Dabei wurden die „internationalen“ Aktivitäten freilich durch die scharfe behördliche Verfolgung der IAA in fast allen Staaten stark behindert.

Seit 1867 begann das Interesse der britischen Trade-Unions an der Internationale zu schwinden, da sie ihre Bemühungen, zunächst unter Beteiligung des Generalrats vor allem auf die Er kämpfung des Wahlrechts richtete²⁸⁰. Mit dem Rückzug der Unions stellte der Generalrat seit 1868 die internationalen Streikunterstützung praktisch ein.

²⁷⁷ Herrmann, Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik, 263f

²⁷⁸ „Bee-Hive“, London 3.10.1968 zit. nach Herrmann, Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik, 287f ; Sammlung von internationalist. Resolutionen, vgl. auch Kautsky, Die Lohndrücker des Auslands und die Internationale, NZ 25/II (1906/07) 510-512.

²⁷⁹ Herrmann, Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik, 288f.

²⁸⁰ Collins/Abramsky, Karl Marx and the British Labour Movement, 86.

Der Rückzug der Trade-Unions war außer ihrer Hinwendung zu einer reformistischen Politik indirekt auch dem raschen Wachstum der Internationale in neun Ländern zu verdanken. Bestand die Mitgliedschaft bis 1868 fast ausschließlich aus Mitgliedern britischer Gewerkschaften,²⁸¹ hatte der ökonomische Aufschwung in vielen Ländern zur Schaffung von Gewerkschaften geführt, die ohne Zutun des Generalrats der IAA beitraten: In Frankreich hatte die IAA im Jahre 1869 angeblich 200.000 Mitglieder; Gewerkschaften und Sektionen der IAA bildeten sich in Italien, Spanien und Portugal; in Belgien wurde die neu entstandene Gewerkschaftsföderation aus über 60 Organisationen Mitglied der Internationale; die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) trat als erste im nationalen Rahmen organisierte Arbeiterpartei am Gründungskongreß in Eisenach 1869 der Internationale bei; der US-amerikanische NUC kündigt an, „der besagten Gesellschaft bald beizutreten“.²⁸²

In der Folge wurde die Internationale anhand verschiedener Fragen wie die Nationalisierung von Grund und Boden, die von den französischen „Mutualisten“ abgelehnt wurde, vor allem zum Forum politischer Richtungskämpfe. Diese spiegelten nicht zuletzt auch die Unterschiedlichkeit der Entwicklung der einzelnen „nationalen“ Arbeiterbewegungen wider. Vor allem bildete sich innerhalb der IAA eine immer stärkere Opposition gegen den Marxschen „Zentralismus“. Eher aus taktischen, denn aus ideologischen Gründen scharten sich Marx' föderalistische Gegner, darunter viele französische Sektionen, um Bakunin, der die politische Autonomie der einzelnen Mitgliedsvereine gewahrt wissen wollte. Diese Haltung kam nun auch den britischen Trade-Unions entgegen, die in der zentralistischen Organisationsform und den revolutionär-sozialistischen Prinzipien, wie sie insbesondere die SDAP vertrat, ein Hindernis für die von ihnen angestrebten Ziele – Einfluß in den gesetzgebenden Körperschaften Großbritanniens – sahen.²⁸³

Diese bis in die 1880-er Jahre anhaltenden schweren Differenzen bedeuteten faktisch das Ende der 1872 nach New York verlegten Internationale. Noch 1871 hatte Marx allerdings Spaltungstendenzen gegenüber der US-Zeitschrift „The World“ unter dem Hinweis auf den Nutzen der Internationale dementiert:

Eine der Formen, welche die Bewegung für die Emanzipation am meisten anwendet, ist der Streik. Brach früher in irgendeinem Land ein Streik aus, so wurde er

²⁸¹ Collins/Abramsky, Karl Marx and the British Labour Movement, 63.

²⁸² Lorwin, Die Internationale der Arbeit, 18f.

²⁸³ Collins/Abramsky, Karl Marx and the British Labour Movement, 85.

durch die Importation von Arbeitern aus anderen Ländern abgewürgt. Die Internationale hat mit all dem fast Schluß gemacht...²⁸⁴

Der politische Einfluß der IAA war aber dennoch bedeutend. Ein am „wissenschaftlichen Sozialismus“ orientiertes Programm hatte sich zuerst die SDAP gegeben. Die Gewerkschaften, die sich von vornherein mit der SDAP verbunden hatten, schlugen nach der Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ freilich eine reformistische Linie ein.²⁸⁵ Seit den 1890-er Jahren wurden nicht die Gewerkschaften einer revolutionären Strategie untergeordnet, sondern umgekehrt, die rasch anwachsende Partei dem Kampf um Reformen.

In Frankreich, wo genossenschaftliche und föderalistische Traditionen vorherrschten, entstand trotz zahlreichen Richtungskämpfen 1879 eine „Arbeiterpartei“ (Parti Ouvrier/P.O.), die sich bald in „Anarchisten“ (1881) „Guèsdisten“ (Sozialisten) und die nach kommunalem Einfluß strebenden „Possibilisten“ spaltete (1882).²⁸⁶ Während die possibilistischen Strömungen sich zum Teil radikalisierten, und im „syndikalistischen“ C.G.T. (Generalstreik) aufgingen, vereinigten sich Guèsdisten und andere sozialistische Gruppierungen 1905 zur „Section Française de L’Internationale Ouvrière“ (SFIO). Deren Programm vereinigte eine langfristige revolutionäre Perspektive mit kurzfristig durchzuführenden Reformen.²⁸⁷

Großbritanniens Arbeiterbewegung blieb unter dem Einfluß der neueren „Unions“ der an- und ungelerner Arbeiter nicht völlig der Tradition traditioneller „liberaler“ Arbeiterpolitik verhaftet. Das 1900 vom TUC gegründete „Labour Representation Committee“ (LRC), dessen Aufgabe in der Unterstützung geeigneter Abgeordneter bestand, wurde im Gefolge einer Streikwelle und der „Unions“ an- und ungelerner Arbeiter in „Labour Party“ (1906) umbenannt. Diese „Föderation“ unabhängiger Organisationen gewann 1906 dreißig, vier Jahre später 22 Sitze im Parlament. Eines der Mitglieder des LRC war aber die 1893 gegründete, sozialdemokratische Independent Labour Party (ILP), die im Gegensatz zu einigen weiteren, in den 1880-er Jahren gegründeten sozialistischen „Gesellschaften“, die Zusammenarbeit mit den Trade-Unions anstrebte. Die ILP zählte zwar kaum mehr als 10.000 Mitglieder, drückte aber den wachsenden Einfluß des Sozialismus in Großbritannien aus.²⁸⁸ Die ILP und die meisten anderen europäischen Arbeiterparteien wendeten sich freilich unter dem Druck der Gewerk-

²⁸⁴ Marx, Engels und Lenin über grenzüberschreitende Migrationen (Zitatensammlung), 63 (MEW, Bd. 17, 641).

²⁸⁵ Milner, *Limits of Internationalism*, 6.

²⁸⁶ Kergoat, *France*, 168.

²⁸⁷ Vgl. Magrew, *Socialism, Syndicalism and French Labour Movement*, 73.

²⁸⁸ Price, *Britain*, 6; Phillips, *The British Labour Movement*, 41f; 42f.

schaften dem gesetzlichen Arbeiterschutz und der Ausweitung der demokratischen Rechte zu, sodaß die Ausrichtung der Arbeiterorganisationen trotz internationalistischer Ideologie de facto stets national blieb.

4.2. Die Frage der „Ein- und Auswanderung“ 1880–1889

4.2.1. Die internationale Gemaßregelten-Unterstützung

Allein wegen der hohen Mobilität der Arbeitskräfte und Gewerkschaftsmitglieder suchten viele Verbände internationale Verbindungen. Britische Trade- Unions unterhielten Beziehungen zu amerikanischen Fachverbänden, um die Emigration ihrer Mitglieder in die Vereinigten Staaten nach dem Bedarf am dortigen Arbeitsmarkt zu regeln, d.h. ein „Überangebot“ an Arbeitskräften in den jeweiligen Branchen zu vermeiden.. Die ökonomisch und finanziell stärksten deutschen Verbände besaßen in den Jahren vor der Verhängung des Sozialistengesetzes eine transnational organisierte Wanderunterstützung. Der Verband der Buchdrucker besaß „Kartell-Verträge“ mit Buchdrucker- Verbänden in der Schweiz, in Österreich-Ungarn und Italien; die deutschen Buchbinder mit dem österreichischen Buchbinder-Verband.²⁸⁹

Die Verhängung des Sozialistengesetzes 1878 bedeutete zwar keineswegs ein Vorgehen gegen das gewerkschaftliche Unterstützungswesen, Wachstum und Aktivitäten der SPD und der freien Gewerkschaften wurden aber durch die Ausweisung von 850 bekannten Partei- und Gewerkschaftsführern stark eingeschränkt. Viele deutsche Sozialisten begaben sich mehr oder weniger freiwillig in die Vereinigten Staaten²⁹⁰ und andere europäische Länder – Großbritannien, Frankreich und die Schweiz. In Zürich wurde die illegale Parteileitung und die Redaktion des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie „Der Sozialdemokrat“ eingerichtet.

Der Exodus aus dem Deutschen Reich bedeutete für befreundete Organisationen zugleich die moralische Pflicht zur Unterstützung der exilierten deutschen Sozialisten. So riefen der „Sozialdemokrat“ und alle Blätter der in den Vereinigten Staaten bestehenden Vereinigungen deutscher exilierter Sozialdemokratie dazu auf, die „Verfolgten und Gemaßregelten“ zu unterstützen. Die SPD schickte in Absprache mit der Führung der maßgeblich von deut-

²⁸⁹ A. Geib, Die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1877, CB 1893, Nr. 30, 1-7, hier: 4

²⁹⁰ Ein Viertel der Ausgewiesenen, und eine wachsende Anzahl organisierter Arbeiter, emigrierte aber auch in die Vereinigten Staaten, vgl. Hoerder/Keil, Deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Amerikawanderung, 20. Dieser Umstand rief zunehmend die Kritik der Parteileitung hervor. Bebel

schen Sozialdemokraten begründeten US-amerikanischen „Socialist Labour Party“ (SLP) während der 80-er Jahre bekannte deutsche Sozialisten in die Vereinigten Staaten, um dort zu Spenden für die exilierte SPD aufzurufen.²⁹¹

Such in Europa suchte die SPD die Unterstützung ihrer Mitglieder zu organisieren, weil sie im Schweizer Exil durch zureisende Flüchtlinge und Arbeiter großen finanziellen Belastungen ausgesetzt war. Immer wieder erschienen im „Sozialdemokrat“ Aufrufe, die Fonds für die „Opfer des Sozialistengesetzes“ zu unterstützen.²⁹² Zugleich erschienen in den Jahren 1880/81 wiederholt Warnungen an „Flüchtige Parteigenossen“. Diese könnten ohne „entsprechende Legitimation bekannter Vertrauensleute“ nicht auf Unterstützung rechnen.²⁹³ Zugleich wurden die „arbeitslosen Parteigenossen“ vor dem Zuzug in die Schweiz, wo „Kleinhandwerk und Fabrikarbeit gleichmäßig von einheimischen Arbeitssuchenden überlaufen werden“, gewarnt.²⁹⁴ In Zürich wurde ein Büro eingerichtet, das Kontakt zu den Unterstützungskomitees für die politisch verfolgten Sozialisten der verschiedenen europäischen sozialistischen Parteien aufnehmen sollte.

Auf einer im Oktober 1881 einberufenen internationalen Konferenz, die auf Grund des polizeilichen Verbots von nur neunzehn Delegierten besucht wurde, war als fünfter Tagesordnungspunkt auf Antrag des deutschen Delegierten Braun auch die Organisation einer Wanderunterstützung vorgesehen: Es wäre gut, „in jedem Land ein Bureau für Arbeitsnachweis und Unterstützung von Arbeitslosen, gemäßregelten Sozialisten c. zu errichten“.²⁹⁵ Dabei müßten sich die sozialistischen Parteien miteinander in Verbindung setzen, um „Mißbräuche zu verhindern und die Unterstützungsausgaben nach der Kraft der einzelnen Parteien anzugleichen“.²⁹⁶ Der amerikanische Delegierte McGuire schloß sich diesem Antrag unter Hinweis auf die Überlastung der Mittel der SLP durch den Zustrom flüchtiger deutscher Sozialisten an. Der belgische Delegierte Bertrand unterstützte diesen Antrag unter Hinweis auf die Überlastung der belgischen Fonds durch geflohene Kommunisten und deutsche Sozialisten, was bereits die Belastung der Mitglieder mit einer „Extrasteuer“ mit sich gebracht habe. Die Errichtung eines

kritisierte am Parteitag von St. Gallen (1887) jene Mitglieder, die anstatt kurze Gefängnisstrafen abzubüßen, lieber auswanderten. Vgl. Verhandlungen des Parteitags der SPd (1887), 8-10.

²⁹¹ Hoerder/Keil, Deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Amerikawanderung, 24f.

²⁹² Vgl. z.B. Sd, 1. Februar 1883.

²⁹³ „Flüchtige Parteigenossen“, Sd, 7. Dezember 1881, o.S.

²⁹⁴ „Arbeitslose Parteigenossen“, Sd, 7. Dezember 1881, o.S.

²⁹⁵ „Verbot des sozialistischen Weltkongreß in Chur“, Sd, 6. Oktober 1881, o.S.

²⁹⁶ Ibidem

„Zentral-Unterstützungsbureaus“ wurde letztlich aber wegen der hohen Kosten und des großen zu erwartenden Andrangs für unrealistisch, wegen der gesetzlichen Lage auch für zu gefährlich gehalten.²⁹⁷

Der „Sozialdemokrat“ befaßte sich aus naheliegenden Gründen häufig mit dem Asylrecht, sowie der Ausweisungspraxis verschiedener Staaten gegenüber ausländischen, besonders deutschen, Arbeitern.²⁹⁸ Die chauvinistische Stimmung unter den französischen Arbeitern, unter deren Einfluß auch die Possibilisten stünden, wurde freilich auch zur Polemik gegen die Possibilisten genutzt.²⁹⁹ Dieser „Chauvinismus“ galt dem „Sozialdemokrat“ freilich als Ergebnis der Propaganda kleinbürgerlicher Kreise.³⁰⁰ Über chauvinistische Kampagnen in England und Frankreich wurde häufig berichtet, offenbar nicht zuletzt, um vor dem „Zuzug“ zu warnen.³⁰¹ Die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit wurde immer wieder gefordert. Außerdem wurde 1880 das Auswanderungsverbot der italienischen Regierung als „Brutalität“ gegenüber der unter „drückenden Verhältnissen“ leidenden „Landbevölkerung“ scharf kritisiert.³⁰²

4.2.2. Die „ausländische Konkurrenz“

War die SDAP vor allem mit dem Problem der Wanderungen auf der Flucht befindlicher Mitglieder konfrontiert, sah sich die organisierte Arbeiterschaft Frankreichs bereits vor dem Problem des Zustroms einer vorwiegend aus dem Ausland zuwandernden „industriellen Reservearmee“.

In Frankreich war die Frage „ausländischer Arbeiter“ besonders durch den Zusammenstoß zwischen „arbeitslosen“ und italienischen Arbeitern in Marseille 1881, sowie durch populistischen und nationalistischen Kampagnen, in den Mittelpunkt des „öffentlichen Interesses“ gerückt. Viele französische Gewerkschafts- und Arbeiterführer verhielten sich gegenüber dem „Problem der Einwanderung“ zunächst gleichgültig, vermieden zumindest aber öffentliche Feindseligkeiten gegenüber „Ausländern“.

So hatten anarchistische und sozialistische (guèdistischen) Gewerkschafter in Marseille 1881 mehrere internationalistische Kundgebungen einberufen.³⁰³ Auf einer dieser Kundgebungen

²⁹⁷ Ibidem.

²⁹⁸ Sd, 25. April 1880, o.S.

²⁹⁹ Sd, 11. Juli 1880, vgl. auch Sd, 25. Juli 1880; 1. August 1880, o.S.

³⁰⁰ Vgl. z.B. Notiz, Sd, 10. Januar 1884, o.S.

³⁰¹ Vgl. z.B. „Aus England“, Sd, 6. Mai 1886, o.S.

³⁰² Notiz, Sd, 8. Februar 1880, o.S.

³⁰³ Vgl. auch „Frankreich“, Sd, 30. Juni 1881, o.S.

verwies der bekannte Arbeiterführer Malon³⁰⁴ sowohl auf das große Problem des Lohndrucks durch italienische Einwanderer, die sich „rottenweise zu niedrigen Preisen“ anböten und französische „Familienväter auf's Pflaster“ setzen, als auch die Notwendigkeit internationaler Solidarität, insbesondere auch seitens der italienischen Arbeiter.³⁰⁵

In den frühen 80-er Jahren sollte das Problem der Einwanderung die stark zersplitterte französische Arbeiterbewegung regelmäßig beschäftigen. Dabei ergaben sich zunächst nur geringe Auffassungsunterschiede über die Art des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft. Staatlich garantierte Mindestlöhne wurden sowohl von den revolutionären Guèsdisten, als auch von den „anarchistischen“, zum Teil „lokalistisch“ orientierten Gruppierungen gefordert.

Eine 1881 von den Guèsdisten in Marseille abgehaltene Versammlung beschloß drei Resolutionen, in denen „die Unternehmerklasse einzig und allein für die Konflikte zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten“ verantwortlich gemacht wurde; die Gemeinderäte von Marseille trügen Schuld an der „Verhetzung“ der Arbeiter. Schließlich wurde die Aufhebung des Fremdengesetzes von 1848 und die „Festsetzung eines Tarifs für Handarbeiter, um die unverhohlene Lohnschinderei durch Importierung von italienischen, spanischen ec. Arbeiter zu verhindern“.³⁰⁶

Die Position der Nichtsozialisten wich davon nur unwesentlich ab. Eine Konferenz Pariser Gewerkschafter, darunter vornehmlich Possibilisten, behandelte die Ausländerfrage unter dem Tagesordnungspunkt „Ueber die Arbeitskrisen, ihre Ursachen und die Mittel ihrer Abhilfe“. Man verlangte, „daß zu Gunsten der nationalen Waare Arbeit ein Tarif festgesetzt werde, unter dem fremde Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen“, und dieselben Sanktionen, die Unternehmer dann träfen, wenn sie die Zolltarife umgingen.³⁰⁷

In Frankreich nahm aber seit 1883 der Druck vieler Gewerkschaftsführer in Richtung „protektionistischer“ Lösungen zu, wobei die Frage der Ausländerbeschäftigung auch die Richtungskämpfe innerhalb der in zahlreiche Fraktionen gespaltenen Arbeiterbewegung Frankreichs beeinflusste. Die Parti Ouvrier (P.O.) forderte bereits in ihrem Parteiprogramm 1880 ein „Gesetzliches Verbot an Unternehmer, ausländische Arbeiter zu niedrigerem Lohn zu beschäftigen als französische Arbeiter“³⁰⁸. Dieser Forderung wurde nach der Aufspaltung der P.O. 1883 ein ungemein ausführlicher Katalog an Forderungen allgemeiner Natur angefügt, darun-

³⁰⁴ Uu Malon, vgl. Landauer, *The Origins of Socialist Reformism*, 89.

³⁰⁵ „Frankreich“, Sd, 30. Juni 1881, o.S.

³⁰⁶ „Frankreich“, Sd 28. Juli 1881, o.S.

³⁰⁷ „Frankreich“, Sd, 7. Juni 1883, o.S.

ter die Förderung der sozialistischen Parteien verschiedener Nationen, die Expansion der Gewerkschaften und die Durchsetzung von Tarifen, unter denen Ausländer nicht beschäftigt werden dürften; dies übrigens u.a. „in Erwägung, daß die Natur es gewollt hat, daß die Völker sobald sie auf einem gewissen Standpunkt der Zivilisation angelangt sind, sich vermischen und in der Menschheit aufgehen“³⁰⁹. Eine vornehmlich von Pariser Gewerkschaftern 1883 in Paris einberufene Konferenz hatte neben internationaler Freizügigkeit bereits ein sozialpolitisches Programm gefordert: die Errichtung staatlicher Werkstätten zur Beschäftigung der Arbeitslosen, und dies „in Erwägung,..., daß sie [die Arbeitgeber, d.V.] bereits in Waaren verkörperte [ausländische, d.V.] Arbeit einführen“.³¹⁰

Auf dem ersten Kongreß der von Guèsdisten und Possibilisten gegründeten F.N.S in Lyon (1886), wo die Guèsdisten nach der Vorherrschaft strebten, bildete sich allerdings eine lebhaft Opposition gegen die „kosmopolitischen“ Guèsdisten. So verdamnte der Sekretär der Maler und Anstreicher unter großem Beifall die Unternehmer der Stadt Lyon, die des Namens „Franzose“ unwürdig seien, und ohne jede Scham Ausländer beschäftigten, während französische Steuerzahler unter der Arbeitslosigkeit litten.³¹¹ Die Guèsdisten stießen aber mit dem Versuch, internationalistische Positionen aufrecht zu erhalten, auf große Schwierigkeiten, zumal sie mit den unbeliebten Deutschen gleichgesetzt wurden. Auf einem Kongreß der „französischen Arbeiter“ in Marseille 1886 wurden die Delegierten der sozialistischen Parti Ouvrier ausgepiffen, und laut Polizeibericht „selbst als Ausländer bezeichnet“.³¹² Schließlich drückte auch der sozialistische „Cri du Peuple“ seine Ablehnung gegenüber den „ausländischen Vasallen des Katholizismus“ aus,³¹³ und die Arbeiterpresse mockierte sich über die „Bedürfnislosigkeit“ und die Gewohnheiten der „Ausländer“.³¹⁴

Diese Ablehnung nahm freilich in dem Maße zu, als sich einige Kommunen, meist auf Antrag der „Radikalen“, zur Einführung von Quotenregelungen im Bereich öffentlicher Arbeiten bereit zeigten. Bezeichnenderweise fand innerhalb der französischen Arbeiterbewegung auch eine Kontroverse zwischen den Anhängern der roten Fahne und der Trikolore statt, deren

³⁰⁸ Willard, Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, 97.

³⁰⁹ „Frankreich“, Sd, 7. Juni 1883, o.S.

³¹⁰ „Frankreich“, Sd, 18. Oktober 1883, o.S.

³¹¹ Perrot, Les ouvriers en grève, I/175.

³¹² Ibidem.

³¹³ Cross, Immigrant Workers in Industrial France, 31.

³¹⁴ Perrot, Les ouvriers en grève, I/167-169.

symbolische Signifikanz unter dem Gesichtspunkt der Protektion nationaler Arbeit ausführlich erörtert wurde.³¹⁵

Seit 1883 beriefen die Possibilisten mehrmals internationale Kongresse ein,³¹⁶ von denen die deutsche Sozialdemokratie als unerwünschte „politische“ (nicht-gewerkschaftliche) Gruppierung ausgeschlossen worden war,³¹⁷ während Possibilisten und Trade-Unions nach dem Ausbau des internationalen Arbeiterschutzes (Fabrikgesetzgebung) strebten. Ein 1883 einberufener internationaler Kongreß befaßte sich auch mit der „Regelung der Arbeit ausländischer Arbeiter“, und empfahl – diesmal unter Verzicht auf den „Staat“ –, daß die ausländischen Arbeiter sich den von den nationalen und lokalen Arbeitervereinen aufgestellten Bedingungen fügen sollten.³¹⁸ Ähnlich wurde die Frage der Ein- und Auswanderung auf dem von den Possibilisten 1889 in Paris einberufenen Kongreß auf amerikanischen Antrag behandelt. In der Resolution zu den Zielen der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung hieß es unter Punkt 11, daß kein ausländischer Arbeiter akzeptieren dürfe, unterhalb der von den Landesgewerkschaften festgesetzten Lohnsumme bezahlt zu werden, wie auch kein Unternehmer Ausländer mit geringerer Entlohnung beschäftigen dürfe.³¹⁹

Das Organ der exilierten SDAP, „Der Sozialdemokrat“, der sich am „Arbeiterschutz“ wenig interessiert zeigte, nahm hingegen im Jahr 1883 die Tatsache der Beschäftigung ausländischer Arbeiter zum Beweis, „daß die soziale Frage national nicht gelöst werden kann“.³²⁰ Man verwies auch auf die Gefährlichkeit der Phrase „nationale Arbeit“, deren Bekämpfung eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Presse sei.³²¹ Die Pläne zur Quotierung der Ausländerbeschäftigung bei öffentlichen Arbeiten, oder zur Verschärfung des Fremdenrechts, wurden aber scharf kritisiert.³²²

³¹⁵ Ibidem 179, und Anm. 125, 179.

³¹⁶ Auf einer weiteren, von den Possibilisten 1886 in Paris abgehaltenen internationalen Konferenz, auf der diesmal auch die Trade Unions nur schwach vertreten waren, wurde die Frage der Einwanderung jedenfalls nicht behandelt (siehe „Die internationale Arbeiterkonferenz in Paris“, Sd, 1. September 1886, o.S.) ebensowenig auf einer 1888 in London abgehaltenen internationalen Gewerkschaftskonferenz (siehe „Der internationale Gewerkschaftskongreß zu London“, Sd, 17. November 1888, o.S.).

³¹⁷ Sd, 1. Oktober 1883; 8. November 1883, o.S.; 1. September 1886; 25. Februar 1888, o.S.

³¹⁸ „Frankreich“, Sd, 1. November 1883, o.S.

³¹⁹ Vgl. Seidel/ Koth, Zur Diskussion der Migrationsproblematik (vor 1904), 38.

³²⁰ Notiz, Sd, 19. April 1883, o.S.

³²¹ „Nationale Arbeit“, Sd, 15. September 1888, o.S.

³²² „Aus Frankreich“, Sd, 8. Juli 1887, o.S.; Sd, 13. Oktober 1888, o.S.

4.3. Die Diskussion der Frage der „Ein- und Auswanderung“ in den 80-er Jahren

Trotz des Internationalismus, den die SDAP im Exil bewiesen hatte, fehlte ihr jedes analytische Herangehen an die Frage der Einwanderung. Marx' „allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ erklärte den objektiven Zusammenhang zwischen Expansion des Kapitalismus und „Freisetzung“ der industriellen Reservearmee, zwischen massenhafter Überbevölkerung und Pauperismus. Der (Lohn)-Druck der industriellen Reservearmee auf die aktive Arbeiterbevölkerung, erscheint aber abhängig vom jeweiligen quantitativen Verhältnis von industrieller Reservearmee und aktiver Arbeiterbevölkerung, als ein dem Kapitalismus immanentes Problem.³²³ Schließlich hatte Marx insbesondere am Beispiel der Iren festgehalten, daß die Migrationen der „industriellen Reservearmee“ den Keim der – „ethnischen“, „nationalen“ und „rassischen“ – Spaltung der Arbeiterklasse enthalten.³²⁴

Im Übergang von einer revolutionären zu einer reformistischen Politik ist Kautskys Auffassung über das „der kapitalistischen Produktionsweise spezifische Populationsgesetz“ bemerkenswert. In der 1880 publizierte Broschüre „Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft“, wurde zunächst die malthusianische Theorie der Bevölkerung, die Lasalles „ehernem Lohngesetz“ zugrundeliege, widerlegt.³²⁵ Daran schließt sich die Empfehlung, die Arbeiterbevölkerung solle zwecks Steigerung des Lebensstandards den „Malthusianismus“ [i.e. Geburtenkontrolle, d.V.] betreiben.³²⁶

Wie nachhaltig der Einfluß der Theorie des „ehernen Lohngesetzes“ blieb, zeigt die 1888 unter dem Titel „Das moderne Elend und die moderne Ueberbevölkerung“ erschienene Arbeit des Journalisten Max Schippel.³²⁷ Da die Löhne durch ein „ehernes Gesetz beständig auf des Minimum der Unterhaltsmittel beschränkt“ seien, müßten steigende Produktivität der Arbeit und fortschreitende Dequalifikation der Arbeitskräfte eine wachsende chronische Arbeitslosigkeit bzw. eine „künstliche Überbevölkerung“ schaffen.³²⁸ Das einzige „wirksame

³²³ MEW Bd. 23, 664.

³²⁴ Marx, Engel und Lenin über grenzüberschreitende Migrationen (Zitatensammlung): 31 (MEW Bd. 6, 538; 542; 552); 54 (MEW Bd. 16, 388); 59 (MEW Bd. 16, 480/81); 75 (MEW Bd.21, 254); 95 (MEW Bd. 32, 668-669)

³²⁵ Kautsky, Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft, 29ff; vgl auch ibidem, 30f.: „Hat Lasalle Recht, hätte auch Malthus Recht“.

³²⁶ Kautsky, Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft, bes. 42f; 100ff.

³²⁷ Zu Schippel, vgl. Dictionnaire Biographique – L' Allermagne, 419-420.

³²⁸ Schippel, Das moderne Elend und die moderne Ueberbevölkerung, bes. 223f.; „künstliche Überbevölkerung“, 249.

Heilmittel gegen die moderne Ueberbevölkerung“ sei aber die „Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit“.³²⁹ Dies werde durch den wachsenden politischen Einfluß der Proletarier und ihrer Parteien auf die Gesetzgebung, die die „tiefgehenden Umwälzungen der ganzen Wirthschaftsverfassung“ vorbereite, bald erreicht werden.³³⁰

Diese durch und durch reformistische Sichtweise ließ auch die Frage der Einwanderung als „praktische Frage“ erscheinen.³³¹ Diese bestand, nicht anders als in den populistischen Kampagnen, in der Gegenüberstellung der Arbeitslosigkeit am inländischen Arbeitsmarkt und der Ausländerbeschäftigung. Hingegen fehlt jede Erörterung des Widerspruchs von internationalem Markt für Waren und Kapital und nationalem Markt. Entsprechend ungenau wurden auch die Begriffe „internationale“ oder „ausländische Konkurrenz“ verwendet. Sie bedeuten einmal die Konkurrenz der Ausländer gegen „Inländer“ (auf dem Arbeitsmarkt der „Inländer“), dann die Konkurrenz des Auslands gegen eine Nation oder die Konkurrenz der Nationen auf dem Weltmarkt.

Ein im ersten Jahrgang der „Neuen Zeit“ 1883 publizierter Artikel, in dem die Frage aufgeworfen wird, „inwieweit die Einwanderung fremder Arbeiter eine gefährliche Lohnkonkurrenz für das französische Proletariat hervorruft“,³³² kommt zum Resultat, daß der Zustrom der Ausländer sich keineswegs nur dort bemerkbar mache, „wo der Zufluß der fremden Arbeiter ein stärkerer ist und sich als kompakte Masse auf einen bestimmten Gewerbszweig wirft“, sondern gleichbedeutend mit einer allgemeinen Herabdrückung des Arbeitslohns sei.³³³ Die quasi natürliche Folge der „Lohnkonkurrenz“ zwischen Arbeitern verschiedener Nationalität sei aber eine Animosität der Einheimischen gegen die Konkurrenten, „die sich von Zeit zu Zeit in Reibungen und Krawallen Luft macht“.³³⁴

Eine so umfassende Wirkung des Einflusses des ausländischen Lohndrucks wurde von einer Minderheit bezweifelt, die die internationale Expansion des Kapitals berücksichtigte. So wies ein Londoner Korrespondent des „Sozialdemokrat“ vor dem Hintergrund der chauvinistischen Kampagnen in Großbritannien darauf hin, daß eine nennenswerte Konkurrenz zwischen

³²⁹ Ibidem, 242.

³³⁰ Ibidem, 252.

³³¹ Vgl. der Titel des Artikels von Lerda, Eine praktische Frage, NZ 17/I (1898/99) 746.

³³² Pseud. „Von einem Franzosen“, Die Einwanderung ausländischer Arbeiter in Frankreich und die daraus folgende Lohnkonkurrenz“, NZ 1 (1883) 549.

³³³ Ibidem 552.

³³⁴ Ibidem 548.

In- und Ausländern nur in einigen Arbeitszweigen existiere.³³⁵ Wenn aber eine „Konkurrenz“ durch Ausländer vorhanden sei, „dann erntet England nur, was es gesät hat, und ich glaube nicht fehlzuschlagen, wenn ich sage, daß die Auswanderung der deutschen Arbeiterbevölkerung *theilweise* auf Konto der erdrückenden englischen Konkurrenz zu sehen ist“.³³⁶

Gegenüber dieser vorsichtigen, unter dem Deckmantel eigener Anschauung angemeldeten Kritik, verbreiteten sich aber als Symptom nationalistischer Einflüsse bestimmte, eindeutig der herrschenden Ideologie entlehnte Motive in der Arbeiterpresse:

Nicht genug, daß unsere französische Bevölkerung nicht in dem gleichen Maß wie die der übrigen europäischen Länder zunimmt, wird sie doch von einem Elemente durchsetzt, das von allen Seiten hereindringt und uns nach und nach zu verschlingen droht.³³⁷

Häufig wurde auch auf den „falschen“ Patriotismus der Unternehmer hingewiesen; dies scheint zugleich die Existenz eines „echten“ Patriotismus „des Volkes“ zu implizieren:

Die eigenen Landeskinder treibt man zur Auswanderung und importiert dafür Sklaven, und hinterher brüstet man [„die deutschen Agrarier“, d.V.] sich mit seiner echt deutsch-nationalen Gesinnung.³³⁸ Unser Unternehmertum sucht dem deutschen Volke vorzuschwindeln, daß es dem Vaterlande treu ergeben sei. Sobald es sich aber um den Profit ... handelt, da werfen diese Nationalitätsschwärmer ihren Patriotismus über Bord und die deutschen Arbeiter und Steuerzahler auf's Pflaster, um an deren Stelle ausländische Arbeiter zu beschäftigen, die willfähriger sind und aus denen sich ein größerer Mehrgewinn herauspressen lässt.³³⁹

Geringe Zweifel herrschten auch unter Sozialisten darüber, daß die Konkurrenz der implizit als „unassimilierbar“ ausgewiesenen „Kulis und Neger“ ausgeschaltet werden müsse. Das Verbot der Einreise von Kontraktarbeitern, das in den Vereinigten Staaten 1882 auf Druck der Gewerkschaften durchgesetzt worden war, wurde auch von vielen europäischen Sozialisten begrüßt. Jules Guède lobte das Gesetz unter dem Titel „La vraie solidarité“: „Nous croirions faire injure à notre prolétariat en admettant un seul instat qu'en pareille occurence il put hésiter à agir de meme“.³⁴⁰ Auch im ersten Jahrgang der „Neuen Zeit“ wurde die Furcht vor der „internationalen Konkurrenz“ geschürt:

³³⁵ „Aus England“, Sd, 22. April 1886, o.S.

³³⁶ Ibidem

³³⁷ „Die Einwanderung ausländischer Arbeiter in Frankreich und die daraus folgende Lohnkonkurrenz“, NZ 1/II (1883) 550.

³³⁸ Sd, 22. Juli 1886, o.S.

³³⁹ „An die Leiter der örtlichen Gewerkschafts-Kartelle“, CB 1893/Nr.19, 79-80, hier: 80.

³⁴⁰ Le Citoyen vom 7.5.1882, zit. nach Perrot, Les ouvriers en grève, 1/ 178.

Es ist seit Jahren ein Lieblingsgedanke der europäischen Kapitalisten, die widerstandsfähigen Arbeiter Europas durch die gefügigen und unglaublich billigen Inder und Chinesen zu ersetzen. In Amerika ist dieser Versuch bereits gemacht worden und hat zu einem Gesetze geführt, welches die Einfuhr der chinesischen Arbeiter beschränkt. Für Europa ist dergleichen noch nicht nötig geworden, dafür droht hier dem Arbeiter eine andere Gefahr: Der Kuli macht ihm in China und Indien selbst Konkurrenz. Namentlich in Indien entwickelt sich eine Industrie, welche mit Hilfe der niedrigen Löhne und der billigen Rohprodukte zunächst die Ausfuhr Europas erfolgreich beschränkt, aber in nicht langer Zeit auch, gleich den amerikanischen, den europäischen Markt mit ihren billigen Erzeugnissen überschwemmen wird.³⁴¹

Auch dieses Problem erfuhr im „Sozialdemokrat“ eine differenziertere Behandlung:

Wahrlich ein merkwürdiger Kreislauf der Dinge, daß der indische Maschinenweber von heute an unseren armen Landsleuten das Elend und die Vernichtung rächen sollte, welche unsere Konkurrenz in billigen und schlechten Stoffen während der letzten fünfzig Jahre den indischen Handwebern zugefügt.³⁴²

Dies widerlege zugleich den angeblich „wunderthätigen Einfluß, den Kolonialpolitik auf die Lage der arbeitenden Klasse“ ausübe.³⁴³

Ansätze einer systematischeren Theorie der kapitalistischen Expansion wurde in Abgrenzung gegen Bernsteins Revisionismus erst nach der Jahrhundertwende entwickelt.³⁴⁴ Bereits in den 80-er Jahren zeichnete sich aber bezüglich des „Lohndrucks des Auslands“ die Spaltung zwischen einer „rechten“ und einer „linken“ Fraktion ab. Wiesen die Rechten auf die Gefahr des Lohndrucks durch billige Arbeitskräfte, wendeten sich die Linken anderen Schwerpunkten zu. So hob in den 70-er Jahren Bebel,³⁴⁵ nach der Jahrhundertwende Lenin³⁴⁶ den Zwang zur Emigration auf Grund der ökonomischen Not hervor. In Zusammenhang damit wurde auch der „modernisierende Charakter“ – die Unterordnung immerer größerer Massen von agrarischen Populationen unter das Kapital und ihr wachsender Widerstand gegen das kapitalistische System – als positive Wirkung der Migrationen betont.³⁴⁷

³⁴¹ „Die Konkurrenz der indischen Kulis“, NZ 1 (1883), 198f.

³⁴² „Indische Konkurrenz“, Sd, 14. August 1884, o.S.; dies im übrigen nach „Justice“, dem Organ der britischen Socialdemocratic Federation (SDF).

³⁴³ „Indische Konkurrenz“, Sd, 14. August 1884, o.S.

³⁴⁴ Vgl. z.B. Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung, 7.

³⁴⁵ Vgl. Elsner/Tschernowa, August Bebel über die Migrationen von Arbeitskräften, 508.

³⁴⁶ Vgl. Elsner, Zu den Bemerkungen von Marx, Engels und Lenin, 83-84; Marx, Engels und Lenin über grenzüberschreitende Migrationen (Zitatensammlung), 104-120.

³⁴⁷ Vgl. Elsner/Tschernowa, August Bebel über die Migrationen von Arbeitskräften, 508; Elsner, Zu den Bemerkungen von Marx, Engels und Lenin, bes. 84, vgl. auch Marx, Engels und Lenin über

Schließlich machte man es sich zur Aufgabe, zur internationalen Solidarität aufzurufen. Formulierte aber Bebel 1872 noch optimistisch: „Der Kapitalist fragt nicht, ob die Arbeiter, die er ausbeutet, deutsch oder schwedisch, englisch oder französisch sprechen, weiße oder schwarze Hautfarbe besitzen. Gegen diese internationale Ausbeutung der Arbeiterklasse gibt es nur ein Mittel: die internationale Verbrüderung der Ausgebeuteten“³⁴⁸, so mußte Lenin 1917 mit Bezug auf den amerikanischen Arbeitsmarkt feststellen: „Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter Arbeitern privilegierte Kategorien abzusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten“³⁴⁹.

4.4. Die Zweite Internationale

4.4.1. Die internationale Wander- und Streikunterstützung

Ein von den Guèsdisten 1889 in Paris einberufener internationaler Kongreß, mobilisierte im Gegensatz zum schlecht besuchten internationalen Kongreß der Possiblisten 391 Delegierte aus 20 Ländern. Unter Führung der deutschen Sozialdemokratie, wo die Gewerkschaften zunehmend an Einfluß gewonnen hatten, wurde die Ansicht, daß Arbeitsgesetzgebung und Sozialismus nicht zusammengehen könnten, widerlegt, und ein Programm internationaler Arbeitergesetzgebung formuliert. Das gemeinsame Vorgehen der Arbeiterbewegungen verschiedener Länder in der Sozialpolitik wurde durch eine 1896 beschlossene Resolution unterstützt, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter eine ebenso wichtige Aufgabe sei wie die Herbeiführung einer Revolution.³⁵⁰

Des Problems der Arbeitsmigrationen nahmen sich nun aber vornehmlich die Internationalen Gewerkschaften an, die auf Grund der internationalen Wanderungen ihrer Mitglieder Interesse am Ausbau eines internationalen Unterstützungssystems hatten.

Bereits der erste Kongreß der Zweiten Internationale wurde von Gewerkschaftern zu ersten Gesprächen genützt,³⁵¹ und noch 1889 konstituierte sich der „Internationale Verband der Drucker“. Bis 1900 bildeten sich siebzehn „internationale Berufssekretariate“, die ihren Sitz in

grenzüberschreitende Migrationen (Zitatensammlung), 104 (W.I.Lenin, Werke Bd. 3, 247; 249); 108f (W.I. Lenin, Werke Bd. 19, 447-50).

³⁴⁸ Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd.1, 191, zit. in Elsner/ Tschernowa, August Bebel über die Migrationen, 508.

³⁴⁹ Marx, Engels und Lenin über grenzüberschreitende Migrationen (Zitatensammlung), 115 (Lenin, Werke Bd. 22, 288).

³⁵⁰ Lorwin, Die Internationale der Arbeit, 27.

³⁵¹ Vgl. Protokoll des III. Internationalen Metallarbeiter-Kongresses in Paris (1900), 55.

einer der „nationalen“ Zentralen der Mitgliedsgewerkschaften nahmen. Ihre Aufgabe sahen sie insbesondere in der Schaffung einer internationalen Wander- und Streikunterstützung, in der Übermittlung von Informationen über Berufsverhältnisse in verschiedenen Ländern sowie in der Förderung des Aufbaus von Gewerkschaften in weniger entwickelten Ländern.³⁵²

Das 1893 gegründete „internationale Auskunftsbureau“ der Metallarbeiter hatte entsprechend einer 1891 in Brüssel gefaßten Resolution, daß Ausländer zu gleichen Bedingungen in Gewerkschaften aufzunehmen seien wie Einheimische,³⁵³ in seinen Statuten festgelegt:

Die organisierten Metallarbeiter sind bei ihrem Betreten eines mitbeteiligten Landes als Mitglieder der betreffenden Landesorganisation zu behandeln, insofern nachweisbar konstatiert werden kann, dass dieselben mindestens sechs Monate hindurch die Beiträge bezahlt haben.³⁵⁴

Dieses Bedürfnis nach internationaler Reiseunterstützung ergab sich daraus, daß Arbeiter durch „Not und vollständige Isolierung zum Streikbruch“ getrieben würden.³⁵⁵ Daher war die Einführung einer internationalen Wanderunterstützung bzw. die Organisation des unentgeltlichen Übertritts von einer Landesorganisation in die andere ein großes Anliegen: Die „hauptsächliche Funktion“ des einzurichtenden internationalen Büros sollte in der Übermittlung der „Aufrufe (sic) in Streikangelegenheiten“ liegen.³⁵⁶

Das „internationale Auskunftsbureau“ der Metallarbeiter mit Sitz in Winterthur, seit 1904 in Stuttgart, wurde zuerst vorwiegend von britischen Gewerkschaften in Anspruch genommen, um Auskünfte über Löhne, Arbeitsbedingungen und den Stand der industriellen Entwicklung am Kontinent, besonders im Deutschen Reich zu erhalten.³⁵⁷ Erst nach 1900 wurde das Auskunftsbureau öfter und anlässlich von Streiks der angeschlossenen Gewerkschaften in verschiedenen Staaten genützt. In der Periode 1900 bis 1904 wurden in zwölf Fällen Auskünfte über Tarifverträge, Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen in verschiedenen Ländern und Branchen erteilt, und in acht Fällen wurde Streikunterstützung gewährt, die in fünf Fällen mit „Zugzugswarnungen“ verbunden wurden.³⁵⁸

³⁵² Vgl. allgemein Lorwin, Die Internationale der Arbeit, 37f.

³⁵³ Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter- Kongresses in Brüssel, 1891, 19.

³⁵⁴ Ibidem, 9.

³⁵⁵ Der fünfte internationale Metallarbeiter- Kongress (Brüssel 1907), 35.

³⁵⁶ Internationaler Metallarbeiter- Kongress in Zürich. Protokoll- Auszüge (1893), 7.

³⁵⁷ Protokolle de III. Internationalen Metallarbeiter- Kongresses, 57f.

³⁵⁸ Der vierte Internationale Metallarbeiter-Kongress in Amsterdam (1904), 26ff.

Aufgrund der ökonomischen Stagnation in England häuften sich nun auch die Beschwerden über britische „Streikbrecher“, deren Zuzug zum Beispiel während einer Aussperrung auf den norwegischen Werften befürchtet wurde: „Bitte die englischen Kollegen zu warnen, Arbeit in den Bergenschen Schiffsbaufirmen aufzunehmen. 2000 Mann im Ausstand“.³⁵⁹

Während in der Frage der internationalen Wander- und Streikunterstützung immer wieder Verbesserungen diskutiert wurden, verursachte insbesondere der britische „Aliens Act“ (1905), der von britischen Trade-Unions unterstützt wurde, Unstimmigkeiten, da die Briten die Unterstützungsansprüche ausländischer Gewerkschaftsmitglieder nicht gelten lassen wollten. Dies bildete den Beginn verstärkter nationaler Spannungen, die auch auf dem fünften internationalen Metallarbeiterkongreß Ausdruck in einer Debatte über die Beitragshöhe fanden: Die Deutschen und Österreicher wünschten hohe Beiträge, um eine weitergehende Hilfe für die organisatorisch unterentwickelten Gebiete, und die Agitation nicht klassenbewußter Arbeiter zu finanzieren. Dies wurde von den Briten, die hinter der Abschließung der britischen Grenzen standen, scharf kritisiert. Sie insistierten darauf, daß die Aufgabe einer Internationalen Organisation ausschließlich im Informationsaustausch nationaler Gewerkschaften über Löhne und Arbeitsbedingungen bestehe.³⁶⁰ Deutsche und österreichische Delegierte zeigten sich darüber verärgert, „dass grösstenteils in England und auch in Amerika ihre bisherige Zugehörigkeit zur Organisation nichts gelte“³⁶¹. Die Empörung über den Ausschluß der (organisierten) ausländischen Arbeitskräfte in England war umso größer, als daß sich inzwischen die Beschwerden über britische Streikbrecher allgemein gehäuft hatten.³⁶²

Der französische Delegierte trat für niedrige Beiträge ein, weil die noch schlecht organisierten französischen Metallarbeiter für eine internationale Organisation nur geringes Verständnis aufbrächten, und eher für die Beendigung der Ausländerbeschäftigung einträten. Die „Ausländerfrage“ werde gerade in der Juweliergruppe erwogen, „und wir, die Mitkämpfer haben viel Mühe, unsere Kameraden an der Anwendung der direkten Aktion gegen die ausländischen Arbeiter zu hindern“.³⁶³ Ein weiterer französischer Delegierter beschwerte sich über ein Problem, mit dem die deutschen Gewerkschaften selbst konfrontiert waren: man sehe die „deutschen Kameraden“ nur, wenn sie ihr Reisegeld holten, „später aber nicht wieder“³⁶⁴.

³⁵⁹ ibidem, 30

³⁶⁰ Der fünfte Internationale Metallarbeiter- Kongress (Brüssel 1907), 42

³⁶¹ ibidem, 34

³⁶² vgl. auch Lorwin, Die Internationale der Arbeit, 42

³⁶³ Der fünfte Internationale Metallarbeiter- Kongress (Brüssel 1907), 41

³⁶⁴ ibidem, 44

Auf dem siebten Kongreß des internationalen Metallarbeiterbundes (1913) wurde wieder der „Ausbau der gegenseitigen Beziehungen“ -der Reise- und Streikunterstützung zum einen, der Verhinderung des Zuzugs im Falle von Streiks und Arbeitslosigkeit zum anderen³⁶⁵, verhandelt. Der Bericht des internationalen Sekretärs, Schlicke, weist neuerlich auf die nationalen Spannungen zwischen den Mitgliedsgewerkschaften. Schlicke schlägt als Gegenmittel Tarifverträge oder Absprachen über ein Lohnminimum vor, die „gewiss zu einer Regelung des Zuzugs und damit der Lohnverhältnisse beitragen“. Man dürfe sich aber keinesfalls „gegen den Reisetrieb der Kollegen wenden“. Dieser sei „unter den germanischen Völkern sehr stark. Er führt sie in fremde Länder, lehrt sie Land und Leute kennen und wirkt dadurch kulturfördernd und erzieherisch“³⁶⁶.

Mit denselben Fragen – Streik- und Wanderunterstützung, sowie Informationsaustausch über industrielle Entwicklung, Löhne und Arbeitsmarktlage – befaßte sich auch die 1903 gegründete „Internationale Zentralstelle gewerkschaftlicher Landeszentralen“.³⁶⁷ Während sich seit 1907 der Trend zum Protektionismus verstärkte, blieb vor 1914 die Schaffung internationaler Gewerkschaftskartelle eine der wichtigsten Tätigkeiten der IZGL. 1913 wurde auf der Konferenz „der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen“ freilich beklagt, daß der Übertritt der Mitglieder in Gewerkschaften anderer Länder „in den Vereinigten Staaten und in England längst nicht überall zutrifft“.³⁶⁸

Unter Nutzung internationaler Gewerkschaftsbeziehungen erschienen selbst im „Correspondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften“ noch ab und zu „Zuzugswarnungen“. So wurden die deutschen Arbeiter 1906 gewarnt, sich in die Schweiz zu begeben, wo Ausländer vor die Wahl zwischen Streikbruch und Ausweisung gestellt, in jedem Fall aber brutal mißhandelt würden. In der Schweiz herrsche auch ein Fremdenhaß, so „daß der deutsche Arbeiter geradezu als ein Mensch minderer Rasse betrachtet wird“.³⁶⁹

Die deutschen Arbeiter werden daher eindringlich gewarnt, sich in diesem und dem kommenden Jahr nach Zürich zu begeben. Wenn sie fern bleiben, helfen sie am besten, der Hochflut der wildesten Reaktion in kürzester Zeit eine feste Schranke zu setzen.³⁷⁰

³⁶⁵ Der VII. Internationale Metallarbeiter-Kongress (Berlin 1913), 3; 25ff.

³⁶⁶ Ibidem, 17.

³⁶⁷ Seit 1913 „Internationaler Gewerkschaftsbund“ (IGB).

³⁶⁸ Achte Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen (Zürich 1913), 30.

³⁶⁹ CB 1906, Nr.39, 667-678, hier: 668.

³⁷⁰ Ibidem.

4.4.2. Zusammenarbeit der Gewerkschaften Italiens und des deutschen Reiches: die „Agitation fremdsprachiger Arbeiter“

Die SDP und die Freien Gewerkschaften bekämpften vor 1914 alle Maßnahmen, die geeignet waren, ausländische Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt in eine rechtlose Position zu bringen. Die Gewißheit, daß dies die Organisierung der Arbeiter erschweren mußte, und sie als „billige und willige“³⁷¹ Konkurrenten am Arbeitsmarkt gefährlicher mache, führten zur strikten Ablehnung und zum Protest der Gewerkschaften gegen die staatliche Ausweisungs- und Fremdenpolitik.³⁷² In Frankreich hatten die sozialistischen Gewerkschaften gegen das Fremdenrecht und alle seine Verschärfungen protestiert.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands bekämpften das Reichsvereinsgesetz von 1908, das die Einschränkung der Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisation von Ausländern einschloß, und gegen die Einführung des Legitimationskartenzwanges in den Jahren 1907 und 1908.³⁷³ Auf verschiedenen Partei- und Gewerkschaftskongressen wurde immer wieder gegen den Inlandslegitimationszwang protestiert. Sozialdemokratische Abgeordnete im deutschen Reichstag verwiesen immer wieder auf die widersprüchliche Ausweisungspraxis der Regierung, und traten im Reichstag für die Erleichterung der Naturalisierung ein.

Eine weitere Quelle des Ärgernisses bildete der Ausschluß der „Ausländer“ aus den Sozialversicherungssystemen. Wurden in das 1879 im Deutschen Reich beschlossene Krankenversicherungsgesetz auch ausländische Arbeitskräfte einbezogen, sah das 1899 im Reichstag verhandelte Invaliden- und Altersversicherungsgesetz den Ausschluß der Ausländer vor.³⁷⁴ Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag legte Protest dagegen ein:

Wenn die deutsche Industrie das Bedürfnis hat, Ausländer, die oftmals Lohndrücker sind, zu beschäftigen, dann hat sie auch die Verpflichtung, wenn diese Arbeiter in der deutschen Industrie Schaden erleiden, sie zu entschädigen; die deutsche Industrie muß diese Arbeiter unterstützen.³⁷⁵

³⁷¹ „Bbillig und willig“ („willfährig“) ist regelmäßiges Beiwort, wenn von „Ausländern“ die Rede ist.

³⁷² Zum Gesamtzusammenhang, vgl. Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 160-166; Zur Stellung der Arbeiterbewegung zur Ausländerbeschäftigung, 5-54; Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 161-166; Tschernowa, Zur Haltung der Freien Gewerkschaften, 12-16.

³⁷³ Vgl. z.B. Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 73-75; vgl. auch Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD (Berlin 1908), 142; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD (Leipzig 1909), 134.

³⁷⁴ Grunwald, Die fremden Arbeitskräfte, NZ 25/2 (1906/07) 581-91, hier: 581f.

³⁷⁵ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD (Leipzig 1909), 451.

Während keine Zugeständnisse seitens des Staats erreicht werden konnten, griffen die Freien Gewerkschaften zur Milderung des Problems des „Streikbruchs“ auf das Mittel der Agitation der ausländischen Arbeiter zurück. Besonderen Druck, eine „Agitation“ fremdländischer Arbeiter zu organisieren, wurde von jenen Gewerkschaften ausgeübt, die von Zustrom ausländischer und fremder Arbeiter stark betroffen wurden, so die Verbände der Bauberufe und Bergarbeiter.

Dabei wurde zuerst die Agitation der Italiener in Angriff genommen, auch weil die italienische Gewerkschaftsbewegung sich als besonders kooperationsbereit zeigte.³⁷⁶ Am dritten Kongreß der Zweiten Internationale 1893 hatte die italienische Delegation unter dem Tagesordnungspunkt „Internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften“ von sich aus eine Kooperation mit den den auswärtigen Gewerkschaften angeboten. Im Rahmen der beschlossenen „internationalen Vereinbarungen zwecks gegenseitiger Hülfeleistung“³⁷⁷ ersuchte die italienische Delegation

alle sozialistischen Parteien und Arbeiterverbände ... im Hinblick auf den unheilvollen Einfluss, den die eingewanderten nicht organisierten Arbeiter auf die Arbeiterorganisationen ausüben, indem sie die Löhne drücken, Streiks verhindern und manchmal zu heftigen Konflikten Veranlassung geben – die sozialistische Idee unter den Einwanderern zu verbreiten und bietet ihrerseits jede den italienischen Sozialisten zur Verfügung stehende Hilfe an, bestehe sie in der Erteilung von Informationen über die italienische Emigration, bestehe sie in der Verbreitung von entsprechenden in der Sprache der Emigranten geschriebenen Broschüren oder in einer speziellen in den Hauptzentren der Emigration zu veranstaltenden Propaganda.³⁷⁸

Dies bildete den Beginn einer Zusammenarbeit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und den italienischen Gewerkschaften. Die Freien Gewerkschaften unterstützten den Ausbau italienischer Gewerkschaften finanziell und beteiligten sich an den Agitationskampagnen für die italienischen Arbeiter in Norditalien und im Deutschen Reich. Darüberhinaus wurden Verbindungen mit den Gewerkschaften Österreichs aufgenommen und die Agitation österreichischer Gewerkschaften in Norditalien finanziell unterstützt.³⁷⁹ Zugleich wurde auch die Agitation tschechischer und in- und ausländischer polnischer Arbeiter betrieben.

³⁷⁶ Zum Geamtzusammenhang, vgl. auch Seidel, Arbeiterimmigration unter imperialistischen Bedingungen, 56-59.

³⁷⁷ Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Zürich (1893) 48f; 50.

³⁷⁸ Ibidem, 50f.

³⁷⁹ Seidel, Arbeiterimmigration unter imperialistischen Bedingungen, 57.

Im Correspondenzblatt wurde im Frühjahr 1893 „auf Ersuchen des Dresdner Gewerkschaftskartell“ ein Aufruf „an die Genossen an *allen* Orten“ veröffentlicht, den Bedarf für Flugblätter „in polnischer, böhmischer und italienischer Sprache“ mitzuteilen, um in Zukunft „die fremden Arbeiter, welche heute von dem Unternehmerthum als Lohndrücker gegen den heimischen Arbeiter benutzt werden, über ihre Lage aufzuklären und sie zum Klassenbewußtsein zu wecken, damit sie selber für unsere Sache gewonnen werden“.³⁸⁰ In den folgenden Monaten und Jahren erschienen immer wieder Notizen im Correspondenzblatt, worin gebeten wurde, den Bedarf an fremdsprachigen Flugblättern anzumelden. Diese waren oft mit Mahnungen verbunden, sich um diese wichtige Angelegenheit zu kümmern.³⁸¹ Diese Aktionen bildeten den Auftakt zu größeren Agitationskampagnen nicht nur in „Ost- und Westpreußen“ zur Einbeziehung der polnischen Bevölkerung, sondern auch unter den italienischen Wanderarbeitern. Zwischen 1892 und 1896 wurden nach dem Bericht der Gewerkschaftskommission insgesamt 875.000 von der Generalkommission herausgegebene Flugblätter „An die vom Ausland kommenden Arbeiter“ („Agli operai provenienti dall’ estero occupati in Germania“; „Odezwa do robotnikow z obczyzny za praca doe Niemiec przybywajacych“) verteilt.³⁸² In den Jahren 1896 bis 1899 ging die Zahl der fremdsprachigen Flugblätter auf 33.000 zurück³⁸³, da die Generalkommission mittlerweile zur Herausgabe fremdsprachige Gewerkschaftsblätter übergegangen war. 1898 entschloß sich die Generalkommission auf Anfrage der Bauberufe zur Herausgabe eines italienischen, 1899 auf Anfrage der Bergarbeiter zur Herausgabe eines periodisch erscheinenden polnischen Blattes.³⁸⁴

Dabei wurden die polnischsprachigen Publikationen bald gegenüber den italienischen vernachlässigt. Das bereits beschlossene polnischsprachige Blatt erschien nicht, da der schlesische Bergarbeiterverband meldete, daß in Schlesien bereits ein zweisprachiges, polnisch-deutsches Organ vorhanden sei. Geringe Berücksichtigung erfuhren die Mehrzahl der ausländischen Migranten, die polnischen Saisonarbeiter/innen. Nachdem auch die deutschen Landarbeiter sehr schlecht organisiert blieben,³⁸⁵ sah der erst 1909 gegründete Landarbeiterverband seinen Schwerpunkt in der Gewinnung der seßhaften, einheimischen Landarbeiter. Die Agi-

³⁸⁰ „Heranziehung ausländischer Arbeiter zur Gewerkschaftsbewegung“, in CB 1893, Nr.15, 9.

³⁸¹ Vgl. z.B. „Zur Agitation“, CB 1894, Nr.4, 15f; „An die örtlichen Gewerkschaftskartelle und Vertrauensleute der Gewerkschaften“, CB 1895, Nr.18, 80.

³⁸² Vgl. Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 169.

³⁸³ Protokoll des dritten Kongresses der Gewerkschaften, 28.

³⁸⁴ Ibidem, 35.

³⁸⁵ Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, Anm.147, 171.

tation der polnischen Landarbeiter wurde unter den gegebenen Bedingungen als Verschwendung an Kosten und Energie betrachtet.³⁸⁶

Seit 18. Juni 1898 gab die Generalkommission ein „Fachorgan“ für die italienischen Arbeiter im „Maurer-, Bildhauer-, Steinarbeiter-, Stukkateur- und Zimmergewerbe heraus,³⁸⁷ das zu einem Drittel von der Generalkommission, zu zwei Dritteln von den Verbänden der Berufsgruppen, wo die meisten Italiener beschäftigt waren, finanziert wurde.³⁸⁸ Das Agitationsorgan „L’operaio italiano“ setzte sich die Aufgabe, die als „Streikbrecher“ gefürchteten italienischen Arbeitsmigranten über die Lage am Arbeitsmarkt, die Arbeitslöhne und über Streiks „aufzuklären“. Das erhoffte Ergebnis war der Anschluß der italienischen Migranten in die Gewerkschaften, „damit auch sie von der Ausbeutung durch die Unternehmer, welche sich in so mannigfacher Art dartut, nach Kräften geschützt sind“.³⁸⁹ Wurde 1895 noch gemeldet, daß die „Wirkung“ der Flugblätter „unbekannt“ sei,³⁹⁰ meldete man bezüglich der Agitation italienischer Arbeiter seit 1902 Erfolge. Die Flugblätter übten „erzieherische Wirkung“ auf die italienischen Arbeiter aus: „Allerdings äußert sich dieser Einfluß folgerichtig darin, daß diese Arbeiter sich weniger geneigt zeigen, im Dienste des Unternehmertums ihren deutschen Arbeitsbrüdern bei Lohnkämpfen in den Rücken zu fallen“.³⁹¹ Anlässlich der Verhängung des Inlandslegitimationszwangs 1908 wurde optimistisch angemerkt, daß die Gewerkschaftsbewegung auch die „jahrzehntelang so reichfließende Quelle italienischer Streikbrecher nahezu abgeschnitten“ habe.³⁹²

Die Organisierung der italienischen Migranten wurde durch Agitationsreisen nach Italien zusätzlich unterstützt. Auf Wunsch der italienischen Gewerkschaftszentrale wurden in den Wintermonaten alljährlich zwei italienischsprachige, deutsche Gewerkschaftsagitatoren dorthin geschickt, um in den Heimatorten die Wanderarbeiter „aufzuklären“. Der italienische Bauarbeiterverband organisierte 1907/1908 insgesamt 400 Vorträge in nord- und zentral-italienischen Provinzen; in einigen Eisenbahnstationen, wo viele Migranten passierten, wurden Infor-

³⁸⁶ Vgl. ausführlich Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 171ff.

³⁸⁷ „Mitteilung“, CB 1898, Nr.25, 152.

³⁸⁸ Protokoll des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (Frankfurt/Main 1899), 35.

³⁸⁹ „L’Operaio Italiano“ vom 18.6.1898, zit. nach Seidel, Arbeiterimmigration unter imperialistischen Bedingungen, 57; „L’Operaio Italiano“ erschien im Sommer vierzehntägig, im Winter dreiwöchig; sein Erscheinen und der Inhalt wurde seit 1898 (CB 1898/Nr.25, 152) regelmäßig im CB angekündigt.

³⁹⁰ „An die örtlichen Gewerkschaftskartelle und Vertrauensleute der Gewerkschaften“, CB 1895/Nr.18, 80.

³⁹¹ Protokoll der Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften (Stuttgart 1902), 53.

mationsstellen eingerichtet, „in denen den Auswanderern Länder angegeben werden, in denen weder Streik noch Boykott“ herrscht“.³⁹³

Schließlich suchten die Freien Gewerkschaften auch Mittel zu finden, die Ströme der ausländischen Arbeitsmigrationen durch die Nutzung internationaler gewerkschaftlicher Beziehungen und der „Kartellverträge“ zu lenken. Ein Anlaß zu einem solchen Vorgehen bildete die Einführung des Inlandlegitimationszwangs (1908). Im „Correspondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften“ wurde darauf hingewiesen, daß wegen der diskriminierenden Regelung eine Verweigerung von Arbeitsverträgen ins Deutsche Reich ratsam sei; da aber die Migranten durch Hunger getrieben würden, müsse man eben die gewerkschaftliche Organisation unter den ausländischen Arbeitern fördern.³⁹⁴ Zu diesem Zweck sandte die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften an die gewerkschaftlichen Landeszentralen von Österreich-Ungarn, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Italien, Holland, Dänemark, Norwegen, Finnland und der Schweiz im März 1910 ein Rundschreiben, worin über das Wesen des Legitimationskartenzwangs und der Deutschen Feldarbeiterzentrale „aufgeklärt“ wurde. Man warnte vor der verstärkten Werbetätigkeit der Feldarbeiterzentrale und vor Vertragsabschlüssen mit deren Agenten. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen wurden gebeten der Werbetätigkeit der Feldarbeiterzentrale mit allem Nachdruck entgegenzutreten³⁹⁵. Die Erfolge solcher Bemühungen waren freilich mäßig, und bildeten einen Vorwand, um ein Vorgehen gegen ausländische Arbeiter/innen zu fordern.

³⁹² Ausländische Arbeiter als Lohnsklaven, CB 1908, Nr.2, 17-19, hier:19; diese Auffassung entsprach keineswegs den Überzeugungen vieler Funktionäre der Gewerkschaften der Bauberufe, vgl. Kap. 4.

³⁹³ Notiz, CB 1908, Nr.12, 74-78, hier: 75; 78.

³⁹⁴ Notiz, CB 1908, Nr.2, 17-19.

³⁹⁵ Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 167.

5. DER „PROTEKTIONISMUS DER ARBEITER“

5.1. Initiativen der organisierten Arbeiterschaft zum Ausschluß ausländischer Arbeitskräfte

5.1.1. Die Tendenz zur Regulierung der Einwanderung: „Inländervorrang“ und Quotenregelung

Solange die Ziele der Arbeiterbewegung einzig im Umsturz der bestehenden Verhältnisse lagen, trat sie gegen jede Form des „Chauvinismus“ auf. Solange dies aber der Fall war, blieb sie eine Minderheit. Die Politik der Gewerkschaften zielte andererseits prinzipiell auf den „Arbeiterschutz“ und die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Diese Politik strebte vor allem nach der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft, um soziale Forderungen auf staatlicher und/ oder kommunaler Ebene durchzusetzen. Dies war die Politik der Trade-Unions, die sich seit langem auf „Arbeiterschutz“ und Wahlrecht konzentrierten. In Frankreich konzentrierte sich das Interesse der organisierten Arbeiterschaft auf den Einfluß in der Kommunalpolitik, während das Mißtrauen gegen den Staat ausgeprägt blieb. Die deutschen freien Gewerkschaften entwickelten sich seit der zweiten Hälfte der 1890-er Jahre weg vom Gedanken gewerkschaftlicher Selbsthilfe, hin zu einem sozialpolitischen Programm, das sich primär an den Staat richtete, der seinerseits eine gewisse Kooperationsbereitschaft signalisiert hatte. Durch die staatlichen Angebote in Sachen „Sozialpolitik“, wurde der „reformistische“ Trend ausgehend von den Gewerkschaften eine bedeutende internationale Strömung, die sich freilich nur allmählich gegenüber den revolutionären sozialistischen Parteien und den syndikalistischen Gewerkschaften Frankreichs durchsetzte.

Der Internationalismus blieb vor dem ersten Weltkrieg die offiziell vorherrschende Linie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen Frankreichs und des Deutschen Reichs; dennoch entwickelte sich in dem Maße, wie die organisierte Arbeiterschaft Einfluß in öffentlichen Institutionen gewann, „spontan“ die Forderung, Ausländer von einem Bereich fernzuhalten, wo Kommunen und Staat Einfluß auf die Beschäftigung nehmen konnten: im Bereich öffentlicher Arbeiten.

Französische Arbeiter und einige Gewerkschaften gingen in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre zunehmend in organisierter Weise gegen die Ausländerbeschäftigung vor, und der „Schutz der nationalen Arbeit“ wurde in Marseille und anderen Städten an die erste Stelle der Aktion gesetzt. Gefordert wurde die Vorbehaltung der öffentlichen Arbeiten für die Steuer-

zahler und die gesetzliche Verankerung einer Zehn-Prozent-Quote an ausländischen Arbeitskräften in privaten Betrieben.³⁹⁶

Während die Durchführung der Quotenregelung in privaten Betrieben nur als freiwillige Beschränkung der Arbeitgeber erfolgte, wurde die Errichtung der Arbeiterbörse unter Heranziehung der Arbeitervertreter in Paris 1886 zum Zeichen des guten Willens der Behörden gegenüber den Wünschen der Arbeiterschaft. Der im folgenden Jahr im Pariser Gemeinderat deponierte Antrag der Radikalen, alle ausländischen Arbeiter von öffentlichen Arbeiten auszuschließen oder sie – im Sinne der Schutzzollpolitik – eine Kopfsteuer entrichten zu lassen,³⁹⁷ wurde im Mai 1888 positiv entschieden. Der Gemeinderat beschloß, daß nicht mehr als 10% der bei städtischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter Ausländer sein dürften.³⁹⁸ Im folgenden Jahr erließ auch die Regierung ein Dekret, in dem die Ausländerbeschäftigung bei öffentlichen Arbeiten des Staates auf 10 Prozent beschränkt wurde.³⁹⁹

Die Zehn-Prozent-Quote wurde richtungsweisend für viele Kommunen, wo Arbeitervertreter und Arbeiterbörsen in der Verwaltung einen starken Stand hatten. Als Ergebnis des Druckes der Gewerkschaften auf die Stadtverwaltungen wurde in den beginnenden 90-er Jahren, besonders im Jahr des Erlasses des neuen Fremdenrechts 1893, in zahlreichen Städten die Zehn-Prozent-Quote für Ausländer eingeführt, und zugleich der Großteil der Ausländer aus dem öffentlichen Dienst entlassen.⁴⁰⁰ Nach der Jahrhundertwende wendeten sich nicht nur die Konservativen, sondern auch Sozialisten an den Staat, um eine gesetzliche Regelung der Quotierung und der Einwanderung zu erreichen, wobei die Sozialisten auch gleichen Lohn für gleiche Arbeit forderten.⁴⁰¹ Die Regierung lehnte aber die Restriktionen ab, und sie wurden in einer Reihe von Dekreten für nichtig erklärt.⁴⁰²

In Großbritannien hatten sich die Trade Unions schon in den 1890-er Jahren unmittelbar an den Staat gewandt, um die Einschränkung der Einwanderung zu fordern. Unter dem Eindruck der insbesondere gegen jüdische „Paupers“ gerichteten Stimmung gegen „foreign labour“, hatte ein Gewerkschaftskongreß 1890 die Einbringung einer Gesetzesvorlage beschlossen, demgemäß den Unternehmern die Anwerbung von Ausländern bei Gefängnisstrafe

³⁹⁶ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/176.

³⁹⁷ „Aus Frankreich“, *Sd*, 8. Juli 1887.

³⁹⁸ *Notiz*, *Sd.*, 12. Mai 1888.

³⁹⁹ Prato, *Le Protectionnisme Ouvrier*, 194.

⁴⁰⁰ Perrot, *Les ouvriers en grève*, I/176.

⁴⁰¹ Cross, *Immigrant Workers in Industrial France*, 30f.

⁴⁰² *Ibidem*, 32.

untersagt werden sollte.⁴⁰³ Die Trade Unions eigneten sich bereits ein Jahr nach der ersten konservativen Vorlage (1895) über ein Verbot der Einwanderung für Mittellose dieselbe Forderung an,⁴⁰⁴ lehnten allerdings die im Entwurf vorgesehene Beschränkung des politischen Asylrechts ab.⁴⁰⁵

Die Unions übten aber auch Druck auf die sozialdemokratische ILP aus, die sich dem „Wohlstandschauvinismus“ ebenfalls anschloß. Ein Broschüre der ILP aus dem Jahre 1904 belehrte etwa darüber, daß „der Fremde die Fähigkeit“ habe, „sich mit einer billigeren und niedrigeren Lebenshaltung zu begnügen und zufrieden unter ärmlichen Verhältnissen zu leben“. „Der Fremde“ könne sich jederzeit dem britischen Gemeinwesen anschließen, „aber er hat kein Recht, nach England einen Lebensstandard einzuführen, wie er den Muschiks von Rußland und Polen eigen ist“.⁴⁰⁶ Schließlich stimmte 1905 auch die Mehrheit der Labour-Abgeordneten für den von den Konservativen 1903 eingebrachten „Aliens Act“, während eine Minderheit der ILP sowie die „Socialdemocratic Federation“ gegen den „Aliens Act“ agitierten⁴⁰⁷.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte vor 1890 Beschränkungen der Freizügigkeit immer wieder kritisiert; besonders die „zünftlerische“ Politik der britischen Trade Unions galt als unrühmliches Beispiel einer „unsozialistischen“ Arbeiterpolitik. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes wuchsen aber nicht nur die Einwanderung ins Deutsche Reich, sondern auch der Einfluß der Gewerkschaften in der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie im Parlament.

Wenn auch der Internationalismus stets die offizielle Linie der stark zentralisierten deutschen Sozialdemokratie blieb, so wurde doch eine Quotenregelung im Bereich der öffentlichen Arbeiten von Sozialdemokraten einzelner Berufsgruppen, oder im kommunalen Rahmen, immer wieder gefordert. Vorstöße in dieser Richtung erfolgten von einzelnen Gewerkschaftsverbänden, besonders der Verbände der Bauarbeiter, Hafen- und Bergarbeiter, sowie von einzelnen Initiativen, besonders von sozialdemokratischen oder liberalen Kommunalverwaltungen.

Im Baugewerbe wurde immer wieder die Befürchtung geäußert, daß die ausländischen Arbeitskräfte durch die niedrigen Lohnforderungen für die Arbeitgeber, besonders auch im

⁴⁰³ Prato, *Le Protectionnisme Ouvrier*, 210.

⁴⁰⁴ Prato, *Le Protectionnisme Ouvrier*, 212 und Anm. 288, *ibidem*.

⁴⁰⁵ Vgl. Schippel, *Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung*, 51

⁴⁰⁶ H.Snell, *The Foreigner in England. An Examination of the Problem of Alien Immigration* (London 1904), o.S., zit nach Schippel, *Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung*, 58.

⁴⁰⁷ Schippel, *Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung*, 59; Anm.1, 51.

Bereich öffentlicher Bauten, attraktiv sein könnten. Die Durchsetzung kommunaler Quotenregelungen wie in Frankreich wurde offenbar schon in den 1880-er Jahren gefordert. Der Vorschlag, die vorrangige Beschäftigung „deutscher Maurer“ bei öffentlichen Bauten zu fordern, wurde auch auf einer 1891 tagenden Maurerkonferenz in Sachsen abgelehnt. Eine vom späteren Sekretär der Maurergewerkschaft, Max Paepflow, eingebrachte Resolution, die die „Aufklärung und Belehrung“ der „ausländischen Arbeitskollegen“ empfahl, setzte sich noch einmal durch.⁴⁰⁸

Anlässlich der Heranziehung von hundert Arbeitern aus der Provinz Posen auf Grund der saisonalen Knappheit der Arbeitskräfte bemerkt das Organ des Maurerverbandes „Der Grundstein“ 1892:

Es ist eine Lüge, daß in Schleswig-Holstein nicht hundert Arbeiter aufzutreiben gewesen wären, während Tausende feiern müssen. Der Unternehmer hat die Arbeiter deshalb aus Posen geholt, weil er sie billiger haben kann“. Ein sozialdemokratisches Lokalblatt nahm im selben Jahr Zusammenstöße zwischen polnischen und ansässigen Arbeitern zum Anlaß, die Magistrate aufzufordern, „dafür Sorge zu tragen, daß der Unternehmer, dem in diesem Jahr der Kanalbau übertragen wird oder ist, zunächst die Zahl der hiesigen Arbeitslosen berücksichtigt ...“⁴⁰⁹

Im Jahr der Durchsetzung der Zehn-Prozent-Quote für Ausländer in Frankreich, 1893, begann sich auch der deutsche Maurerverband die Forderung nach dem Schutz der „nationalen Arbeit“ in verhaltener Weise zu eigen zu machen.⁴¹⁰ 1894 wurde zum Problem der Arbeitslosigkeit angemerkt:

Es ist bemerkenswerth, daß bei dem „nationalen Werk“ der Erbauung des Nord-Ostsee-Kanals meist fremde Arbeiter: *Russen, Polen, Italiener*, beschäftigt werden; nicht etwa deshalb, weil sie besser oder ebenso gute Arbeiter sind als die Deutschen – denn dann hätten wir dagegen selbstverständlich nicht das Geringste einzuwenden – sondern weil sie *billiger* und *anspruchloser* sind als Deutsche. ... Das ist der „Schutz der nationalen Arbeit“, soweit die deutschen *Arbeiter* dabei in Betracht kommen (Hervorhebung im Original).⁴¹¹

Im Jahre 1904 wurde ein „Notwehrrecht“ der „einheimischen Arbeiter ... gegen die sie mehr und mehr bedrängende Konkurrenz der unorganisierten italienischen Arbeiter“ postuliert. Dies widerspreche keineswegs dem Prinzip des Internationalismus; vielmehr sei es mit diesem Prin-

⁴⁰⁸ Vgl. Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 72.

⁴⁰⁹ Der Grundstein 1892/Nr.11, 3, zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 72.

⁴¹⁰ Vgl. Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 72

⁴¹¹ Der Grundstein, 1894/Nr.28, 4, zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 72.

zip durchaus zu vereinbaren, „... daß die dem vaterländischen Gemeinwesen zu schweren Lasten verpflichteten Arbeiter in erster Linie ein Recht auf Arbeit und Brot innerhalb dieses Gemeinwesens haben“.⁴¹² In mehreren Artikeln wandte sich der „Grundstein“ dagegen, daß während der Krise Arbeitskräfte im Ausland angeworben würden.⁴¹³

Selbst der Berliner „Vorwärts“ hatte 1902 zur Ablehnung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, die erstmals auch von einem sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten worden war, bemerkt:

Lehnen wir auch die öffentliche Arbeitslosenversicherung ab, so heißt das keineswegs, daß wir den Leiden der Arbeitslosen theilnahmslos gegenüberstehen sollten. Es bleibt ja immer noch die Forderung der Vornahme öffentlicher Arbeiten, und wir vergeben der internationalen Solidarität gar nichts, wenn wir die Forderung erheben, daß bei öffentlichen Arbeiten, insbesondere Nothstandsarbeiten, zunächst die einheimischen Arbeiter berücksichtigt werden.⁴¹⁴

Verschiedenen Initiativen der Arbeiter richteten sich besonders während ökonomischer Rezessionen an die Stadtverwaltungen und an die Regierung, um die Durchsetzung eines Vorrangs der Ortsansässigen, seltener der „Inländer“, zu erwirken.

Der sozialistische Bergarbeiterverband im Ruhrgebiet kritisierte in Zeiten der Rezession immer wieder die Einstellung ausländischer und „fremder“ Arbeiter, die als „billige Arbeitskräfte und Streikbrecher“ von Unternehmern und Agenten in dieses Gebiet geschleppt würden⁴¹⁵. So machte der Verband 1902 eine Eingabe an das Handelsministerium, um verschiedene Beschwerden vorzubringen, darunter im Hinblick auf die während der Krise erfolgenden Lohnreduktionen und Kündigungen: „Diese Krisenfolgen würden die Belegschaften als etwas Unabänderliches hinnehmen, wenn nicht gleichzeitig *weitere Anlegungen fremdländischer Arbeiter erfolgten*“.⁴¹⁶

⁴¹² Der Grundstein, 1904/Nr.35, S.346f., zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 55.

⁴¹³ Vgl. Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 70; Anm.86, ibidem.

⁴¹⁴ Vorwärts 1902, Nr.184 zit. nach Molkenbuhr, Die Frage der Arbeitslosenversicherung, 729. Dazu bemerkte Molkenbuhr im übrigen sarkastisch: „Darnach gilt das internationale Solidaritätsgefühl nur für Zeiten der Prosperität. Der Hereinbruch einer Krise suspendiert es.“ Er schlug die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung gerade auch im Hinblick auf ausländische Arbeiter vor, die sich, wenn von öffentlichen Arbeiten ausgeschlossen, am Arbeitsmarkt billiger anbieten müßten als einheimische Arbeiter (ibidem, 730).

⁴¹⁵ „Die Unfallgefahr ausländischer Arbeiter“, NZ 23/II (1905/06) 791- 92; hier: 791.

⁴¹⁶ Deutsche Bergarbeiter-Zeitung 14, 1902/Nr. 16, zit. in Tenfelde, Bis vor die Stufen des Throns, Nr. 237, 400-405. hier: 401

Auf dem Altenburger Verbandstag 1900 beschloß dann der sozialdemokratische Bergarbeiterverband einstimmig eine Resolution, in der die Generalversammlung

[...] die Reichsregierung [ersucht], den Import fremdsprachiger ausländischer Arbeiter in die Bergreviere zu verbieten, da die Unkenntnis der deutschen Sprache im Bergbau die Gefahr wesentlich erhöht. Auch die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter gegenüber den Versicherungskassen legt uns nahe, im Interesse der Ausländer gegen die weitere Anlegung der selben zu protestieren.⁴¹⁷

1901 berichtete das „Correspondenzblatt“ über eine Petition an die Aachener Handelskammer, in der gefordert wurde, in der Textilindustrie die einheimischen Arbeiter mehr zu berücksichtigen.⁴¹⁸ In Sachsen wurde 1901 auf lokaler Ebene die Beendigung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter durch die organisierten Bauarbeiter gefordert.

Während der Rezession der Jahre 1900/1902 sollten sich nun auch in gewerkschaftlichen Kreisen, besonders der Baubranche, der Textilbranche und im Bergbaubereich die Stellungnahmen zugunsten einer Bevorzugung inländischer Arbeiter häufen. 1904 beantragten sozialdemokratische Kommunalvertreter in Chemnitz die Regelung des Submissionswesens in der Form, daß Bewerber von städtischen Arbeiten dann ausgeschlossen sein sollten, „wenn sie nichtdeutsche Gehilfen und Arbeiter in erster Linie beschäftigen“⁴¹⁹.

Im Jahr 1905 faßten auch die organisierten Seeleute einstimmig eine Protestresolution dagegen, „dass auf deutschen, vom Reich subventionierten Schiffen Chinesen als Lohndrücker angestellt werden und dadurch die deutschen Seeleute, die Steuerzahler sind, von der Arbeit von diesen Schiffen immer mehr verdrängt werden“. Der Zentralvorstand wurde

⁴¹⁷ Zit. nach Schippel, Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte, SM 12/2 (1906) 739; das Argument, daß sprachunkundige Bergleute eine Gefahr im Bergbau darstellten, war im übrigen geradz international verbreitet: in den 90-er Jahren hatten britische Bergleute immer wieder für den Ausschluß der Arbeiter, „die die englische Sprache und die Grubenordnungen nicht verstehen zwecks Erhöhung der Grubensicherheit“ plädiert, (Arbeiterimport und Einwanderungsgesetze, CB 1908, Nr.31:481-84, hier: 483; vgl. auch Schippel, Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung, 63. Das Argument, daß der Sprache unkundige Bergleute eine Gefahr darstellten, war keinesweges neu und originell; 1898 hatte der Christliche Gewerkschaftsverband im Ruhrgebiet in einer Petition an das Preußische Abgeordnetenhaus zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse auf die Gefahren des Einsatzes von Ausländern, „die der deutschen Sprache nicht mächtig sind“, hingewiesen und bemerkt, daß „in der Einstellung ausländischer Arbeiter mehr Vorsicht walten“ müsse (siehe Der Bergknappe 3. 1898/Nr.8, zit. nach Tenfelde, Bis vor die Stufen des Throns, 391-395; hier: 394).

⁴¹⁸ CB 1901/Nr.1, 13, zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 69.

⁴¹⁹ Chemnitzer Volksstimme vom 25.3.1904 zit. nach Schippel, Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte, 738.

beauftragt bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, „dass die Verwendung von farbiger Mannschaft auf subventionierten Schiffen verboten wird“.⁴²⁰

Die Forderung eines Primats der Ortsansässigen oder Inländer wurde damit begründet, daß die inländischen Arbeiter gegenüber dem Gemeinwesen „schwere Lasten“ in Form von Steuern und Kriegsdienst zu tragen hätten. Da die öffentlichen Bauten aus den Steuern der inländischen Arbeiter finanziert würden, dürfe Arbeitssuchenden aus der Gruppe der Steuerzahler eine Beschäftigung dort nicht verwehrt werden.

Die unmittelbaren Erfolge solcher Initiativen waren freilich mäßig. Allerdings wurde ein „Inländervorrang“ auch von der preußischen Bürokratie in Erwägung gezogen, und nach 1908 nahm dies auch anlässlich des Ausbaus des „Kaiser-Wilhelm-Kanals“ auch konkrete Formen an. Ohne unmittelbares Zutun der lokalen Sozialdemokratie hatte die Stadt Berlin für öffentliche Notstandsarbeiten 1904/05 das Prinzip aufgestellt, daß solche Personen zu bevorzugen seien, die ihren Wohnsitz seit längerer Zeit in der Stadt hätten.⁴²¹

Sozialdemokratische Initiativen verlangten mitunter auch die Heranziehung ausländischer Arbeiter zu außerordentlichen Kommunalsteuern. In Sachsen wurde sie etwa zum „Ausgleich“ der angeblichen Steuervorteile der „böhmischen“ Pendler, die nur unter die böhmische Besteuerung fielen, gegenüber den Sachsen gefordert.⁴²² Der Migrationspezialist der deutschen Sozialdemokratie, Max Schippel, bemerkte im Hinblick auf solche Initiativen, es handle sich um ein Vorgehen „unterhalb der Grenzen des organisierten gewerkschaftlichen und politischen Strebens“.⁴²³

5.1.2. „Inländervorrang“ und deutsche Sozialdemokratie

Diese Initiativen der Basis wurden von der stark zentralisierten deutschen Sozialdemokratie als Gesamtorganisation durchaus nicht gefördert. Abgesehen von der Annahme einer „modernisierenden“ Wirkung der Migrationen beruhte der offizielle Internationalismus aber auf dem Prinzip, daß die Wanderungen organisierter Arbeiter gemäß dem Prinzip von Angebot und Nachfrage gesteuert werden könnten, wobei traditionell das Recht auf Seßhaftigkeit der ortsansässigen und verheirateten Arbeiter anerkannt wurde.

⁴²⁰ Vgl. Schippl, Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte, 741; vgl. auch Fischer, Die Verwendung von Kuli, 796.

⁴²¹ Schippl, Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte, 738.

⁴²² Ibidem.

⁴²³ Ibidem, 737.

Unter dem Einfluß nationalistischer Ideologie, die sich allerdings in reale Diskriminierung der ausländischen Arbeitsmigranten umsetzte, wurden auch in der Sozialdemokratie Ausländerbeschäftigung und Arbeitslosigkeit regelmäßig einander gegenübergestellt. 1910 wurde im Correspondenzblatt unter „Vorschläge einer Organisation der Arbeitslosenversicherung“ darauf hingewiesen, daß die Produktion Schwankungen aufweise, die die Arbeiterklasse umso härter trafen, „als diese an Zahl von Jahr zu Jahr ständig zunimmt und durch den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte noch erheblich vermehrt wird.“⁴²⁴ Im Rahmen eines Referats vor dem Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1913 zur Arbeitslosenfürsorge bemerkte der Referent Johannes Timm:

Die Massenabwanderung der Arbeitslosen aus Österreich-Ungarn in die angrenzenden Länder trägt wesentlich auch zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland bei... . Wir wissen ja, daß der Kapitalismus überall die billigen und in Not befindlichen Arbeiter heranzieht, um die einheimischen Arbeiter zu drücken.⁴²⁵

Die Generalkommission legte der 1910 in Paris tagenden „Internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ ein Gutachten zur Organisation der Arbeitsvermittlung vor. Hier wurde hervorgehoben, daß die Arbeitslosigkeit durch den „Import“ ausländischer Arbeiter verschärft werde. In der ostelbischen Landwirtschaft finde eine „Verdrängung der heimischen Landarbeiter statt“.⁴²⁶ Das Correspondenzblatt wies 1908 auf eine Gefahr hin, die auch nationalistische Ökonomen an die Wand gemalt hatten:

Auch dem preußischen Landwirtschaftsministerium scheint die Ahnung zu dämmern, daß das Verdrängen der deutschen Landarbeiter durch Ausländer die deutsche Landwirtschaft in dem Moment der Katastrophe zutreibt, sobald der Strom zu versiegen beginnt.⁴²⁷

Diese Einschätzung überschneidet sich mit jener, die auch in der preußischen Bürokratie hinsichtlich staatlicher Sozialpolitik zunehmend eine Rolle zu spielen.

Seit den 90-er Jahren, besonders aber im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, kam die preußische Bürokratie angesichts des Landarbeitermangels zum Schluß, daß eine bessere regionale und sektorale Verteilung der Arbeitskräfte notwendig, und vermittels öffentlicher Arbeitsnachweise zu organisieren sei. Die staatliche Organisation des Arbeitsmarktes sollte durch die Zurückdrängung der privaten Anwerbung und der als „nationalpolitisch“ gefährlich be-

⁴²⁴ CB 1910/Nr.37, 573-582, hier: 573.

⁴²⁵ Timm, Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge. Referat ... erstattet auf dem Parteitag zu Jena 1913, 2.

⁴²⁶ CB 1910, Nr.37, 573; Nr. 38, 589.

⁴²⁷ Die „Deutsche Feldarbeiterzentrale“ im Jahre 1911, CB 1911, Nr.29, 425- 26, hier: 426.

trachteten Ausländerbeschäftigung erfolgen. Der Nutzen würde darin bestehen, daß Kosten für öffentliche Notstandsarbeiter zur Beschäftigung der Arbeitslosen eingespart werden konnten⁴²⁸. So formulierte der Nationalökonom Wilhelm Stieda 1910:

Was die Unternehmer daran [an Ausländerbeschäftigung, d.V.] gewinnen, verliert die Gesamtheit, indem die Armenlast und die Sorge für die beschäftigungslos Bleibenden wächst. Am besten wäre es, Fremde nur nach Maßgabe des Umstands ins Land hineinzulassen, als inländische Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Das ist aber schwer zu kontrollieren. ... Bei der heutigen Zerfahrenheit der Arbeitsnachweise ist an keiner Stelle das Arbeitsangebot oder die Nachfrage zentralisiert und da kann es in der Tat vorkommen, daß man in gutem Glauben, keine einheimischen Kräfte zur Verfügung zu haben, Ausländer beruft.⁴²⁹

Während aber die Zentralisierung des Arbeitsnachweises nur langsame Fortschritte machte, begann die preußische Regierung erstmals 1898 einen Beschäftigungsvorrang für Inländer in Erwägung zu ziehen. Dies wurde zu jenem Zeitpunkt im „Vorwärts“ kritisiert, wenn auch unter der üblichen Gegenüberstellung von Ausländerbeschäftigung und Arbeitslosigkeit:

Der Minister für öffentliche Arbeiten nimmt sich ein Beispiel an den häßlichen Praktiken des privaten Unternehmertums, welches durch Heranziehung ausländischer Arbeiter, welche billiger und gefügiger sind, einheimische Arbeiter brotlos machen und das Lohnminimum der deutschen Arbeiterschaft auf den Stand weniger entwickelter Volksstämme herabdrücken. ... Dem Agrarier wird dadurch ein neues Mittel zuteil, seine Arbeitskräfte bei allerniedrigsten Löhnen zu beschäftigen, indem dieselben aus der besser gelohnten Arbeit bei Staatsarbeiten verdrängt werden.⁴³⁰

Bereits drei Jahre später, in der Rezession 1900/1902, beurteilte die gewerkschaftliche Presse allerdings verschiedene Initiativen in den süddeutschen Staaten, die sich mit der Arbeitslosigkeit und einem Beschäftigungsvorrang für ortsansässige oder inländische Arbeitskräfte, befaßten, relativ günstig. So wurde der auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gefaßte Beschluß des bayrischen Landtags, bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten vornehmlich inländische Arbeiter zu berücksichtigen, aber auch Ausländer zu gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, im Correspondenzblatt als wesentlicher Fortschritt des Arbeiterschutzes bezeichnet.⁴³¹

⁴²⁸ Vgl. Bade, „Preußengänger und Abwehrpolitik“, 108ff.

⁴²⁹ Anton Knoke, *Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland* (Leipzig 1911), 92 zit. nach Bade, „Preußengänger und Abwehrpolitik“, 109f.

⁴³⁰ Zit. nach Dohse, *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat*, 56.

⁴³¹ Vgl. Forberg, *Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik*, 73.

Im Zuge der öffentlichen Diskussion um den Inländervorrang in Preußen (1907–1913), und entsprechend der wachsenden Wählerschaft der Sozialdemokratie wurden Initiativen zur Durchführung eines Inländervorrangs besonders im Jahr 1908 positiv beurteilt. Dies hing deutlich mit einer verstärkten Anpassung an die öffentliche Meinung zusammen, nachdem die SPD bei den Reichstagswahlen 1907 deutlich an Stimmen verloren hatte.

Eine Petition des Zweigsverbands Karlsruhe an den badischen Landtag (1907), die das Badische Parlament auffordert, sich bei der badischen Regierung für eine Vorrangstellung von einheimischen gegenüber ausländischen Arbeitern einzusetzen, wurde vom Grundstein 1908 als Erfolg präsentiert; „... die Arbeiterorganisationen (haben) nach und nach doch soviel Einfluß bei den Behörden gewonnen..., daß sie nicht mehr so leicht übergangen werden können“⁴³². Selbst die Generalkommission, die sich in dieser Frage, wenn überhaupt, im allgemeinen sehr zurückhaltend äußerte, kritisierte im selben Jahr im Correspondenzblatt die Ausländerbeschäftigung bei öffentlichen Bauten: „25.000 Ausländer werden bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt in einer Zeit, da Hunderttausende deutsche Arbeiter ohne Arbeit sind, das heißt in der Tat den einheimischen Arbeitern das Brot aus der Hand schlagen“.⁴³³

1910 drang die inzwischen im Reichstag verhältnismäßig stark vertretene Sozialdemokratie zusammen mit dem unter anderem für den „sozialen Frieden“ zuständigen Innenministerium anlässlich des Erweiterungsbaus des Nord-Ostsee-Kanals auf einen Vorrang der Inländer⁴³⁴. Dieser wurde schließlich zwar festgelegt, allerdings aus Kostengründen selbst von den zuständigen Behörden umgangen.⁴³⁵

Die impliziten oder expliziten Forderungen nach Einschränkung und Inländervorrang wurden aber auch jetzt nicht in einheitlicher Form vertreten, und blieben durchaus umstritten.⁴³⁶ Während einzelne Sektionen einen Vorzug für den Inländer- oder Ortsansässigenvorrang zeigten, und sich damit auf kommunaler Ebene außerhalb Preußens manchmal auch durchsetzten, traten zum Beispiel die Gewerkschaften Bremens 1913 für die Einbeziehung aller Bauarbeiter, einschließlich der ausländischen, in tarifvertragliche Regelungen ein.⁴³⁷ Eine grundsätzliche Diskussion dieser Frage wurde allerdings niemals geführt. Wohl aber wurden

⁴³² GST 1908, Nr.49, 531 und Anm. 109, zit. in Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 74.

⁴³³ „Ausländische Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten“, CB 1908/Nr.31:486-87, hier: 486.

⁴³⁴ Vgl. Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 58.

⁴³⁵ Ibidem, 58ff.

⁴³⁶ Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 72.

⁴³⁷ Vgl. Barfuß, „Gastarbeiter“ in Nordwestdeutschland, 191.

Auseinandersetzungen, oft auf lokalen Gewerkschaftskongressen, ob nun Ortsansässige oder Inländer zu bevorzugen seien, meist zugunsten der Ansässigen entschieden.⁴³⁸

Nur in einem einzigen Exemplar sozialdemokratischer Propaganda wurde aber die Xenophobie bewußt zur Agitation der Arbeiterschaft eingesetzt. In einer von Parvus (Alexander Helphand) verfaßten Broschüre wurde auf den Mangel an Patriotismus der deutschen (Bau-)Unternehmer hingewiesen, die das „deutsche Vaterland“ längst an das Kapital verkauft hätten; in Lothringen würden sämtliche deutschen Arbeiter entlassen,

während die ausländischen weiter arbeiten konnten. Deutschland hat also Arbeit für die Ausländer und kein Brot für die einheimischen Arbeiter. ... Es ging dann auch durch die Presse, daß ein alter Staatsbeamter angesichts dieses Vorfalls sich, wie folgt geäußert habe: „Da soll der Teufel noch staatsbürgerliche Gesinnung behalten, wenn man ein solches Unrecht ansehen muß, wenn deutsche Familienväter, die gerne arbeiten möchten, ausgesperrt werden, während man die Ausländer in Arbeit behält! Das ganze Volk müßte sozialdemokratisch werden!“⁴³⁹

5.2. Internationale Sozialpolitik

Der Begriff der internationalen Freizügigkeit der Arbeitskräfte blieb in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg von zentraler Bedeutung. Was unter „internationaler Freizügigkeit“ zu verstehen sei, wurde aber nach der Jahrhundertwende starken Modifikationen unterzogen. 1893 hieß es im Organ der Gewerkschaftszentrale:

Über unsere Stellung zu den aus dem Auslande kommenden Arbeitern brauchen wir kaum ein Wort zu verlieren. Wir beabsichtigen nicht, die ausländischen Arbeiter von unserem Arbeitsmarkt fern zu halten, sondern verlangen, daß dort, wo solche beschäftigt werden, ihnen der von den deutschen Arbeitern geforderten Lohn und eine menschenwürdige Behandlung zu Theil wird.⁴⁴⁰

Während der Abscheu gegen die menschenunwürdige Behandlung der Kontraktarbeiter zweifellos ehrlich war, wurden diese doch in gefährliche Nähe zu jenen Kontraktarbeitern gerückt, deren Ausschließung vom Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten in den 1880-er Jahren allgemein positiv beurteilt worden war. Die Anwerbung der ausländischen Arbeiter wurde fast ausschließlich als „Sklavenhandel“ bezeichnet.⁴⁴¹ Häufig wurde darauf hingewiesen, daß die

⁴³⁸ Vgl. Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 74.

⁴³⁹ Parvus-Helphand, Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeitskämpfe, 25.

⁴⁴⁰ An die Leiter der örtlichen Gewerkschafts- Kartelle, in: CB 1893, Nr.19, 79-80, hier: S.80.

⁴⁴¹ Vgl. z.B. Sd, 28. Juli 1887.

ausländischen Arbeitskräfte durch ihre rechtliche Lage „Heloten und Sklaven“ gleichgestellt seien, wodurch die einheimische Arbeiterschaft zutiefst geschädigt werde:⁴⁴²

Wogegen sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wenden, das ist der Import von Arbeitern, die durch vorher geschlossene Kontrakte zu Sklaven gemacht worden sind. ... Den freien Arbeiter begrüßen sie als Kameraden: sie sind vollständig frei vom Zünftlertum, sie wollen ihn nicht fernhalten, sondern ihr Bestreben ist darauf gerichtet, ihn zum Kampfgenossen zu gewinnen.⁴⁴³

Gegen die Tatsache der Verwandlung der freien Lohnarbeiter in „Lohnsklaven“, wie dies insbesondere durch eine Regelung wie den preußischen Inlandslegitimationszwang geschah,⁴⁴⁴ konnten die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder aber trotz ihrer Bemühungen um die Gleichstellung in- und ausländischer Arbeitskräfte gar nichts ausrichten. Das Organ des Maurerverbandes, „Der Grundstein“, hatte bereits 1890 eine „durchgreifende ... internationale Arbeitsgesetzgebung“, sowie einen größeren Einfluß der Gewerkschaften bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zur Abschwächung der „internationalen Konkurrenz“ gefordert:

Dabei kann sich's nicht darum handeln, ausländische Arbeitskräfte grundsätzlich fernzuhalten, sondern lediglich darum, zu verhindern, daß dieselben maßloser Ausbeutung sich preisgeben und für Löhne arbeiten, bei denen der einheimische, seinem Vaterlande verpflichtete Arbeiter nicht bestehen kann.⁴⁴⁵

Schritte in dieser Richtung unternahm dann auch die italienische Regierung, die seit 1901 eine nationalistische Emigrationspolitik verfolgte. In wachsenden Ausmaß forderte die italienische Auswanderungsbehörde Garantien gegen die Diskriminierung „ihrer“ Staatsbürger, sowie über die Löhne und Arbeitsbedingungen italienischer Migranten.⁴⁴⁶ Ein „Sozialvertrag“ zwischen den Regierungen Italiens und Frankreichs wurde im „Correspondenzblatt“ 1904 als erster Schritt in Richtung einer „internationalen Sozialpolitik“ begrüßt. Dieser stelle einen sozialpolitischen Fortschritt dar, wie ihn die deutsche Regierung nicht vorweisen könne- und dies, obwohl sich im Deutschen Reich über eine Million Ausländer zeitweilig oder dauernd aufhielten. Daher sollten alle Staaten verpflichtet werden

⁴⁴² Vgl. Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 163; beachte die Debatten über die widersprüchliche Ausweisungspraxis im Deutschen Reichstag, vgl. Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat, 73-75.

⁴⁴³ Reichstagsdebatte, 27.Dez. 1908, vgl. Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 166.

⁴⁴⁴ Ausländische Arbeiter als Lohnsklaven, CB 1908, Nr.2, 17-19, hier:17.

⁴⁴⁵ Der Grundstein (GST) 1890, Nr.10, S.; 1891, S.1f zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung. Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 53.

⁴⁴⁶ Cross, Immigrant Workers in Industrial France, 102; 27f.

...durch gegenseitige Verträge ihren Angehörigen in den Nachbarstaaten ein für deren Erwerbstätigkeit notwendiges Maß von Rechten zu verbürgen, und zwar stets auf der Basis der Gleichberechtigung mit den einheimischen Staatsbürgern.⁴⁴⁷

Entsprechend dem Vorbild der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften sollten zwischenstaatliche Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen werden; dadurch werde „ein Stück sozialer Volkserziehung bei jenen Nationen“ durchgesetzt, „die uns an Kultur und Lebensstandard nachstehen“.⁴⁴⁸

Man machte auch die Verantwortlichen der Regierungen darauf aufmerksam, daß sie „sich mit dem Gedanken vertraut machen (müssen), daß man den Auswanderern nicht hilft, indem man ihnen den Schutz der Gewehre deutscher und schweizerischer Gendarmen sichert, sondern durch die Erhaltung eines günstigen Milieus auf dem Arbeitsmarkt, auf dem sie ihre Arbeitskraft anbieten“, ansonsten die Gefahr des „Protektionismus der Arbeiter“ zu gewärtigen sei.⁴⁴⁹ Gegenüber dieser Warnung an die Adresse der Arbeitgeber(verbände), daß die organisierte Arbeiterschaft eine Einwanderungsbeschränkung (nach amerikanischem oder britischem Vorbild) erzwingen werde, zog man es im Sinne des Internationalismus aber meist doch vor, auf die eigenen Agitationserfolge zu verweisen.⁴⁵⁰

Da die deutsche Sozialdemokratie die Ausnahmebestimmungen nicht wirksam bekämpfen konnte, versucht die Gewerkschaftszentrale nun dahingehend zu wirken, daß die Gewerkschaften der Abwanderungsländer und -gebiete bei „ihren“ Regierungen Schritte unternehmen, um die Rechte der Staatsangehörigen gegen die Regierungen jener deutschen Bundesstaaten zu wahren, die den Legitimationszwang eingeführt hatten⁴⁵¹.

Während für die Gewerkschaftsführung parallel zu den gescheiterten Bemühungen um die Gleichstellung ausländischer Arbeitskräfte, „Internationalismus“ mit „internationaler Sozialpolitik“ identisch wurde, hatte sich der Druck der Basis in Richtung des Ausschlusses ausländischer und kolonialer Arbeitskräfte von „ihren“ Arbeitsmärkten verstärkt.

In Staaten wie Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Australien, wo die Gewerkschaften fast ausschließlich qualifizierte Eliten der Arbeiter organisierten, waren die Forderungen an die Regierungen nach Abschottung der Grenzen vehementer denn je. In den USA und Australien wurden nicht nur die Kontraktarbeiter, sondern die Einwanderung der Chinesen

⁴⁴⁷ CB 1904, Nr.31, 507-510; Nr. 32, 523-527.

⁴⁴⁸ CB 1907, Nr.30, 465-67; Nr. 31, S. 481-84; Nr. 32, 497-500.

⁴⁴⁹ „Auswärtige Arbeiter-Politik II“, CB 1904/Nr.32, 523-527, hier: 525.

⁴⁵⁰ Vgl. z.B. CB 1908, Nr.2, 17-19, hier: 19.

⁴⁵¹ Vgl. Nichtweiß, Ausländische Saisonarbeiter, 129.

und Japaner⁴⁵² im allgemeinen bekämpft. Auch gegen die Einwanderer aus Süd- und Osteuropa wurde Stimmung gemacht, wobei dieser Umstand in sozialdemokratischen Publikationen kaum beachtet wurde.⁴⁵³

Während die deutsche Sozialdemokratie aber die Position der britischen Trade Unions – über die Position der ILP wurde Stillschweigen gewahrt – zum „Aliens Act“ scharf kritisierte, wurde der Ausschluß (asiatischer) Kontraktarbeiter immer wieder positiv beurteilt. So hob ein Leitartikel des Berliner „Vorwärts“ im Oktober 1904 die Einwanderungsbeschränkungen gegen Kontraktarbeiter als Erfolg der organisierten Arbeiterschaft gegenüber den bürgerlichen Parteien hervor:

In der [amerikanischen, Anm. im Orig.] Einwanderungsfrage verhalten sich Republikaner wie Demokraten am liebsten gleichgültig, wo es sich um ausserordentliche Interessen der Arbeiter handelt. Ohne eine bedeutende Bewegung und Agitation unter den organisierten Arbeitern wären die Gesetze gegen unbeschränkte Chineseneinwanderung nicht zu stande gekommen, und die Erneuerung der Gesetze ist immer fraglich, wenn der Kongress nicht genau weiss, dass die Aufmerksamkeit der ganzen amerikanischen Arbeitswelt auf ihn gerichtet ist.⁴⁵⁴

5.3. Die Frage der Aus- und Einwanderung in der Zweiten Internationale

Protektionistische Maßnahmen in Europa, sowie die Popularität protektionistischer Maßnahmen, ließen die Festlegung einer politischen Linie in der Frage der Ein- und Auswanderung durch die Autorität der Internationale immer dringlicher erscheinen.

1903 stellte die belgischen Delegation im Internationalen Sozialistischen Büro (ISB) den Antrag, die französischen Zehn-Prozent-Quotenregelungen in Frankreich zu diskutieren, die auch den Beifall der sozialistischen Gewerkschaften gefunden hatten. Der Sekretär des ISB, Émile Vandervelde (Belgien), sprach sich gegen die von „den Nationalisten“ beschlossenen Quoten, und den Plan der Einführung einer Kopfsteuer aus. Solche legislative Maßnahmen könnten auch im Hinblick auf die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Arbeitern verschiedener Länder von keinem Sozialisten gebilligt werden.⁴⁵⁵ Eine in diesem Sinne abgefaßte Resolution erwies sich als nicht durchsetzbar. Sie löste aber sofort eine anhaltende Debatte über die Frage der Ein- und Auswanderung aus, die auch zwei internationale Kongresse –

⁴⁵² Die Einwanderung der Japaner war tatsächlich ganz unbedeutend, vgl. dazu auch Schippel, Japanische Einwanderung: Kalifornien und die Vereinigten Staaten, SM 19/II (1913) 648-655.

⁴⁵³ Eckstein, Der Parteitag von Chikago, NZ 28/II (1910), 790.

⁴⁵⁴ Vorwärts, 16.10.1904, zit. nach Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter, SM 11/II (1907), 632f.

Amsterdam (1904) und Stuttgart (1907) – beschäftigen sollte. Während der in erster Linie angesprochene französische Delegierte Édouard Vaillant sofortige Bemühungen der französischen Sozialisten versprach, daß „die Beschränkung nur die Niedriglohngruppen erfassen werde“⁴⁵⁶, drangen einige andere Delegierte sofort auf die Behandlung der Frage der Kontraktarbeit. Der Brite Hyndman beschwor die Gefahr des Imports von „Asiaten“. Der deutsche Delegierte Fischer hakte eilig ein; er wolle das „Beschreiten des Weges Gesetzgebung gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter nicht ausschließen“, besonders soweit diese aus „rückständigen Kulturen“ – „Neger und Chinesen“ – stammten.⁴⁵⁷ Vandervelde schlug schließlich unter dem Hinweis, daß man es im Falle Frankreichs und Belgiens mit Ländern „mehr oder weniger desselben Zivilisationsgrades zu tun habe“;⁴⁵⁸ vor, die Frage in ihrer Gesamtheit am internationalen Kongreß in Amsterdam zu behandeln.⁴⁵⁹

Nicht viel anders als auf der Sitzung des ISB entwickelte sich die Plenardiskussion über die Resolutionen zur Aus- und Einwanderung auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam. Die Resolution der Kommissionsmehrheit erklärte sich mit den Stimmen der Delegierten aus den süd- und osteuropäischen (Auswanderungs-)Ländern gegen alle Gesetzesmaßnahmen hinsichtlich der Migration. Die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter müsse bekämpft, die sozialistische Agitation unter den Einwanderern gefördert werden. Gegen die Gefahr der Kontraktarbeit waren parlamentarische Initiativen zur Bekämpfung des „Lohn-drücker-Imports“ vorgesehen⁴⁶⁰.

Die letzte Einschränkung erschien den Delegationen aus kolonialen Staaten, die sich der Gefahr der Konkurrenz der „Kulis“ ausgesetzt sahen, keineswegs ausreichend. Die niederländische, US-amerikanische und britische Delegation formulierten daher eine eigene Resolution, die die Ablehnung von Gesetzesmaßnahmen um den Passus einschränkte, daß der Import von Arbeitern „rückständiger Rassen“ bekämpft werden müsse.⁴⁶¹ Der US-amerikanische Delegierte Morris Hillquit begründete die Resolution damit, daß diese gezwungen seien, „einen Unterschied zu machen zwischen Arbeitern zivilisierter Länder und solchen, die dazu noch nicht die geringste Vorbedingung aufweisen“; die „Fernhaltung der Kulis und Neger“ sei

⁴⁵⁵ BSI, Comptes rendues des réunions (20. Juli 1903), 85f.

⁴⁵⁶ Ibidem, 86.

⁴⁵⁷ BSI, Comptes rendues des réunions (20. Juli 1903), 87f.

⁴⁵⁸ Ibidem, 87.

⁴⁵⁹ Ibidem, 89.

⁴⁶⁰ Internationalen Sozialisten-Kongress zu Amsterdam (1904), 50f.

⁴⁶¹ Ibidem, 51.

ein „Lebensinteresse unserer Arbeiterbewegung“, und daher auch alles andere als „reaktionär“.⁴⁶²

Auf den Einwand der US-Minderheit, daß der Sozialismus eine solche Auffassung verbiete,⁴⁶³ antwortete der Sekretär der deutschen Maurergewerkschaft Paeplow: „Niemals hätte Marx verlangt, die rückständigen Arbeiter ohne Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse des eigenen Vaterlands hineinzulassen, zu verlangen, daß zum Beispiel die deutschen Bauarbeiter sich ihre Lage durch schrankenlose Einwanderung der italienischen Arbeiter bedeutend verschlimmern lassen.“ Allerdings sei die Aufklärung der fremden Arbeiter Pflicht, daher die Resolution der Minderheit inakzeptabel.⁴⁶⁴ Auf Vorschlag Keir Hardies wurde diese Frage schließlich auf den nächsten Kongreß vertagt, um eine bessere Vorbereitung auf die Frage zu gewährleisten.

Im Vorfeld des Stuttgarter Kongresses erschienen dann eine Reihe von Artikeln und Materialien in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse, die sich vorwiegend mit bestehenden und geplanten staatlichen Einwanderungsgesetzgebungen befassten.⁴⁶⁵ Daß Migranten, „besonders Kuli“, Lohndruck ausübten, stand dabei außer Zweifel. Die Einschätzung der Schwere dieses Problems hing freilich davon ab, ob der Autor für oder gegen die Freizügigkeit argumentieren wollte: Internationalisten traten für die unbeschränkte Freizügigkeit ein, und wiesen darauf hin, daß nur einige Segmente des Arbeitsmarkts vom Lohndruck betroffen seien, Protektionisten traten für die Beschränkung bzw. das Verbot der Einwanderung ein, da sie davon ausgingen, daß der Lebensstandard der gesamten „Nation“ sinken werde.

Zunehmend entwickelte sich aber eine „differenzierte“ Herangehensweise, die sich zuerst bei den amerikanischen Sozialisten durchgesetzt hatte, die die nichtsozialistischen Trade Unions gewinnen wollten. So führte Hillquit aus, daß zwischen einer „natürlichen und spon-

⁴⁶² Ibidem, 52.

⁴⁶³ Zum Standpunkt der US-Minderheit, vgl. auch Vornberg, Die Feinde der Einwanderung, NZ 25/II (1906/07) 495-502.

⁴⁶⁴ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam (1904), 52.

⁴⁶⁵ Schippel, Die Frage der ausländischen Arbeiter in überseeischen und europäischen Ländern, CB, 1905, Nr. 32, 541-542; Schippel, Arbeiterimport und Einwanderungsgesetze I, CB, 1907/Nr.31, 465-67; Schippel, Arbeiterimport und Einwanderungsgesetze II, CB 1907, Nr.31, 481-84; Diner-Denes, Auswanderung und Einwanderung in Ungarn, Die Neue Zeit 25/II (1906/07) 621-634; Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeitskräfte, SM 11/2 (1907) 631-639, Schippel, Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder, Beilage Nr.41 zur NZ 25/II (1906/07), o.S.; Schippel, Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte. Zur Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses, SM 12/2 (1906) 736-744; Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter, SM 13/2 (1907) 631-639.

tanen“, sowie einer „künstlichen“, durch „skrupellose Mittel hervorgerufenen“ Einwanderung differenziert werden müsse.⁴⁶⁶ Während die nichtsozialistischen amerikanischen Trade Unions überhaupt für die Beschränkung der Einwanderung einträten, wollten die amerikanischen Sozialisten im Sinne einer „sozialistischen Einwanderungspolitik“ nur gegen die „künstliche“, durch die Schifffahrtsgesellschaften geförderte Einwanderung vorgehen⁴⁶⁷. Otto Bauer führte die Grundlagen der „proletarischen Einwanderungspolitik“ in Bezug auf Europa näher aus. Er unterschied mit Blick auf die Verhältnisse in Europa die Auswanderung aus „industriell-kapitalistischen“ und „agrarisches-hauswirtschaftlichen“ Gebieten⁴⁶⁸. Die zweite sei eine „Übergangserscheinung in dem Entwicklungsprozeß von der hauswirtschaftlichen Produktion für den Eigenbedarf zur kapitalistischen Warenproduktion“,⁴⁶⁹ die zwar zum Lohndruck führe, aber durch die Einbeziehung der Immigranten in die Gewerkschaften bald gemildert werde. Auf einem anderen Blatt stehe aber der „kapitalistisch organisierte Lohndruckerimport“, der durch die im vorhinein abgeschlossenen Kontrakte für die Arbeiter des Einwanderungslandes weit gefährlicher sei als die „natürliche“ Einwanderung.⁴⁷⁰ Daraus folge, daß nur „für die Arbeiter der modernen Industriestaaten volle Freizügigkeit“ zu verlangen sei.⁴⁷¹ Unter kapitalistischen Bedingungen müßten hingegen koloniale Arbeiter, die die Lebenshaltung europäischer Arbeiter drückten, von den Arbeitsmärkten der Industrieländer ferngehalten werden.⁴⁷²

In diesem Sinne argumentierte auch der Migrationspezialist der deutschen Sozialdemokratie, Max Schippel. Schippel kam allerdings zum Schluß, daß eine generelle politische Linie bezüglich dieses Problems nicht möglich sei:⁴⁷³ „Man kann ... das Einwanderungsproblem immer nur mit Bezug auf die besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Landes beurteilen...“. Vor allem sei die Einwanderung auf europäischen Arbeitsmärkten, wo sie „wenig ins Gewicht“ falle⁴⁷⁴, anders zu beurteilen als die Einwanderung in „Übersee“. Denn in Übersee finde eine Einwanderung „anderer Rassen“ statt, die „womöglich noch bedürfnisloser sind als

⁴⁶⁶ Hillquit, Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten, NZ 25/II (1906/07) 444- 55, hier: 446

⁴⁶⁷ Ibidem, 448f; 453f.

⁴⁶⁸ Bauer, Proletarische Wanderungen, NZ 25/II (1906/07) 476-94, hier: 476.

⁴⁶⁹ ibidem, 478.

⁴⁷⁰ ibidem, 483f.

⁴⁷¹ ibidem, 490.

⁴⁷² ibidem, 494.

⁴⁷³ Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter, 631f.

⁴⁷⁴ Schippel, Arbeiterimport und Einwanderungsgesetze II, CB 1907, Nr.31, 481- 84, hier: 483.

selbst die rückständigsten Russen, Galizier und Italiener“.⁴⁷⁵ Da diese „Rassenfrage weit über den Bereich des Arbeitsmarkts“ hinausgehe, und auch die Interessen der Kaufleute und kleinen Gewerbetreibenden“ berühre, entstehe aber „Fremdenhaß“, sowie Zusammenstöße zwischen freien Lohnarbeitern und Kontraktarbeitern, die zur Forderung der Einwanderungsbeschränkung seitens der privilegiierteren weißen Arbeiter führen müssten.⁴⁷⁶

Entsprechend diesem neuen Stand der Erkenntnisse, entwickelte sich auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart die Debatte in der Kommission zur Frage der Ein- und Auswanderung. Allen voran drangen die australischen Trade Unions auf die Anerkennung des Rechts, das Verbot der Einwanderung von Kontraktarbeitern in parlamentarischen Initiativen zu betreiben. Der australische Delegierte trat für ein generelles Verbot „asiatischer“ Einwanderung ein, um „alle diejenigen Arbeiter fernzuhalten, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie sich die Lebenshaltung der Weißen aneignen werden: „Gewiß wollen wir eine allgemeine Völkerverbrüderung, aber bis wir diese erreichen, müssen wir die Arbeiter unseres Landes schützen, damit sie nicht den Kapitalisten widerstandslos ausgeliefert sind“⁴⁷⁷. Auch Hillquit trat erneut, diesmal aber gestützt auf das Argument der „künstlichen“ Einwanderung, für ein Einwanderungsverbot der „unorganisierbaren“ Chinesen ein.⁴⁷⁸ Der deutsche Delegierte Paeplow unterstützte Hillquit, da die „Ein- und Auswanderung einer weisen Beschränkung unterworfen sein“ müsse. Als Beweis für die Notwendigkeit einer solchen Beschränkung führte er an, daß diese in verschiedenen Ländern bereits existierte; dabei galt seine persönliche Vorliebe offenbar einer Quotenregelung nach französischem Vorbild.⁴⁷⁹

Die französische Delegation hatte sich uneingeschränkt für die Freiheit der Aus- und Einwanderung ausgesprochen. Für den französischen Resolutionsvorschlag traten aus naheliegenden Gründen die Delegierten der meisten Auswanderungsländer ein. Dabei hielt die französische Delegation freilich nicht das Problem der Kontraktarbeit, sondern die Einwanderung der Saisonarbeiter für die „eigentlich brennende Frage“.⁴⁸⁰

Der polnische Abgeordnete Mityk kritisierte ebenso wie der japanische Delegierte Tokyiro Kato den Plan, gegen die Kontraktarbeiter vorzugehen. Dabei forderte Mityk ein, was

⁴⁷⁵ Schippel, Arbeiterimport und Einwanderungsgesetze I, CB 1907, Nr. 30, 465- 67, hier: 465.

⁴⁷⁶ Ibidem; Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeitskräfte, SM 11 (1907/2) 631-639, hier: 535; 636f.

⁴⁷⁷ Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart (1907), 114.

⁴⁷⁸ Ibidem, 114f.

⁴⁷⁹ Ibidem, 119.

seitens der Internationalen Gewerkschaften und der Vorläuferorganisation des IGB zur Regulierung der Wanderungen bereits geschah: die Errichtung eines sozialistischen Auskunftsbüros für Aus- und Einwanderung, „welches den Strom der Auswandernden nach den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage regelt und in Fällen von Streiks vor Zuzug warnt“.⁴⁸¹ Die Kommission unter dem Vorsitz Wilhelm Ellenbogens (Österreich) erarbeitete dann eine Resolution, die es allen recht machen sollte: außer internationaler Freizügigkeit wurde ein Einwanderungsverbot für „Streikbrecher“ empfohlen.

Die schließlich einstimmig angenommene Resolution wies darauf hin, daß Ein- und Auswanderung ebenso wie die Arbeitslosigkeit ein dem Kapitalismus immanentes Problem sei; daher müsse man sich gegen die „verwerfliche Ausschließung bestimmter Rassen und Nationen“ wenden und für die Freizügigkeit eintreten. Zugleich erklärte der Kongreß die „Plicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimports unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihres Lebensstandards zu wehren, und erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern“.⁴⁸²

An die Resolution schloß sich ein Katalog konkreter Maßnahmen für die Aus- und Einwanderungsländer an⁴⁸³. Neben den obligatorischen Forderungen internationaler Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Einbeziehung der Immigranten in Arbeiterorganisationen, wurde den Einwanderungsländern das „Vorgehen“ gegen die Kontraktarbeiter noch einmal ausdrücklich zugestanden. Schließlich folgten zur Unterbindung der „künstlichen“ Einwanderung Vorschläge zur Neuregelung und Kontrolle des Transportwesens.⁴⁸⁴

Während die Internationalisten sich mit der Resolution zufrieden zeigten, hielten die „Protektionisten“ die Resolution für unzureichend. Hillquit bemerkte in der Plenardiskussion, daß die Formulierung „Streikbrecher“ unsinnig sei, da „die Amerikaner“ natürlich an ein Einwanderungsverbot für die Chinesen dächten. In Europa dachte man nicht daran, an der Resolution zu rütteln, wenn auch der Begriff „Streikbrecher“ recht beliebig interpretiert wurde. So

⁴⁸⁰ Ibidem, 114. Ihre Behandlung war einige Monate zuvor im ISB Frankreich vorgeschlagen, aus Zeitmangel aber abgelehnt worden (B.S.I, Comptes rendues des réunions, 259f.).

⁴⁸¹ Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart (1907), 118.

⁴⁸² Ibidem, 58

⁴⁸³ Dabei wurde die für die Einwanderungsländer empfohlene Einführung eines Minimallohnsatzes von den Linken, darunter Kautsky und Luxemburg als „unwissenschaftlich“ kritisiert, vgl. Kautsky, Der Stuttgarter Kongreß, NZ 25/22 (1906/07) 724-730, hier: 727f.; vgl. auch „Zur Frage der Minimallohnbestimmungen“, ibidem, 816.

⁴⁸⁴ Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart (1907), 58f.

faßte die gewerkschaftliche Internationale auf der Konferenz in Christiania im selben Jahr einen Beschluß „Betreffend Einfuhr von Streikbrechern“:

Die Konferenz empfiehlt weiter, in allen Ländern dahin zu wirken, dass die sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten beantragen, dass der Export von Streikbrechern und Kontraktarbeitern gesetzlich verboten wird.⁴⁸⁵

Die Budapester Konferenz 1911 nahm einen Antrag der amerikanischen Delegation an, der sich für eine Aufhebung der Einwanderung in Zeiten von Streiks und wirtschaftlicher Depression aussprach,⁴⁸⁶ wobei man freilich im Rahmen der traditionellen gewerkschaftlichen Wanderregulierungen blieb:

Die Konferenz erklärt, dass es das Ziel der Arbeiterbewegung aller Länder ist, mit allen Kräften der Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande in andere Länder in Zeiten industrieller Depression, während Lohnkämpfen oder wenn solche bevorstehen, zu verhindern; ...⁴⁸⁷

5.4. Protektionisten, Internationalisten, Revisionisten

Die Forderung des Ausschlusses ausländischer Arbeitskräfte auf gesetzlichem Wege zeigt die „nationale Integration“ der Arbeiterklasse. Diese verstärkte sich in dem Maße, in dem der Staat sich zu Zugeständnissen – Arbeiterschutz und Wahlrecht – bereit zeigte. Arbeiterschutz und parlamentarische Vertretung galten den Gewerkschaften als wichtigste Mittel, den „Lebensstandard“ zu erhöhen. Die Konzentration auf „Lebensstandard“ und „Kultur“ wurde aber zum Vehikel „rassistischen“ Dünkels, der sich zunächst vor allem gegen „Kuli und Neger“ richtete.

Ließ man die Wanderungen organisierter Arbeiter bzw. solcher Arbeiter, die für organisierbar gehalten wurden, durchaus als „kulturfördernd“ gelten, so wies der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Seeleute, Emil Fischer, 1904 auf die „Kulturfeindlichkeit“ der deutschen Reeder hin, die (chinesische) „Kuli“ beschäftigten. Die „Verwendung der Kuli in der deutschen Seeschifffahrt“ habe ausschließlich den Zweck, „die Hebung der Lebenshaltung der deutschen Seeleute zu hindern“⁴⁸⁸. Selbst wenn die „Kuli“ die gleichen Rechte wie die Einheimischen erhielten, würden sie sich nicht in die Gewerkschaften einfügen, und sich „für die kulturfördernden Bestrebungen der deutschen Arbeiter, speziell der organisierten Seeleute,

⁴⁸⁵ Achte internationale Konferenz- Beschlüsse der Internationalen Konferenzen, 66.

⁴⁸⁶ Ibidem, 65f.

⁴⁸⁷ Ibidem, 65f.

⁴⁸⁸ Fischer, Die Verwendung von Kuli als Lohnarbeiter, 793.

gewinnen“ lassen. Wegen der „Verschiedenheit der Sprache und Sitte“ sei aber eine „Verbrüderung ... geradezu unmöglich“.⁴⁸⁹

Andere Äußerungen vermieden zwar die „rassistische“ Behauptung einer absoluten Unassimilierbarkeit der kolonialen Arbeitskräfte, unterscheiden sich inhaltlich aber nur unwesentlich von solchen Aussagen. Otto Bauer führte 1905 im „Vorwärts“ aus:

Soviel aber steht auf alle Fälle fest, dass jede Mark in der Tasche des europäischen Arbeiters, der darauf sieht, sich feinere Kleidung, Möbel, Wohnung zu verschaffen, die industrielle Entwicklung mehr fördert, als die Mark in den Händen des Negers oder Mongolen, der sie für einen primitiven Bedarf verwendet, der dazu noch zu einem grossen Teil durch einheimische Produktion ... befriedigt wird ... Die Kapitalistenklasse sucht in den Kolonien, was sie zu Hause immer mehr vermisst: billige und willige Arbeitskräfte, die sie nach Belieben pressen und knechten kann – ist es im Interesse des Proletariats, ihr dabei mit seinen Knochen die Wege zu ebnen?⁴⁹⁰

Gleichzeitig trat die Sozialdemokratie keineswegs grundsätzlich gegen den Kolonialismus auf, weil dieser als Hebel kapitalistischer Entwicklung betrachtet wurde. Gemäß Bernstein bestand eine „sozialistische Kolonialpolitik in der Bekämpfung der gewalttätigen Ausformungen der bestehenden bürgerlichen Kolonialpolitik. Befreiungsbewegungen in den Kolonien seien aber nur dann zu unterstützen, wenn sie eher als die Kolonialmacht die „Kultur“ (Industrialisierung) förderten. Grundsätzlich bestehe aber ein „Recht der höheren Kultur“ zur Kolonisation, weil die Modernisierung am Ende auch den Kolonisierten zugute käme.⁴⁹¹ Die „sozialistische Kolonialpolitik“, über die der internationale Kongreß in Stuttgart ebenfalls beriet, wurde vom Kongreß schließlich mit knapper Mehrheit, und besonders den Stimmen der Delegierten aus nicht-kolonialistischen Staaten, verworfen.⁴⁹²

In der Frage der Einwanderungspolitik taten sich aber weniger die Bernsteinianer hervor, als eine rechts davon angesiedelte Gruppe um die Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte“, die die öffentliche Meinung davon überzeugen wollte, daß auch die Sozialdemokratie die nationalen Interessen Deutschlands verteidige.⁴⁹³ Die Sozialistischen Monatshefte unterstützten im Gegensatz zu den „Bernsteinianern“ die gegen Großbritannien gerichtete deutsche Schutz-zollpolitik, die die Gefahr eines Krieges heraufbeschwor.

⁴⁸⁹ Ibidem.

⁴⁹⁰ Bauer, Das Proletariat und die Kolonialpolitik I, Vorwärts, Nr.224, 24.9.1907, zit. nach Hyrkkänen, Sozialistische Kolonialpolitik, 248f.

⁴⁹¹ Hyrkkänen, Sozialistische Kolonialpolitik, 92 ff; 142-147.

⁴⁹² Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart (1907), 25; zur Entwicklung der Frage der Kolonialpolitik, vgl. Braunthal, Geschichte der Internationale, I/310-326; Hyrkkänen, Sozialistische Kolonialpolitik, 232- 241.

Einige Autoren der Sozialistischen Monatshefte verteidigten das „Recht der höheren Kultur“ auch gegenüber ausländischen Migranten. So kritisierte Franz Laufkötter 1904 den Internationalismus, der in der Resolution des internationalen Kongresses in Amsterdam zum Ausdruck kam. Das Eintreten für den Internationalismus sei vom humanitären Standpunkt aus sehr ehrenwert, aber völlig realitätsfremd⁴⁹⁴. Denn nicht nur Amerika verspüre „den Druck der Neger und Chinesen“, auch die deutschen Arbeiter empfänden es als höchst unangenehm, „wenn ihr Arbeitsgebiet von Berufsgenossen slavischer und italienischer Nationalität überschwemmt“ werde⁴⁹⁵. Da die Einwanderung der als unassimilierbar dargestellten ausländischen Arbeitsmigranten den Lebensstandard der Einheimischen dauerhaft senke, sollten sie keine politischen und bürgerlichen Rechte erhalten. Dies umso weniger, als diese Maßregel bei „Masseneinwanderung minderwertiger Elemente ... unstreitig ein Degenerieren der einheimischen Arbeiterklasse im Gefolge“ habe.⁴⁹⁶ Der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes, A. Schulz, der häufig in den „Sozialistischen Monatsheften“ publizierte, forderte schließlich gar einen „Einfuhrzoll“ auf ausländische Arbeitskräfte, dessen Einkünfte für die Ansiedlung deutscher Arbeiter verwendet werden sollte.⁴⁹⁷

Waren die Vorstöße der Schutzzollfraktion keineswegs repräsentativ für die Auffassungen in der Sozialdemokratie, so waren sie doch bezeichnend für das Vordringen nationalistischer Haltungen in der Arbeiterbewegung. War von ausländischen Arbeitskräften die Rede, fehlten bis 1903 die Hinweise auf den dennoch zu übenden „Internationalismus“ nur selten. Danach häuften sich besonders in den Blättern jener Gewerkschaften, deren Mitglieder sich durch „Ausländer“ verdrängt fühlten, chauvinistische Äußerungen. So offenbarte das Organ des Maurerverbandes eine wachsende Ungeduld mit den italienischen Kollegen, die sich auch zu „rassistischen“ Äußerungen steigerte. Bereits 1901 bemerkte die Redaktion des „Grundstein“, daß die italienischen Arbeitsmigranten eine „Landplage für die Arbeiter anderer Länder“ seien.⁴⁹⁸ Das Dogma der Aufklärung und Belehrung ausländischer Arbeiter, wie es im

⁴⁹³ Hyrkaenen, Sozialistische Kolonialpolitik, bes. 270.

⁴⁹⁴ Ibidem, 802f.

⁴⁹⁵ Laufkötter, Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den fremden Arbeitern, SM 8/II (1904) 801-806, hier: 801.

⁴⁹⁶ Ibidem, 803.

⁴⁹⁷ Nichtweiß, Die ausländischen Saisonarbeiter, 161.

⁴⁹⁸ Der Grundstein 1901/Nr.32, 54, zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 69.

Correspondenzblatt stets vertreten wurde, wick aber immer offeneren Beschwerden über die mangelnde Disziplin der „lateinischen Rasse“.⁴⁹⁹

Die allgemeine Ablehnung ausländischer und fremder Arbeitskräfte im Ruhrgebiet drückt sich auch in einem Artikel des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Otto Hue in der Neuen Zeit 1904 aus. Unter dem Vorwand der Sorge der nationalen Spaltung der Gewerkschaftsbewegung die von „Blut und Boden“-Motiven strotzt:

Der Rassenegoismus zieht den Genossen zu sich, es bilden sich große *polnische*, kleinere *tschechische* und *italienische* Sprachinseln im Lande der „roten Erde“. Die Landsmannschaft verpflanzt ihre nationalen Gewohnheiten, ihre Speisen, ihre Feste auf den fremden Boden; der Gattungstrieb zieht Alteingesessene in den Kreis der Eingewanderten - es entsteht eine *neue Rasse*, eine *eigenartige Volksmischung*. Das kann nicht ohne entscheidenden Einfluß bleiben auf die *politische* Gruppenbildung. Wir haben eine Partei der *Nationalpolen* mitten im urgermanischen Land... . (Hervorhebung im Original)⁵⁰⁰.

Wohl um dem Vorwurf des „Chauvinismus“ zu entgehen, weist Hue darauf hin, daß die Entstehung der „Völkermischung“ aber keineswegs der Sozialdemokratie, sondern bloß den bürgerlichen Parteien schaden würde⁵⁰¹.

Durch die Vorstöße der „Protektionisten“ in die Defensive gedrängt waren aber jene, die gegen jede Einwanderungsbeschränkung argumentierten. So hielt G. Eckstein in der Neuen Zeit 1904 die Ängste vor der „gelben Gefahr“ für stark übertrieben. „Die Orientalen“ seien von den Unternehmern, solange ihnen der kapitalistische Wert der Zeit nicht bewußt sei,⁵⁰² nur beschränkt einsetzbar. Sobald sie aber in kapitalistische Arbeitsverhältnissen einträten, bildeten sich „selbst in den ausgebeuteten und unterdrücktesten Schichten der Arbeiterschaft Gefühle von Menschenwürde und Ansätze zum Klassenkampf“.⁵⁰³ Zugleich traten selbstverständlich die Sozialisten der meisten Auswanderungsländer für die Freizügigkeit sowie gegen die Ausschließung anderer „Rassen“ ein. So klagte ein japanischer Sozialist im Vorwärts vom 9. Juni 1905 über die Anfeindungen, denen die Japaner in den USA ausgesetzt seien:

⁴⁹⁹ Vgl. Forberg, Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsimmigranten, 100.

⁵⁰⁰ Hue, Moderne Völkerwanderung, NZ 22/I (1903/04) 271-76, hier: 276.

⁵⁰¹ Ibidem; zur gespannten Atmosphäre zwischen der „Polnischen Berufsvereinigung“ und dem freigeberkschaftlichen „Alten Verband“, vgl. Kleßmann, Klassensolidarität und nationales Bewußtsein, 157ff.

⁵⁰² Eckstein, Chinesische Kuli, NZ 22/I (1903/04) 52-58, hier: 87.

⁵⁰³ ibidem, 89.

Sind die Prinzipien des Sozialismus nur auf die weissen Völker anwendbar? Sind wir ungeeignet, in die internationale sozialistische Bewegung einzutreten? Ist der Sozialismus dazu da, nur die Interessen einer bestimmten Rasse wahrzunehmen.⁵⁰⁴

In der Phase des Studiums der Einwanderungsfrage vor dem internationalen Kongreß in Stuttgart änderte sich die Debatte. Schwankte man bisher nach amerikanischem und britischem Vorbild zwischen einem Verbot der Einwanderung und internationaler Freizügigkeit, so wurden nun zunehmend die bereits bestehenden Quotenregelungen zum Vorbild genommen. Diese „reformistische“ Variante erlaubte die Kompatibilität des Bekenntnisses zur internationalen Freizügigkeit (bezüglich europäischer Auswanderungsgebiete) mit „pragmatischen“ Lösungen im Falle unerwünschter Migrationen („sozialistische Einwanderungspolitik“).

Durch die Stuttgarter Resolution wurde die Frage der Einwanderung in der deutschen Sozialdemokratie und anderen sozialistischen Parteien Europas als erledigt betrachtet. Eine neuerliche Diskussion wurde durch den Parteitag der SLP in Chicago hervorgerufen, wo eine Mehrheit der Delegierten eine „Chinesengesetzgebung“ – die wiewohl ihrem Ursprung nach kleinbürgerlich „in ihrer Wirkung längst zu Schutzwehren für die Arbeiter“ geworden seien – gefordert hatte.⁵⁰⁵ Das deutschsprachige Parteiorgan der SLP, „New Yorker Volkszeitung“, die auf eine Modifikation der Stuttgarter Beschlüsse am internationalen Kongreß in Kopenhagen (1910) hoffte, vertrat den bereits wohlbekannten Standpunkt, daß alles, was den Fortschritt der sozialistischen Partei hemme – darunter insbesondere die Einwanderung „rückständiger Rassen“ – als reaktionär zu betrachten sei.⁵⁰⁶

Die „Sozialistischen Monatshefte“ schlossen sich erneut dem Standpunkt der „Protektionisten“ an. So wollte Schippel anlässlich des Parteitags von Chicago 1910 den „nicht amerikanischen Genossen einen besseren Einblick in die eigentümlichen Schwierigkeiten ... auf diesem Gebiet“ gewähren.⁵⁰⁷ Diese Darstellung impliziert freilich die Notwendigkeit einer solchen Gesetzgebung im Fall der Chinesen und der Japaner.⁵⁰⁸ Sozialdarwinistisch argumentierte Untermann, der den Internationalismus für Phrasendrescherei hielt, weil er „selbst nicht im Namen der internationalen Solidarität mit Reis und getrockneten Fischen und 30 Realen am

⁵⁰⁴ Zit. nach Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter, SM 1907/II, 633.

⁵⁰⁵ Schippel, Die Einwanderung farbiger Arbeiter, SM 14/II (1910) 1006-1012, hier:1010.

⁵⁰⁶ Ibidem, 1012.

⁵⁰⁷ Ibidem.

⁵⁰⁸ Schippel. Japanische Einwanderung, Kalifornien und die Vereinigten Staaten, SM 17/II (1913) 648-655.

Tag“ zufrieden sein werde⁵⁰⁹. Ein Praktiker, wie Untermann selbst, wisse, wie sich Asiaten und Europäer bzw. Amerikaner in den Häfen der Kolonien bekämpften:

Es kam zum Kampf ums Dasein, und dieser Kampf wurde nicht mit Worten, sondern mit Fäusten ausgekämpft. Wir warfen die Asiaten einfach hinaus. Sie taten uns dieselbe Ehre an, wo sie die Macht hatten“.⁵¹⁰

Dabei richtete sich Untermann gegen die Darstellungen Ecksteins und Katayamas in der Neuen Zeit, die „voreingenommen“ und „sehr tendenziös verdrehend“ seien.⁵¹¹ Eckstein und Katayama hatten sich gegen die Ausschlußtendenzen in den Vereingten Staaten verwahrt. Eckstein hielt fest, daß dies de facto auch eine Durchsetzung des „Rassenstandpunkts“ bedeute,⁵¹² der für das Wachstum der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten verderblich sei. Sinnlos sei der Versuch der Sozialisten, sich bei den amerikanischen Trade Unions anzubiedern. Diese würden aus „Furcht vor den Gelben unter das Kommando derer gezwungen, die über die Ausschließung und Zulassung der Einwanderer praktisch allein zu entscheiden haben. Auf diese Weise wird jener Geist in den Gewerkschaften großgezogen, der sich selbst eine Interessensolidarität mit dem Kapital einredet,...“ Die Sozialisten müßten sich vielmehr mit den europäischen und asiatischen Einwanderern, sowie den unterdrückten Schwarzen verbünden, um einer Spaltung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken; die organisierte „Arbeiteraristokratie“, gegen die die industrielle Reservearmee in den „fortwährenden Revolutionen der Technik“ andränge, könne ihre Stellung durch Abschließung ohnehin nicht dauerhaft behaupten.⁵¹³

Die Bedeutung der rassistischen Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeiter „zivilisierter“ und „weniger bzw. nicht zivilisierter“ Länder, trat zu jenem Zeitpunkt in Europa aber hinter die nationale Spaltung der europäischen Arbeiterklassen zurück. Die nationale „Einheitsfront“ von Kapital und Arbeit wurde im Gefolge des Ausbruchs des ersten Weltkrieges endgültig manifest. Obwohl nationale Arbeiterparteien und internationale Kongresse angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr zahlreiche Beschlüsse gegen den Krieg gefaßt hatten, bewilligten SPD-Abgeordnete im Reichstag in der Hoffnung auf einen Brückenschlag zum reformbereiten Bürgertum, die Mittel für den Krieg. In der Folge erklärten sich auch SFIO und CGT für die

⁵⁰⁹ Untermann, Praktisches zur Frage der Konkurrenz, SM 15/I (1911) 60-62, hier: 62.

⁵¹⁰ Ibidem, 61

⁵¹¹ Ibidem, 60; die in Frage stehenden Artikel sind Eckstein, Der Parteitag von Chikago und die Kulifrage, NZ 28/II (1910) 786-796; Katayama, Japanisch-amerikanische Beziehungen, ibidem, 732-742.

⁵¹² Eckstein, Der Parteitag von Chikago und die Kulifrage, 788.

⁵¹³ Ibidem, 792.

„Union sacrée“ mit ihrer angegriffenen Nation.⁵¹⁴ Der Dank der Nationen bestand aber in der weitgehenden Aufgabe der antigewerkschaftlichen Repressionspolitik, sowie der staatlichen Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeiterschaft im Rahmen paritätisch besetzter Gremien.⁵¹⁵ Die Gewerkschaftsgremien verwandelten sich in kriegswirtschaftliche Instanzen, die staatlich-öffentliche Aufgaben auf dem Arbeitsmarkt und die Verantwortung für den sozialen Frieden an der „Heimatfront“, übernahmen, während auf Grund des Bedarfs der Kriegswirtschaft die staatliche Zentralisierung der Arbeitsnachweise nun rasch in Angriff genommen wurde.⁵¹⁶

Dennoch waren es nach dem Zusammenbruch der Internationale 1914 die Gewerkschaften, die in Sachen „Sozialpolitik“ neuerlich internationale Beziehungen aufnahmen. Legien kam aber der allgemein erhobenen Forderung der Verlegung des internationalen Sekretariats aus Berlin nur insoweit nach, als eine Zweigstelle in Amsterdam eingerichtet wurde. Diese repräsentierte aber in den Augen der Gewerkschaften der Ententemächte nur die Mittelmächte, und die Gewerkschaften der Ententemächte errichteten ein eigenes internationales Sekretariat in Paris.⁵¹⁷ Nach anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften der Entente- und der Mittelmächte fanden erst nach dem Krieg internationale Gewerkschaftskonferenzen wieder unter der Beteiligung aller europäischen Staaten statt.

⁵¹⁴ Bron, *Histoire du mouvement ouvrier français*, II/145-147.

⁵¹⁵ In Frankreich wurden 1915 paritätisch mit Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer und der Behörden der Departements besetzte Kommissionen eingerichtet, die die Arbeitsbeziehungen auf kommunaler Ebene regelten. Die deutschen freien Gewerkschaften, die nun mit den christlichen und liberalen Gewerkschaftsverbänden kooperierten, kamen dem Ziel paritätischer Kommissionen – wegen der massiven Ablehnung durch die Unternehmer – nur langsam näher. Im Rahmen des „Hilfsdienstgesetzes“ vom 2.12.1916 erfuhren die Gewerkschaften die lang gesuchte staatliche Anerkennung; siehe Schönhoven, *Die deutschen Gewerkschaften*, 98f.

⁵¹⁶ Im Deutschen Reich wurde unter der Führung des Innenministeriums noch im August 1914 die Schaffung der „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“ mit Zentrale im Kriegsamt in Angriff genommen; in Frankreich wich die Ausländerrekrutierung durch Unternehmerverbände weitgehend der Rekrutierung durch die Behörden.

⁵¹⁷ Gottfurcht, *Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen*, 41f.

6. ZUSAMMENFASSUNG

Die staatliche Zentralisierung des Arbeitsnachweises und der Einfluß, den die Gewerkschaften vermittels paritätischer Gremien auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen hofften, erfüllte die Gewerkschaften mit großem Optimismus. Sie machten ihren beschränkten Einfluß auf die Beschäftigungspolitik aber gerade in der Frage der Ausländerbeschäftigung, die im Krieg oft die Form der Rekrutierung unfreier Arbeiter annahm,⁵¹⁸ geltend.

Als Gegenleistung für die staatliche Anerkennung verzichteten die Gewerkschaften aber auf grundsätzliche Proteste gegen die Rekrutierung unfreier Arbeitskräfte.⁵¹⁹ Sie intervenierten allerdings zugunsten der Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen und Deportierten, insbesondere was deren Recht auf gewerkschaftliche Organisation betraf.⁵²⁰

Im Rahmen paritätischer Gremien suchten die Gewerkschaften sowohl in Frankreich, als auch im Deutschen Reich einen „Inländervorrang“ zu sichern. In Frankreich konnten Unternehmer, die sich an lokale, paritätisch besetzte Arbeitsnachweise wendeten, daran gehindert werden, Ausländer anzuwerben, falls Arbeitslose französischer Nationalität vorhanden seien.⁵²¹

Im Deutschen Reich wies das „Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften“ 1915 befriedigt darauf hin, daß auf gewerkschaftliche Intervention die „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“ angewiesen worden sei, die Beschäftigung von Kriegsgefangenen nur zu genehmigen, „wenn die zuständigen Arbeitsnachweise sowohl wie die gewerkschaftliche Organisation bestätigt haben, daß arbeitslose deutsche Arbeiter nicht vorhanden sind“.⁵²²

Im folgenden Jahr entwickelte sich ausgehend vom Maurerverband eine Diskussion über die nach dem Krieg zu erwartende „Masseneinwanderung ausländischer Arbeiter“, die einer mas-

⁵¹⁸ In Frankreich initiierte das Kriegsministerium die Rekrutierung von insgesamt 223.763 Arbeitskräften aus Nordafrika (132.316), Indochina (85.896) und Madagaskar (4.546) unter Kontrakten, die erst mit dem Kriegsende als aufgehoben gelten sollten; dabei ging man immer stärker von der freiwilligen zur Zwangsrekrutierung über (Hübner, Die Haltung der PCF und des CGT zur Fremdarbeiterpolitik, 11). Im Deutschen Reich wurden bei Kriegsausbruch polnische und ukrainische Arbeitskräfte, sofern nicht österreichischer Nationalität, sowie Personen aus dem "feindlichen Ausland", auf ihren Arbeitsstellen zwangsverpflichtet, und wie Zivilgefangene behandelt (Elsner/Lehmann, Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus, 68f). Seit 1916 wurden ausländische Arbeitskräfte vor allem durch Deportation aus den im Krieg okkupierten Gebieten (Belgien, Kongreßpolen, Russisch-Polen) rekrutiert: (ibidem 72 ff). Daneben wurden Kriegsgefangene eingesetzt, und besonders in Frankreich auch eine große Zahl freier Arbeiter rekrutiert.

⁵¹⁹ Ellinger, Die Einwanderung ausländischer Arbeiter, SM 23/I (1917) 366-373, hier: 369; Elsner, Zur Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, 689.

⁵²⁰ Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 77.

⁵²¹ Cross, Immigrant Workers in Industrial France, 43f.

siven Arbeitslosigkeit gegenüberstehen werde.⁵²³ In dieser Diskussion dominierten eindeutig Stimmen, die eine Revision der gewerkschaftlichen Ausländerpolitik der Vorkriegszeit forderten und eine solche Modifizierung als „eigentliche“ Vertretung der Interessen „einheimischer Arbeiter“ ansahen.⁵²⁴ Ein Kommentar der Redaktion des Organs des Maurerverbandes sprach sich für eine gesetzliche Regelung bzw. die Beschränkung der Einwanderung aus; dies entspreche eher sozialistischen Vorstellungen als der früher eingenommene Standpunkt der Freizügigkeit, da eine solche Regelung ein stärkeres Element der Planmäßigkeit enthalte.⁵²⁵ Ein in den „Sozialistischen Monatsheften“ publizierter Beitrag drückte dieselbe Haltung in der Frage der Einwanderung aus, die nationalistische Sozialreformer in der Vorkriegszeit geäußert hatten:

Man kann aber nicht die Arbeitslosigkeit durch gesetzliche Regelungen im Land bekämpfen, die vorhandenen Arbeitslosen aus Mitteln der Allgemeinheit unterstützen und gleichzeitig durch schrankenlose Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte die Arbeitslosigkeit im Land vermehren wollen. Schon heute haben die Gewerkschaften, soweit sie Arbeitslosenunterstützung zahlen, an der Regelung der Arbeitsvermittlung und an der Verminderung der Arbeitslosenzahl das größte Interesse.⁵²⁶

An patriotischen Tönen, die ein Vorrecht der „Inländer“ am Arbeitsmarkt untermauerten, mangelte es weniger denn je. So vermerkte der „Grundstein“ 1916: „Wie jeder Familienvater gesetzlich verpflichtet ist, für seine Angehörigen zu sorgen, so ist es auch der große Vater Staat. Er muß dafür sorgen, daß seine Angehörigen zu essen haben, und daß erst, wenn Ueberfluß vorhanden ist, an andere abgegeben wird.“⁵²⁷ Schippel gab unter dem Hinweis, daß die Arbeiter ihre Errungenschaften dem „uneingeschränktesten internationalen Wettbewerb“ nicht preisgeben könnten, einen neuen Überblick über Einwanderungsgesetzgebungen. Diese seien die Folge eines „eigenartigen, allmodernsten sozialen Arbeiterinternationalismus, im Gegensatz zu dem sonst hier vorwaltenden wirtschaftspolitischen Internationalismus der Arbeitsanwender“.⁵²⁸

⁵²² CB 1915, Nr.11, 120ff., zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 76.

⁵²³ Ellinger, Die Einwanderung ausländischer Arbeiter, 368.

⁵²⁴ Vgl. Elsner, Zur Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, 690.

⁵²⁵ Vgl. Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 78.

⁵²⁶ Ellinger, Die Einwanderung ausländischer Arbeiter und die Gewerkschaften, 373.

⁵²⁷ Der Grundstein 1916/Nr.50, 520, zit. nach Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 78.

⁵²⁸ Schippel, Internationale Arbeiterfragen und Handelspolitik, SM 32/II (1917) 772-779, hier: 774.

Während solche Stellungnahmen den Beifall vieler freigewerkschaftlicher Organisationen, insbesondere des Fabrikarbeiterverbandes, fanden, hielt etwa die Metallarbeitergewerkschaft an der Forderung der Freizügigkeit und der Aufklärung ausländischer Arbeiter fest⁵²⁹.

Während des Krieges schien sich aber auch die Möglichkeit der Verwirklichung einer „internationalen Sozialpolitik“ zu eröffnen. In Frankreich, wo nach Kriegsausbruch die Rekrutierung freier, ausländischer Arbeitskräfte, von einer staatlichen Einwanderungsstelle übernommen worden war, schloß im Frühjahr 1916 eine Übereinkunft mit der italienischen Auswanderungsbehörde. Der Vertrag sah den Bezug italienischer Arbeitskräfte für die französische Industrie ausschließlich über die Regierungsstellen, und unter Ausschaltung der privaten Rekrutierung vor.⁵³⁰ Diese Regelung, die auch zum Modell der von Frankreich nach 1918 mit verschiedenen Regierungen abgeschlossenen Einwanderungsverträge wurde, wurde auch von der internationalen Gewerkschaftsbewegung sofort aufgegriffen.

Auf einer Gewerkschaftskonferenz in Paris mit internationaler Beteiligung (Belgien, Großbritannien, Italien) im Frühjahr 1916, forderten die französischen Gewerkschaften den Ausbau dieser Regelung unter größerer Beteiligung der Gewerkschaften.⁵³¹ In diesem Sinn äußerte sich auch eine internationale Konferenz der Gewerkschaften der Ententemächte in Leeds (Juli 1916), die mit der Absicht der Festlegung von „Arbeiterklauseln für die Friedensverträge“ zusammengetreten war.⁵³² Die Arbeitswanderungen seien auf die nationalen Stellenvermittlungsorganisationen zu begründen; jedes Land habe eine besondere Auswanderungskommission ins Leben zu rufen, in der die Regierung, sowie die nationalen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen vertreten seien:

Die Anwerbung von Arbeitern nach einem fremden Land wird nur auf ein dahingehendes Gutachten der Kommunen und beteiligten Länder hin gestattet, welche zu untersuchen haben, ob und innerhalb welcher Grenzen diese Anwerbung den tatsächlichen Bedürfnissen einer Industrie und Landesgegend entspricht und ob die Anstellungsverträge die Löhne und Arbeitsbedingungen gemäss den angegebenen Normen deutlich bestimmen“.

Eine Sonderklausel über die Anwerbung „farbiger Arbeiter“ verlangt neben der Erfüllung dieser Bedingungen ferner, daß „Industrielle, die solche Arbeiter beschäftigen unter Kontrolle der

⁵²⁹ Forberg, Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik, 78f.

⁵³⁰ Cross, Immigrant Workers in Industrial France, 27f.; im übrigen bezog Frankreich in der Folge bloß 5.500 Arbeiter aus Italien, der Großteil der benötigten Arbeitskräfte wurde unter Verzicht auf staatliche Abkommen in Griechenland, Portugal und Spanien rekrutiert.

⁵³¹ Ellinger, Die Einwanderung ausländischer Arbeiter und die Gewerkschaften, SM 23/1 (1917), 369.

⁵³² Internationale Metallarbeiterrundschau, XII/1(1917) 10-11, hier:10; vgl. auch Gottfurcht, Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen, 45f.

öffentlichen Erziehungsbehörden ... Kurse veranstalten, damit die farbigen Arbeiter die Sprache des Landes, in welchem sie beschäftigt werden, können lesen und schreiben lernen“.⁵³³

Gleich eingangs wurde aber unter dem Grundsatz „Recht auf Arbeit“ die Freizügigkeit der Arbeitskräfte gefordert:

Jeder Arbeiter, gleichviel welcher Nationalität, hat das Recht zu arbeiten, wo er seine eigene Arbeitskraft verwenden kann. Jeder Arbeiter soll in dem Lande, in welchem er seine Tätigkeit ausübt, alle diejenigen Garantien auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Organisation genießen, welche der landesangehörige Arbeiter genießt...⁵³⁴.

Diese Forderungen wurden auf einer vom IGB in Stockholm 1917 einberufenen Konferenz, an der neben den Gewerkschaften der Mittelmächte einige Gewerkschaftsdelegierte aus neutralen Staaten teilnahmen, diskutiert. Dabei offenbarte man in der Frage der Einwanderung einen stärkeren Zug zum Protektionismus als die Leedser Konferenz, ohne sich aber auf die Forderung auf protektionistische Maßnahmen festzulegen.

Der frühere Präsident des IGB, Legien, meldete seine Bedenken gegen den Grundsatz an, daß jeder Arbeiter das Recht habe, dort zu arbeiten, wo er Beschäftigung finde. Eine solche Forderung gebe „in dieser Fassung und an dieser Stelle (an 1. Stelle) zu Missverständnissen Anlass“.⁵³⁵ War dies offenbar ein Zugeständnis an die xenophobe Stimmung, die sich besonders im Deutschen Reich verbreitet hatte, wurde die Erfüllung verschiedener anderer Forderungen mit Recht als wenig realistisch eingeschätzt. Die Forderung der Schaffung einer zwischenstaatlichen Organisation „nehme zu wenig Rücksicht auf die vielfach unbefriedigenden Organisationsverhältnisse und die Organisationszersplitterung der Arbeiterschaft einzelner Länder, wie auch auf die bestehenden Klassengegensätze zwischen Arbeiterschaft und Kapital.“⁵³⁶ Dennoch kam auch die Konferenz des IGB zum Schluß, daß die Friedensverträge das Recht auf Auswanderung anerkennen müßten. Daraus folge notwendig die Ablehnung prinzipieller Einwanderungsverbote, wenn auch „[...] die internationale Arbeiterbewegung ein Interesse daran bekundet [habe], dass die Einwanderung nicht eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft des Einwanderungslandes durch den Massenimport unorganisierter und an niedrige Lebenshaltung gewöhnte Arbeiter herbeiführt“.⁵³⁷

⁵³³ Internationale Metallarbeiter-Rundschau XII/ 1 (1917), 10.

⁵³⁴ Ibidem.

⁵³⁵ Internationale Metallarbeiter-Rundschau, XII/7 (1917), 61-63, hier: 61f.

⁵³⁶ Ibidem, 62.

⁵³⁷ Ibidem.

Da man unter den gegebenen Bedingungen davon ausgehen mußte, daß dies der Fall sein werde, sollte in Zukunft die Forderung internationaler Freizügigkeit mit der Forderung nach staatlicher Kontrolle der Einwanderung – unter Beteiligung der Gewerkschaften – vereint werden.⁵³⁸ Dies bedeutete endgültig die Aufgabe des Standpunkts der internationalen Freizügigkeit, der bis 1914 die internationale Arbeiterbewegung zumindest offiziell dominiert hatte.

Allerdings hatten sich bereits seit den 1880-er Jahren Arbeiterorganisationen der Einwanderungsländer immer wieder gegen die Einwanderung gewendet, wobei der durch die Unternehmerverbände organisierte Transfer (sogenannter „farbiger“) Kontraktarbeiter zum Anlaß wurde, einen Konsens über die Forderung nach legislativen Maßnahmen gegen die Einwanderung zu finden. Dieser Konsens über den Ausschluß nichtfreier Arbeitskräfte von europäischen Arbeitsmärkten, wurde, wenn auch selten explizit, auf verschiedene Gruppen der ausländischen Arbeitskräfte ausgedehnt, auch um die bereits erkämpfte Privilegierung ortsansässiger oder „inländischer“ Arbeitskräfte zu rechtfertigen.

Das Schwinden internationalistischer Positionen war auch Ausdruck für das überwiegende Interesse der Gewerkschaftsbewegung an der Hebung des Lebensstandards durch den Kampf um größeren Einfluß der Arbeiterschaft im Staat. Das Interesse der Arbeiterbewegung am Internationalismus entsprach hingegen dem traditionellen Interesse besonders der qualifizierten Arbeitskräfte an Wanderungen zwischen lokalen Arbeitsmärkten, die häufig in Regionen höheren Lebensstandards des In- und Auslands führten. Diese Migrationen wurden von den Arbeiterorganisationen gemäß dem Bedarf auf den jeweiligen lokalen Arbeitsmärkten reguliert. Das Kapital hatte aber nichts weniger als ein Interesse an einer Regulierung des Wanderns. Ein Überangebot an Arbeitskräften auf lokalen Arbeitsmärkten führte zur Verbilligung der Arbeitskräfte, vor allem indem erfolgreiche Arbeitskämpfe verhindert wurden.

Die Drohung der Unternehmer, Arbeitskräfte „auswärts“ zu rekrutieren, trug aber zur überregionalen und nationalen Zentralisierung der Gewerkschaften bei. Im selben Augenblick, als britische Unternehmer mit der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte drohten, verstärk-

⁵³⁸ vgl. z.B. Dankelmann, Migrationen und Internationale Sozialdemokratie (...) Zum Weltwanderungskongreß in London 1926, 54f; zur Politik von CGT und TUC nach 1945, vgl. Freeman, Immigrant Labour and Racial Conflict, 216-258; vgl. auch die Beiträge in „Über die Stellung der Arbeiterbewegung zu Migrationen und zur Ausländerbeschäftigung in Westeuropa (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 4, 1978)“; „Zur Haltung der Arbeiterbewegung zu Arbeiterwanderungen und Ausländerbeschäftigung im Imperialismus (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 9, 1981)“; „Über die Stellung der Arbeiterbewegung zu Migration und zur Ausländerbeschäftigung in Westeuropa (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 12)“; „Migrationen, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 20)“.

ten die Trade Unions nicht nur die Bemühungen um die nationale Zentralisierung und Koordination der Gewerkschaften, sondern suchten auch eine internationale Arbeiterorganisation zu schaffen. War im nationalen Rahmen die Streikunterstützung aber oft der Beginn der Zentralisierung und Koordination der Gewerkschaftsvereine, so scheiterten die im Rahmen der Ersten Internationale geplanten internationalen Gewerkschaften an der mangelnden Reife der Arbeiterorganisationen, sowie an ihrer überwiegenden Orientierung auf Reformen im kommunalen und nationalen Rahmen.

Das Programm der Zweiten Internationale sah nur mehr ein koordiniertes Vorgehen der Arbeiterorganisationen verschiedener Länder zur synchronen Erkämpfung der auf die Hebung des Lebensstandards zielenden, sozialpolitischen Maßnahmen vor. Die Aufgaben der im Rahmen der Zweiten Internationale ausgebauten internationalen Gewerkschaften waren aber beschränkt; ihr Anliegen bestand vor allem in der Schaffung der Möglichkeit, ohne Formalitäten von der Gewerkschaft eines Landes in die eines anderen Landes überzutreten, sowie in der Einrichtung der internationalen Wander- und Streikunterstützung, wie sie bereits im Rahmen der IAA vorgesehen gewesen waren.

Der Nutzen dieser Form des Internationalismus wurde in einem Zeitalter hoher Mobilität zunächst kaum bezweifelt. Die Migrationen, die vor allem bei qualifizierten Arbeitskräften über große Distanzen führten, galten sogar als Beitrag zur Aneignung höherer Lebensansprüche, sowie der Verbreitung des Gedankens gewerkschaftlicher Organisation und des Sozialismus. Die wachsende Integration nationaler Märkte ließ seit 1880/1900 die Wanderungen in den oberen Segmenten der Arbeitsmärkte aber zunehmend als sinnlos erscheinen, und in der Folge wurde die Umwandlung der gewerkschaftlichen Reise- in Arbeitslosenunterstützungen sukzessive vorgenommen. Die Förderung der Arbeitslosenversicherung durch Staat oder Kommunen wurde aber gefordert, und in einigen Fällen auch tatsächlich durchgeführt.

Der Gedanke einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, deren bloße Anwendung auf Staatszugehörige (staatszugehörige Industriearbeiter) als selbstverständlich erschien, stieß zunächst auf den Widerstand der auf ihre Autonomie bedachten Gewerkschaften. Eine möglichst umfassende „Entschärfung“ der industriellen Reservearmee mußte den Gewerkschaften, die den Großteil der nicht dauerhaft in der Industrie beschäftigten Lohnarbeiterschaft nicht erreichten, aber jenseits politischer Prinzipien als erstrebenswertes Ziel gelten. Denn die Mitglieder der industriellen Reservearmee erschienen besonders in Zeiten der Krise nicht nur als Überangebot an Arbeitskräften am Arbeitsmarkt und als Behinderung erfolgreicher Arbeits-

kämpfe, sondern sie erwiesen sich auch auf Grund des „semipermanenten Charakters“ der Migrationen als schwer organisierbar.

Dies traf insbesondere auch auf ausländische Arbeitsmigranten zu, die auf Grund der staatlichen Dispositionsgewalt gegenüber „Ausländern“ zum „Streikbruch“ angehalten werden konnten. Die Diskriminierung der ausländischen Arbeitskräfte im Vereins- und Kartellrecht sowie in der Sozialversicherungsgesetzgebung wurde zwar von den Arbeiterorganisationen der Einwanderungsländer zurückgewiesen, der Einsatz von ausländischen, oft durch Unternehmerverbände angeworbenen Arbeitskräften, wurde aber zunehmend dennoch mit zum Grund, den Ausschluß der Ausländer von „nationalen Arbeitsmärkten“ zu fordern.

Diese Forderung spiegelt aber in erster Linie die nationale Integration der Arbeiterklasse wider, die sich mit steigendem Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Bereitschaft der Staaten zur Sozialpolitik abzeichnete. Besonders nach 1880 forderte die Arbeiterschaft in Einwanderungsstaaten, wo die „inländische“ Arbeiterschaft aus den schlechtest bezahlten Positionen am Arbeitsmarkt zunehmend durch Ausländer „verdrängt“ wurde, zunehmend legislative Maßnahmen zur Beschränkung der Einwanderung. Diese Forderung wurde zunehmend auch von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien getragen, die nicht anders als bürgerliche Presse und Nationalökonomie die Ausländerbeschäftigung unmittelbar der inländischen Arbeitslosigkeit gegenüberstellten.

7. BIBLIOGRAPHIE

7.1. Quellen und Archivmaterial

- CB = Correspondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften (Berlin), Jg. 1890–1918.
- NZ = Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, redigiert von Karl Kautsky (Stuttgart), Jg. 1883–1918.
- Sd = Der Sozialdemokrat, Zentral- Organ der deutschen Sozialdemokratie. Originalgetreue Reproduktion in 3 Bänden (Berlin/DDR 1970)
- SM = Sozialistische Monatshefte. Redig. von Josef Bloch (Berlin), Jg. 1900- 1918

Achte internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen vom 16.- 18. September 1913 im Volkshaus, Zürich (Berlin 1913)

Bureau Socialiste Internationale. Comptes Rendues des Reunions. Manifestes et Circulaires 1900- 1907 , ed. G. Haupt (Paris- La Haye 1969)

Der fünfte Metallarbeiter-Kongress, am 12., 13., 14. und 15. August 1907 im Volkshaus in Brüssel. Offizieller Bericht (Stuttgart 1907)

Der vierte internationale Metallarbeiter-Kongress in Amsterdam, am 12., 13. und 14. August 1904 (Stuttgart 1904)

Der VII. internationale Metallarbeiter-Kongress am 6. und 7. August 1913 im Gewerkschaftshaus in Berlin. Offizieller Bericht (Stuttgart 1913)

Internationale Metallarbeiter- Rundschau. Offizielles Organ des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, Jg. XII (1917)

Internationaler Metallarbeiter- Kongress in Zürich, August 1893. Protokoll- Auszüge sowie Berichte der Metallarbeitervereine von Belgien, Deutschland, Österreich und der Schweiz (Zürich 1893)

Internationaler Sozialisten-Kongreß in Stuttgart, 18.bis 24.August 1907 (Protokoll) (Berlin 1907)

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam 1904 (Protokoll) (Berlin 1904)

Protokoll des III. Internationalen Metallarbeiter-Kongresses in Paris, abgehalten am 12. und 22. September 1900 (Stuttgart 1900)

Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle zu Zürich vom 6. bis 12. August 1893 (Zürich 1894)

Protokolle der Verhandlungen der Kongresse der Gewerkschaften Deutschlands, 3 Bde (Berlin- Bonn 1979)

Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

7.2. Primärliteratur

- Bauer, Otto: Proletarische Wanderungen. NZ 25/II (1906/07) 476-494.
- Die Einwanderung ausländischer Arbeiter in Frankreich und die daraus folgende Lohnkonkurrenz. NZ 1 (1883) 548-555.
- Die Konkurrenz der indischen Kulis. NZ 1 (1883) 198-199
- Diner-Denes, J.: Auswanderung und Einwanderung in Ungarn. NZ 25/II (1906/07) 621-634.
- Eckstein, G.: Chinesische Kuli. NZ 22/I (1903/04) 52-58; 85-90.
- Eckstein, G.: Der Parteitag von Chicago und die Kulifrage. NZ 28/II (1910) 786-796.
- Eckstein, G.: Zur Kulifrage. NZ 25/II (1906/07) 548-555.
- Ellinger, A.: Die Einwanderung ausländischer Arbeiter und die Gewerkschaften. SM 23/I (1917) 366-373.
- Englands industrielle Reservearmee. NZ 2 (1884) 164-172; 212-221.
- Fischer, E.: Die Verwendung von Kuli als Lohnarbeiter in der deutschen Seeschifffahrt. NZ 25/II (1906/07) 790-796.
- Grunwald, M.: Die fremden Arbeiter in Deutschland und die preußisch-deutsche Verwaltungspraxis. NZ 25/II (1906/07) 581-591.
- Parvus-Helphand, A.: Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe (Leipzig 1910).
- Hillquit, M.: Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten. NZ 25/II (1906/07) 444-455.
- Hue, O.: Moderne Völkerwanderung. NZ 22/I (1903/04) 271- 276.
- Katayama, S.: Japanisch-amerikanische Probleme. NZ 28/II (1910) 732-742.
- Kautsky, K.: Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft (Wien 1880).
- Kautsky, K.: Der Stuttgarter Kongreß. NZ 25/II (1906/07) 724-730
- Kautsky, K.: Die Lohndrücker des Auslands und die Internationale. NZ 25/II (1906/07) 510-512.
- Laufkötter, F.: Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den fremden Arbeitern. SM 10/II (1904) 801-806.
- Lerda, G.: Eine praktische Frage. NZ 17/I (1898/99) 746-751.
- Molkenbuhr, H.: Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. NZ 20/II (1901/02) 723-730.
- Schippel, M.: Internationale Arbeiterfragen und Handelspolitik. SM 23/II (1917) 772-779.
- Schippel, M.: Das moderne Elend und die moderne Ueberbevölkerung. Zur Erkenntnis unserer sozialen Entwicklung (Stuttgart 1888).
- Schippel, M.: Die Einwanderung farbiger Arbeiter. SM 16/2 (1910) 1006-1012.
- Schippel, M.: Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder. Materialien für den Stuttgarter internationalen Kongreß. NZ 25/II, Beilage 1906/07.

- Schippel, M.: Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte. Zur Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses. SM 12/2 (1906) 736-744.
- Schippel, M.: Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter. SM 13/II (1907) 631-639.
- Schippel, M.: Japanische Einwanderung, Kalifornien und die Vereinigten Staaten. SM 19/II (1913) 648-655.
- Timm, J.: Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge. Referat von Johannes Timm - München, erstattet auf dem Parteitag zu Jena 1913 (Berlin 1913).
- Untermann, E.: Praktisches zur Frage der Konkurrenz der ausländischen Arbeiter. SM 17/I (1911) 60-62.
- Vornberg, K.: Die Feinde der Einwanderung. NZ 25/II (1906/07) 495-502.

7.3. Sekundärliteratur

Verzeichnis der Abkürzungen:

AfS: Archiv für Sozialgeschichte

GG: Geschichte und Gesellschaft

IRSH: International Review of Social History

MEW: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (Berlin/ DDR 1956ff)

MEW Bd.23: Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (Berlin/ DDR 1962)

Aguet, Jean-Pierre: Les Grèves sous la Monarchie de Juillet (1830-1847) (Genf 1954).

Anderson, Michael: Urban Migration in Victorian Britain: Problems of Assimilation? In: Immigration et Société Urbaine en Europe Occidentale XVI^e-XX^e siècle, hgg. von E. Francois (Paris 1985) 79-91.

Ariès, Philippe: Histoire des Populations Françaises et de leurs attitudes devant la Vie depuis le XVIII^e siècle (Paris 1948).

Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg. In: AfS 24 (1984) 91-162.

Bade, Klaus Jürgen: Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde (Tübingen 1982).

Bade, Klaus Jürgen: Population, Labour and Migration in 19th and 20th Century Germany (Leamington Spa/ Hamburg/ New York 1987).

Bade, Klaus Jürgen: „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg. In: AfS 24 (1984) 91-162.

- Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung nach der Revolution, 2 Bde (Stuttgart 1962).
- Barfuss, Karl Marten: „Gastarbeiter“ in Nordwestdeutschland 1884–1918 (=Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen 52, Bremen 1986).
- Becker, O./ Bernhard, E.: Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung in den wichtigsten Ländern der Erde (=Schriften des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise Nr. 10, Berlin 1913).
- Bernstein, Eduard: Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Stuttgart 1899)
- Bobinská, Celina B. / Pilch, Andrzej P. (Hg.): Employment-Seeking Emigrations of the Poles World-wide XIX and XX century (Kraków: Uniwersytet Jagiellonski, Zeszyty naukowe uniwersytetu jagiellonskiego 1975).
- Boulton, Jeremy: Neighbourhood migration in early modern London. In: Clark, Peter/ Souden, David (Hg.): Migration and Society in Early Modern England (London et al. 1987) 107-149.
- Braudel, Fernand: Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts (München 1986).
- Braudel, Fernand / Labrousse, Ernest: Histoire économique et sociale de la France, 8 Bde (Paris 1970–1982).
- Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, 3 Bde (Bonn / Bad Godesberg 1978).
- Britschgi-Schimmer, Ina: Die wirtschaftliche und soziale Lage der italienischen Arbeiter in Deutschland. Ein Beitrag zur ausländischen Arbeiterfrage (phil. Diss., Universität Karlsruhe/B. 1916).
- Bron, Jean: Histoire du Mouvement Ouvrier Français, 3 Bde (Paris 1970).
- Castles, Stephen / Kosack, Godula: Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe (London / New York / Toronto 1973).
- Chmelar, Hans: Die Auswanderung aus den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern in den Jahren 1905-1914 (phil. Diss., Wien 1972).
- Cinnani, Paolo: Emigration und Imperialismus. Zur Problematik der Arbeitsemigration (München 1970).
- Clark, Peter: Migrants in the City: the process of social adaption in English towns 1500- 1800. In: Clark, Peter/ Souden, David (Hg.): Migration and Society in Early Modern England (London et.al. 1987) 267-291.
- Clark, Peter/ Souden, David (Hg.): Migration and Society in Early Modern England (London et.al. 1987).
- Clegg, Hugh Armstrong / Fox, Alan / Thompson, A.F.: History of British Trade Unions since 1889, 2 Bde (Oxford 1964).
- Cohen, Robin: The New Helots. Migrants in the International Division of Labour (Aldershot 1987).

- Cohn, Samuel: Keeping the Navvies in Line. Variations in Work Discipline Among British Railway Construction Crews. In: Tilly, Charles / Tilly, Louise (Hg.): Class Conflict and Collective Action (London/ Beverley Hills 1981) 143-167.
- Colley, Linda: Whose Nation? Class and National Consciousness in Britain 1750–1850. In: Past & Present Nr. 113 (Nov. 1986) 97-117.
- Collins, E.J.T.: Migrant Labour in British Agriculture in the Nineteenth Century. In: The Economic History Review 2nd series, 29/1 (1976) 38-59.
- Collins, Henry / Abramsky, Chimen: Karl Marx and the British Labour Movement (London 1965).
- Conze, Werner/ Engelhardt, Ulrich (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten (Stuttgart 1979).
- Crew, David: Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880–1901. In: GG 1 (1975) 99-120.
- Cross, Gary S.: Immigrant Workers in Industrial France. The Making of a New Laboring Force (Philadelphia 1983).
- Dankelmann, Ottfried: Migration und Internationale Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren. Zum „Weltwanderungskongreß“ 1926 in London. In: Migrationen, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 20, Rostock 1988) 53-57
- Deppe, Frank / Fülberth, Georg / Harrer, Jürgen et al. (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Köln 1977).
- Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier International – L'Allemagne (Paris 1990).
- Die Erste Internationale in Deutschland. Dokumente und Materialien 1864–1872 (Berlin/DDR 1964)
- Dohse, Knuth: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland (Königstein/Taunus 1981).
- Elsner, Lothar/ Lehmann, Joachim: Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus 1900–1985 (Berlin 1988).
- Elsner, Lothar/ Tschernowa, Tamara: August Bebel über die Migrationen von Arbeitskräften. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 30/4 (1988) 507-514.
- Elsner, Lothar: Zur Stellung der Arbeiterbewegung zur Ausländerbeschäftigung im Wilhelminischen Kaiserreich und in der BRD. In: Über die Stellung der Arbeiterbewegung zur Migration und zur Ausländerbeschäftigung in Westeuropa (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 12, Rostock 1978) 5-55.
- Elsner, Lothar: Zur Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer in der Einwanderungsfrage während des ersten Weltkriegs. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 25/Heft 9 (1976) 687-691.
- Emmer, Pieter C. (Hg.): Colonialism and Migration. Indentured Labour before and after Slavery (Dordrecht / Boston / Lancaster 1986).

- Engelhardt, Ulrich: Zur Entwicklung der Streikbewegungen in der ersten Industrialisierungsphase und zur Funktion von Streiks bei der Konstituierung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15/4 (1979) 547- 569.
- Esche, F. A.: Sind unsere Wanderarmen arbeitsscheu? (=Sozialer Fortschritt. Hefte und Flug-schriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Leipzig 1906).
- Ferenczi, Imre: Die Arbeitslosigkeit und die internationalen Arbeiterwanderungen. Bericht an das internationale Komitee der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Jena 1913).
- Fischer, Wolfram: Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage“ in Europa seit dem Mittelalter (Göttingen 1982).
- Forberg, Martin: Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Sozialpolitik. Das Beispiel der Freien Gewerkschaften zwischen 1890 und 1918. In: AfS 27 (1987) 51- 81.
- Forberg, Martin: Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsimmigranten: Agitationsstrategien und Organisationsversuche der Freien Gewerkschaften in Deutschland 1890–1914. In: ITH-Tagungsberichte Nr. 23 „Arbeitsmigration und Arbeiterbewegung als historisches Problem“ (Wien 1987) 97-104.
- Freeman, Gary P.: Immigrant Labour and Racial Conflict in Industrial Society. The French and British Experience 1945-1975 (Princeton 1979).
- Fremdling, Rainer: Die Rolle der ausländischen Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im Deutschland des 19. Jahrhunderts (Textilindustrie, Maschinenbau, Schwerindustrie). In: AfS 24 (1984)1-45.
- Friedländer, Dov/ Roshier, R.J.: A Study of Internal Migrations in England and Wales. In: Population Studies 19 (1966/67) 239-280.
- Führer, Karl C.: Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927 (Berlin 1990).
- Geary, Dick: Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848–1939 (München 1983).
- Geary, Dick (Hg.): Labour and Socialist Movement before 1914 (Oxford et al. 1989).
- Geary, Dick: Socialism and German Labour Movement before 1914. In: Geary, Dick (Hg.): Labour and Socialist Movement before 1914 (Oxford et al. 1989) 101- 135.
- Gerstenberger, Heide (Hg.): Wanderarbeit und der Zwang zum Reisen (=Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens 7, Bremen 1984).
- Gottfurcht, Hans: Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen (Köln 1962)
- Goubert, Pierre: Historical Demography and the Reinterpretation of Early Modern French History. A Research Review. In: Journal of Interdisciplinary History 1 (1970) 37-48.
- Grandjonc, Jacques: Eléments statistiques pour une étude de l'immigration étrangère en France de 1830 à 1851. In: AfS 15 (1975) 211-300.
- Grießinger, Andreas: Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert (Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1981).

- Kellenbenz, Hermann (Hg.): Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg“ (= Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 5, Stuttgart 1985).
- Henderson, W.O.: The Labour Force in the Textile Industries. In: AfS 16 (1976) 283-324.
- Hermes, Ina: Gegen Imperialismus und Krieg. Gewerkschaften in der II. Internationale 1889-1914 (Köln 1979).
- Herrmann, Ursula: Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik der Ersten Internationale 1864- 1868 (Berlin 1968).
- Hobsbawm, Eric J.: The Tramping Artisan. In: The Economic History Review, 2nd series III (1950/1951) 299-320.
- Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter 1875-1914 (Frankfurt-M./ New York 1989).
- Hochstadt, Steve: Migration in Preindustrial Germany. In: Central European History XVI/ Nr. 3 (1983) 195-224.
- Hoerder, Dirk/ Keil, Hartmut: Deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Amerika-Wanderung und das Verhältnis zu den USA 1876-1907. In: Migrationen, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 20, Rostock 1988) 19-37.
- Hoerder, Dirk: Arbeitswanderung und Arbeiterbewußtsein im atlantischen Wirtschaftsraum: Forschungsansatz und -hypothesen. In: AfS 24 (1984) 391-425.
- Hoerder, Dirk: Zur Akkulturation von Arbeitsmigranten. In: Hoerder, Dirk/ Knauf, Diethelm (Hg.): Einwanderungsland USA – Gastarbeiterland BRD (Hamburg 1988) 6-15.
- Hoerder, Dirk: Arbeitswanderung und Arbeiterbewusstsein im atlantischen Wirtschaftsraum: Forschungsansätze und -hypothesen. In: ITH- Tagungsberichte Nr. 23 „Arbeitsmigration und Arbeiterbewegung als historisches Problem“ (Wien 1987) 1-13.
- Holmes, Colins: Historians and Immigration. In: Whyte, Ian D./ Pooley, Colin G. (Hg.): Migrants, Emigrants and Immigrants. A Social History of Migration (London / New York 1991) 191-207.
- Hübner, Astrid: Die Haltung der PCF und des CGT zur Fremdarbeiterpolitik des französischen Imperialismus bis Ende der 70-er Jahre des 20. Jahrhunderts (phil. Diss., Univ. Rostock 1984).
- Hunt, E. H.: British Labour History 1815–1914 (London 1981).
- Hutton, Patrick: The Cult of Revolutionary Tradition. The Blanquists in French Politics 1864-1893 (Berkeley/ Los Angeles/ London 1981).
- Francois, Etienne (Hg.): Immigration et Société Urbaine en Europe Occidentale. XVI^e–XX^e siècle, ed. (Paris 1985).
- Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens, 2 Bde (Berlin 1931/1932).
- Hyrkkänen, Markku: Sozialistische Kolonialpolitik. Eduard Bernsteins Stellung zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus 1882-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Revisionismus (Helsinki 1986).
- Jackson, John A.: The Irish in Britain (London 1963).

- Jaritz, Gerhard / Müller, Albert (Hg.): Migration in der Feudalgesellschaft (Frankfurt am Main / New York 1988).
- Johnson, James H. / Pooley, Colin G. (Hg.): The Structure of 19th Century Cities (London et al. 1982) 199-233.
- Joyce, Patrick: Work. In: The Cambridge Social History of Britain 1750-1950, 2.Bd „People and their environment“, hgg. von F.M.L Thompson (Cambridge / New York et al. 1990).
- Kergoat, Jacques: France. In: Linden, Marcel van den (Hg.): The formation of labour movements 1870 -1914: an international perspective, 2 Bde (Leiden et al. 1990) 163- 190.
- Kleißmann, Christoph: Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen der polnischen Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeiter- Gewerkschaften im Ruhrgebiet 1902- 1923. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 10/2 (1974) 149-178.
- Kleißmann, Christoph: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870- 1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft (Göttingen 1978).
- Köllmann, Wolfgang: Zur Bevölkerungsentwicklung ausgewählter deutscher Großstädte in der Hochindustrialisierungsperiode In: Köllmann, Wolfgang / Marschalck, Peter (Hg.): Bevölkerungsgeschichte (Köln 1972) 259-274.
- Köllmann, Wolfgang / Marschalck, Peter (Hg.): Bevölkerungsgeschichte (Köln 1972).
- Köllmann, Wolfgang: Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands (Göttingen 1974).
- Landauer, Carl: The Origins of Socialist Reformism in France. In: IRSH 12 (1967) 81-107.
- Langewiesche, Dieter / Lenger, Friedrich: Internal Migration: Persistence and Mobility. In: Bade, Klaus J. (Hg.): Population, Labour and Migration in 19th and 20th Century Germany (Leamington Spa / Hamburg/ New York 1987) 87-100.
- Langewiesche, Dieter: Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880- 1914. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1975) 1-40
- Lebovics, Herman: Protection against Labor Troubles. The Campaign of the Association de l'Industrie Francaise for Economic Stability and Social Peace during the Great Depression 1880-96. In: IRSH 31 (1986) 147-165.
- Lenger, Friedrich: Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Arbeiter und Handwerker (Göttingen 1986)
- Lenger, Friedrich: Migrationen und Arbeiterbewegung: Erklärungsansätze und methodische Probleme (an Beispielen aus der europäischen und nordamerikanischen Forschung zum 19. Jahrhundert). In: ITH-Tagungsberichte Nr. 23 „Arbeitsmigration und Arbeiterbewegung als historisches Problem“ (Wien 1987) 80-86.
- Liens, G.: Les vepres Marseillaises (Juin 1881) ou la crise franco- italienne au lendemain du traité du Bardo. In: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine (Jan.- Mar. 1967) 1-30.
- Linden, Marcel van den: The National Integration of European Working Classes (1871-1914). In: IRSH 33 (1988) 285-311.

- Linden, Marcel van den: The formation of labour movements 1870 -1914: an international perspective, 2 Bde (Leiden et al. 1990).
- Lobban, R.D.: The Irish Community in Greenock in the Nineteenth Century. In: Irish Geography VII (1971) 270-281.
- Lorwin, Lewis L.: Die Internationale der Arbeit. Geschichte und Ausblick (Berlin 1930).
- Lucassen, Jan: Migrant Labour in Europe 1600–1900. The drift to the North Sea (London / Sydney / Wolfeboro 1987).
- Machtan, Lothar: Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Beih. 9 (Berlin 1984).
- Magrew, Roger: Socialism, Syndicalism and French Labour Movement before 1914. In: Geary, Dick (Hg.): Labour and Socialist Movement before 1914 (Oxford et al. 1989) 48-100.
- Marx, Engels und Lenin über grenzüberschreitende Migrationen im Kapitalismus, deren Ursachen und Wirkungen (Zitatensammlung) (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 16, Rostock 1983).
- Michels, R.: Zur historischen Analyse des Patriotismus. In: Archiv für Sozialgeschichte und Sozialpolitik, Bd. 36, Nr. 1/II (1913).
- Migrationen, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 20, Rostock 1988).
- Milner, Susan: The International Labour Movement and the Limits of Internationalism: The International Secretariat of National Trade Union Centres 1901–1913. In: IRSH 33 (1988) 1-24.
- Moindrot, Claude: Les vagues d'immigration en Grand-Bretagne. In: Population 20 (1965) 633-649.
- Murzynowska, Krystyna: Die polnische Erwerbsauswanderung im Ruhrgebiet während der Jahre 1880-1914 (Dortmund 1979).
- Nichtweiß, Johannes: Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches 1890-1914 (Berlin 1959).
- Obermann, Karl: Die deutsche Bevölkerungsstatistik und die Bevölkerungsstruktur des Deutschen Bundes in den Jahren um 1815. In: Köllmann, Wolfgang / Marschalck, Peter (Hg.): Bevölkerungsgeschichte (Köln 1972) 190-219.
- Offermann, Toni: Die regionale Ausbreitung der frühdeutschen Arbeiterbewegung. In: GG 13 (1987) 419-447.
- Ostwald, H.: Unsere armen Wanderer und wie sie unterstützt werden (=Sozialer Fortschritt. Hefte und Flugschriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Leipzig 1904).
- Pelling, Henry: History of British Trade Unionism (London 1966).
- Perrot, Michelle: Les Ouvriers en Grève. France 1871–1890, 2 Bde (Paris 1975).
- Phillips, Gordon: The British Labour Movement before 1914. In: Geary, Dick (Hg.): Labour and Socialist Movement in Europe before 1914 (Oxford et al. 1989) 11-47.

- Pooley, Colin G.: Choice and constraint in the 19th century city: a basis for residential differentiation. In: Johnson, James H./ Pooley, Colin G. (Hg.): *The Structure of 19th Century Cities* (London/ Canberra/ New York 1982) 199-233.
- Pooley, Colin G./ Whyte, Ian D. (Hg.): *Migrants, Emigrants and Immigrants. A Social History of Migration* (London/ New York 1991).
- Potts, Lydia: *Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart* (Hamburg 1988).
- Prato, Guiseppe: *Le Protectionnisme Ouvrier (L'expulsion de travailleurs étrangers)* (Paris 1912).
- Prost, Antoine: L'immigration en France depuis cent ans. In: *Esprit* 34/ Nr.348 (April 1966) 532-545.
- Price, Richard: Britain. In: Linden, Marcel van den: *The formation of labour movements 1870–1914: an international perspective* (Leiden et al. 1990) 3- 24.
- Ravenstein, Ernst G.: Die Gesetze der Wanderung I, II. In: Szell, György (Hg.): *Regionale Mobilität* (München 1972) 41-94.
- Reardon, J.A.: Belgian and French Workers in Nineteenth-Century Roubaix. In: Tilly, Charles / Tilly, Louise (Hg.): *Class Conflict and Collective Action* (London / Beverley Hills 1981) 167-183.
- Redford, Arthur: *Labour Migration in England 1800–1850*, hgg. von W.H. Chaloner (2. Aufl., Manchester 1964).
- Reininghaus, Wilfried: Wanderungen von Handwerkern zwischen hohem Mittelalter und Industrialisierung. Ein Versuch zur Analyse der Einflußfaktoren. In: Jaritz, Gerhard/ Müller, Albert (Hg.): *Migration in der Feudalgesellschaft* (Frankfurt am Main / New York 1988) 179-215.
- Reith, Reinhold: *Arbeits- und Lebensweise im städtischen Handwerk. Zur Sozialgeschichte der Augsburger Handwerksgelesen im 18. Jahrhundert (1700-1806)* (Göttingen 1988).
- Reynaud, Jean-Daniel: *Les Syndicats en France* (Paris 1963).
- Royle, Edward: *Modern Britain. A Social History 1750-1985* (London et al. 1987).
- Rude, George: *Die Volksmassen in der Geschichte. Unruhen, Aufstände und Revolutionen in England und Frankreich 1730-1848* (Frankfurt am Main / New York 1977).
- Schmidt, Jutta / Seichter, Wolfgang: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. In: Deppe, Frank / Fülberth, Georg / Har- rer, Jürgen et al (Hg.): *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung* (Köln 1977) 62-93.
- Schönhoven, Klaus: *Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914* (Stuttgart 1980).
- Schönhoven, Klaus: Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914. In: *AfS* 20 (1980) 147-193.
- Schönhoven, Klaus: *Die deutschen Gewerkschaften* (Frankfurt am Main 1987).
- Schröder, Hans-Christoph: *Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte* (Göttingen 1973).

- Schröder, Wilhelm Heinz: Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung: Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Frankfurt am Main / New York 1978).
- Seidel, Jutta / Koth, Harald: Zur Diskussion der Migrationsproblematik in der II. Internationale (vor 1904). In: Migrationen, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 20, Rostock 1988) 38-41.
- Seidel, Jutta: Arbeiterimmigration unter imperialistischen Bedingungen – Bewährungsfeld für den proletarischen Internationalismus. In: Konrad, Helmut (Hg.): Imperialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Protokoll des vierten bilateralen Symposiums DDR – Österreich, 3. – 7. Juni, Graz (=Materialien zur Arbeiterbewegung 41, Wien 1985) 43-64.
- Senghaas, Dieter: Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik (Frankfurt/M. 1979).
- Sewell, William H.: Social Change and the Rise of Working-Class Politics in Nineteenth-Century Marseille. In: Past& Present Nr.65 (1974) 75-109.
- Sewell, William H.: Social Mobility in a Nineteenth Century European City: Some Findings and Implications. In: Journal of Interdisciplinary History 7/2 (Autumn 1976) 217-233.
- Sperl, Richard: Karl Marx und die Gründung der Ersten Internationale. Dokumente und Materialien (Berlin 1964).
- Stearns, Peter N.: Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa 1890 – 1914 (Frankfurt am Main / New York 1980).
- Stearns, Peter N.: European Society in Upheaval. Social History since 1800 (New York/ London 1968).
- Swiatkowski, A.: Immigration Law in the USA and the Immigrants – Situation in the Labor Market. In: Bobinská, Celina B. / Pilch, Andrzej P. (Hg.): Employment-Seeking Emigrations of the Poles World-wide XIX and XX century (Kraków: Uniwersytet Jagiellonski, Zeszyty naukowe uniwersytetu jagiellonskiego 1975) 145-176.
- Szell, György (Hg.): Regionale Mobilität. Elf Aufsätze (München 1972).
- Tack, J.: Die Hollandsgänger in Hannover und Oldenburg. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter- Wanderung (Leipzig 1902), Auszüge. In: Gerstenberger, Heide (Hg.): Wanderarbeit und der Zwang zum Reisen (=Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens 7, Bremen 1984) 33-137.
- Tenfelde, Klaus: Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung (München 1986).
- Tenfelde, Klaus: Germany. In: Linden, Marcel van den: The formation of labor movements 1870-1914: an international perspective (Leiden et al. 1990) 243-269.
- Tennstedt, Florian: Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914 (Köln 1983)
- Tilly, Louise / Moch, L.P.: Joining the Urban World. Occupation, Family and Migration in three French Cities. In: Comparative Studies in Society and History 27 (1985) 33-56
- Tilly, Charles / Tilly, Louise (Hg.): Class Conflict and Collective Action (London / Beverley Hills 1981).

- Tschernowa, Tamara: Zur Haltung der Freien Gewerkschaften in der Migrationsfrage 1900 bis 1918. In: Migrationen, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 20, Rostock 1988) 12-18
- Tschernowa, Tamara: Zur Haltung der westeuropäischen Arbeiterbewegung gegenüber den eingewanderten ausländischen Arbeitern. In: Über die Stellung der Arbeiterbewegung zu Migrationen und zur Ausländerbeschäftigung in Westeuropa (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 4, Rostock 1978) 55-80.
- Über die Stellung der Arbeiterbewegung zu Migrationen und zur Ausländerbeschäftigung in Westeuropa (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 4, Rostock 1978).
- Vidalenc, J.: Quelques remarques sur le role des Anglais dans la révolution industrielle en France et particulièrement en Normandie de 1750 à 1850. In: Annales de Normandie 8 (Mai 1858) 273-290.
- Wallerstein, Immanuel: Aufstieg und künftige Niederlage des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In: Senghaas, D.: Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik (Frankfurt am Main 1979) 31-67
- Weber, Eugen: Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France 1870-1914 (London 1979).
- Whyte, Ian D.: Migration in Early Modern Scotland and England. A comparative perspective. In: Pooley, Colin G./ Whyte, Ian D. (Hg.): Migrants, Emigrants and Immigrants. A Social History of Migration (London / New York 1991) 87-105.
- Willard, Claude: Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Eine Einführung (Frankfurt am Main / New York 1981).
- Willcox, Walter Francis/ Ferenczi, Imre (Hg.): International Migrations, 2 Bde (New York/ London / Paris 1929/1931)
- Zorn, Wolfgang / Aubin, Hermann: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2 Bde (Stuttgart 1971/1976).
- Zur Haltung der Arbeiterbewegung zu Arbeiterwanderungen und Ausländerbeschäftigung im Imperialismus (=Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus 9, Rostock 1981).
- Zwahr, Hartmut: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution (Berlin/DDR 1978).
- Zwahr, Hartmut: Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875. In: GG 13 (1987) 448-507.